

...tere Sud...  
...h Oplem...  
...wimmund...

Belgien 96,00 sfr, Dänemark 8,00 dir, Frankreich 8,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 50 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lit, Niederlande 2,00 flr, Norwegen 12,50 skr, Österreich 12,50 S, Portugal 100 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 1,90 sfr, Spanien 125 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas.

Dienstag, 5. März 1985 - D \*\*\*

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 28-11  
94-1 (Anzeigensabteilung, Berlin), 0 30 54 10 15 24 / Vertriebsabteilung  
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Besuch aus Moskau:** Eine Delegation des Obersten Sowjet, an der Spitze Michael W. Stojanin, Sekretär des Zentralkomitees, besuchte vom 10. bis 17. März auf Einladung des Bundespräsidenten die Bundesrepublik. Vorgesehen sind Gespräche mit Bundespräsidenten, Bundesministerien und den Vorsitzenden der Fraktionen.

**Nein der FDP:** Nach der uneingeschränkten Arbeitsplatzgarantie beim Erziehungsjahr lehnte die FDP auch den von Familienminister Geißler vorgeschlagenen Kompromiß ab, Betriebe mit bis zu fünf Mitarbeitern von der Regelung auszunehmen. (S. 8)

**Hungerhilfe:** Die zwei in den Hungergebieten Äthiopiens eingesetzten Transportmaschinen der Luftwaffe werden nach einer Absprache mit Addis Abeba Lalibela vorerst nicht mehr anreisen, teilte das Verteidigungsministerium mit. Hilfsgeräte würden aber weiter von der Hafenstadt Assab in das Gebiet um Makeda geflogen.

**„Leihmütter“:** Als schwere Verurteilung am Kind kritisierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Hoffner, das sogenannte „Leihmütter-Verfahren“. Nach christlichem Verständnis von Mensch und Ehe sei es „moralisch verwerflich“.

**Nahost:** Israels Minister Ezer Weizman und der außenpolitische Berater Mubarak, Osama el Baz, sprachen sich für ein Treffen zwischen Ministerpräsident Stimson Peres und Staatspräsident Hosni Mubarak aus. (S. 8)

**Polen:** Im Rahmen eines mehrstufigen Programms sind in Polen die Preise für Grundnahrungsmittel um durchschnittlich 35 Prozent erhöht worden.

**Afrika-Reise:** Die Hilfslieferungen im Kampf gegen den Hunger stehen im Mittelpunkt einer fünf-tägigen Reise des US-Vizepräsidenten Bush nach Sudan, Mali und Niger. In US-Kreisen hieß es, Bush werde betonen, daß Washington und nicht Moskau auf die Hilfeleistungen reagiert habe. (S. 5)

**Anzus:** Der Streit im Anzus-Pakt (Australien, Neuseeland, USA) hat sich mit der Mitteilung von Australiens Ministerpräsident Hawke, die für Juli vorgesehenen Gespräche seien verschoben worden, verschärft.

**Entlassen:** Mit der Entlassung seines Außenministers Arturo Tolentino hat sich der Staatschef der Philippinen, Marcos, eines Kritikers entledigt. Wiederholt hatte sich Tolentino gegen die Machtbefugnisse von Marcos gewandt.

### ZITAT DES TAGES



Der real existierende Pluralismus erweist sich als Totengräber persönlicher Orientierungsbereitschaft.

Der frühere Bischof der Norddeutschen Kirche, Hans Otto Wörner, auf einer Tagung der bekennenden Christen in Berlin. (S. 4) FOTO: JOCHEN KÖRNER

### WIRTSCHAFT

**Dornier:** Das Landgericht Ravensburg lehnte drei Anträge auf einstweilige Verfügung gegen den Aufsichtsratsbeschluss des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier ab, mit denen die Entlassungen des früheren Vorstandsvorsitzenden Fischer und des Vorstandsmitgliedes Schäfer rückgängig gemacht werden sollten. (S. 9)

**Stahlfusion:** Das Bundeskartellamt genehmigte die geplante Stahlfusion zwischen Krupp und Klöckner unter Beteiligung des australischen Rohstoffkonzerns CRA. (S. 10)

**Personalsatzkosten:** Mit 23 900 DM erreichten die Personalsatzkosten im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand (1983: 22 900). (S. 9)

**Börse:** An den Aktienmärkten setzte sich der Aufwärtstrend fort. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 175,2 (173,5) einen Höchststand. Am Rentenmarkt gab es nur geringe Kurschwankungen. BHF-Rentenindex 100,552 (100,586). Performance-Index 98,985 (98,990). Dollar-Mittelkurs 3,3730 (3,3635) Mark. Goldpreis je Feinunze 288,65 (288,10) Dollar.

### KULTUR

**Schenkungen:** Eine der umfangreichsten Schenkungen dieses Jahrhunderts erhielt das Düsseldorfer Kunstmuseum. Titus Felixmüller, Sohn des sächsischen Malers Conrad Felixmüller, vermachte dem Museum das sogenannte Familienarchiv mit 586 grafschaftlichen Arbeiten und vier Gemälden aus den wichtigsten Schaffensperioden seines Vaters. (S. 15)

**Deutsche Schule:** Die Amani-Oberrealschule in Kabul, Symbol deutscher Kulturpräsenz in Afghanistan, seit 1924 Ausbildungstätte der Elite des Landes, wurde ein Opfer der Sowjetisierung. Das Regime teilte dem Geschäftsträger mit, die neun deutschen Lehrer seien mit Beginn des neuen Schuljahres im März nicht mehr erwünscht. (S. 15)

### SPORT

**Eiskunstlauf:** Mit einem enttäuschenden achten Rang nach der Pflicht begann für den deutschen Meister Heiko Fischer die Weltmeisterschaft in Tokio. Richard Zander (Wien) wurde Dritter. (S. 7)

**Fußball:** Die Übertragung des morgigen Europapokalspiels Bayern München-AS Rom im ZDF ist noch nicht gesichert. München will erst beim Verkauf von 80 000 Karten zustimmen. (S. 7)

### AUS ALLER WELT

**Erdbeben:** Bei einem starken Erdbeben in Chile sind mehr als 100 Menschen getötet und Tausende verletzt worden. Nach Polizeiberichten starben allein in Santiago mehr als 50 Menschen. Hunderte von alten Häusern stürzten ein. Die erste Welle des vierminütigen Bebens, dessen Zentrum rund 40 Kilometer vor der Küste lag, erschütterte vor allem Santiago und die Hafenstadt Valparaiso. (S. 16)

**Rudnik-Prozess:** Vergeblich warteten Richter und Zuhörer im Kriminalgericht Berlin-Moabit auf ein Zeichen des Bedauerns des Angeklagten Fredi Rudnik, der sich seit gestern wegen Mordes zweier Schülerinnen aus Norwegen und einer Berlinerin verantworten muß. (S. 16)

**Wetter:** Stark bewölkt mit Regen. 7 bis 11 Grad

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Noch plant China keinen zweiten Vorstoß nach Süden - Von Christal Pilz S. 2

**Leichtathletik:** Klaus Just - In der Halle war kein Deutscher über 400 Meter schneller S. 7

**Subventionen:** Wir nehmen, was die öffentlichen Hände verstreuen - Von Karen Söhler S. 3

**Immobilienmarkt:** Hier gibt es keinen „Frühling“ mehr - Ein WELT-Gespräch S. 9

**Vor der Wahl in Berlin:** CDU feilt schon an der Regierungserklärung - Irritation bei SPD S. 4

**Fernsehen:** Porträt des Schauspielers P. Macnee - Nie länger als drei Wochen arbeitslos S. 14

**Jugoslawien:** Serben und Slowenen für nationale Aussöhnung - Von Carl Gustaf Ströhm S. 5

**Schostakowitsch-Festival:** Das Bolschoi-Ballett in Duisburg - Vom goldenen Fußball S. 13

**Umwelt-Forschung-Technik:** Welche Spuren hat der Smog in den Wäldern hinterlassen? S. 6

**„Das Boot“:** Dichtung und Wirklichkeit - Die WELT befragte ehemalige U-Boot-Fahrer S. 16

## Genscher zu Gromyko: Wir sind nicht nur Zuschauer

### Was meint der Bundesaußenminister mit „vorbeugender Rüstungskontrolle“?

**DW. Moskau/Bonn**  
Die Bundesregierung hat die Moskauer Gespräche zwischen Außenminister Genscher und dessen sowjetischen Amtskollegen Gromyko von Bonn aus mit dem Hinweis begleitet, die Bundesrepublik Deutschland habe „nicht nur wegen der bevorstehenden Genfer Verhandlungen, sondern wegen der Gesamtheit der Ost-West-Beziehungen“ Interesse an einem Dialog mit der Sowjetunion.

Genscher sprach nach seiner Begegnung mit Gromyko, von der selbst die deutsche Botschaft in Moskau erst am Anknüpfungspunkt des Ministers in Kenntnis gesetzt wurde, von Bemühungen, ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen aufzuschlagen. Er wiederholte seine These von der Eigenständigkeit Europas in diesem Dialog. Bei der Unterredung mit Gromyko kamen die Einwände der Sowjetunion gegen den amerikanischen Plan einer „Strategischen Verteidigungsinitiative im Weltraum“ (SDI) zur Sprache. Gromyko nannte die US-Politik als Hauptursache der gegenwärtigen Spannungen in der Welt. Die USA strebten danach, den

Weltraum in eine Kampfarena zu verwandeln. Die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die amerikanischen Forschungsarbeiten für eine weltraumgestützte Raketenabwehr würde Bonn faktisch zu einem Komplizen bei der Verletzung des Vertrages über Raketenabwehrsysteme machen, zitierte die sowjetische Nachrichtenagentur Tass den Chef der Kreml-Diplomatie.

Der Bundesaußenminister sicherte in seiner Replik seinem Gastgeber zu,

**SEITE 6:  
Was die Sowjets wollen**

daß man sich für eine vorbeugende Rüstungskontrolle auf diesem Gebiet einsetzen werde. Die Formulierung „vorbeugende Rüstungskontrolle“ wurde von einem Sprecher des auswärtigen Amtes auf Anfrage der WELT als unglücklich gewertet, ja es wurde sogar zum Ausdruck gebracht, daß es sich um einen von Moskau geprägten Begriff handle. Tatsächlich hat aber Genscher bereits 1984 eine entsprechende Formulierung verwendet, und der Stellvertretende

Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rühse, erklärte erst am 21. Februar: „In den Verhandlungen der Weltraum-Arbeitsgruppe wird es vor allem darum gehen, die Möglichkeiten einer vorbeugenden Rüstungskontrolle zu nutzen.“

Im Bundeskanzleramt konnte man gestern den Begriff nicht erklären, er sei auch nicht bekannt. Vorbeugen bedeute, etwas zu verhindern. Dies könne sich mit Sicherheit nicht auf die Forschungsphase beziehen, sondern auf die Stationierungsphase, wurde argumentiert.

Daß Genscher jetzt nach Moskau flog, wurde im Kanzleramt begrüßt. Die Visite zu diesem Zeitpunkt gebe Bonn die Möglichkeit, deutlich zu machen, daß seine Position im Zusammenhang mit dem SDI-Projekt „keine isolierte ist“, wurde als entscheidender Satz hinzugefügt. Das wäre auch das Wichtigste der Genscher-Mission. Frau Thatcher habe in Washington sich analog verhalten, und der Italiener Craxi habe in Bonn der deutschen Position zugestimmt. Eine deutsche Übereinstimmung habe

## „Saisonwende“ auf dem Arbeitsmarkt

### Das Winter-Tief ist endgültig überwunden / Blüm: Aufschwung bestätigt sich

**PETER JENTSCH, Bonn**

Der Anfang Februar befürchtete Trend weiter steigender Arbeitslosigkeit insbesondere aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse hat sich nicht bestätigt. Entgegen der negativen Einschätzung ist die Zahl der Arbeitslosen im Februar - bei gleichbleibend schlechten Witterungsbedingungen - um 8139 auf 2 611 270 zurückgegangen. Damit sank die Arbeitslosenquote von 10,6 auf 10,5 Prozent. Auch saisonbereinigt nahm die Arbeitslosigkeit geringfügig ab, und zwar um rund 3000 auf 2 290 000. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, erklärte, damit habe sich eine „Saisonwende angebahnt; der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit ist überschritten“.

Nach Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Bangemann stützen die Arbeitsmarktzahlen sowie die für Januar vorliegende Konjunkturdaten die positive Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage. „Mit dem Auslaufen der witterungsbedingten Belastungen im Frühjahr werde sich

die positive Entwicklung auch am Arbeitsmarkt spürbar durchsetzen.“

Franke warnte zwar angesichts der weiterhin hohen Arbeitslosenquote vor Euphorie. „Die Zahl der Arbeitslosen liegt immer noch ein Stück über der Quote des Vorjahres (10,2 Prozent)“. Die Analyse der Zahlen läßt aber nach Auffassung von Bundesarbeitsminister Blüm erkennen, daß „der wirtschaftliche Auftrieb Oberhand gewonnen“ hat.

So nahm die Zahl der offenen Stellen gegenüber Januar um 19,2 Prozent (114 000) zu, gegenüber Februar 1984 um 6,6 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen (101 000) ist die höchste seit Juli 1982. Seit 1980 wurden auch nicht mehr so viele Arbeitslose vermittelt wie in den vergangenen vier Wochen, nämlich immerhin 133 000 Personen. Das sind 15,4 Prozent mehr als im Januar und noch 8,8 Prozent mehr als im Februar 1984. Auch die Zahl der Kurzarbeiter erreichte den niedrigsten Stand seit 1981 und nahm um 33 500 auf 432 333 ab. Sie lag damit um 7,2 Prozent unter dem Vormonat und um 32,8 Prozent unter den Februarzahlen des Vorjahres.

Schließlich ging auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zurück. Mit knapp 169 000 lag sie um 0,2 Prozent unter dem Januarergebnis.

Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken, und zwar um 2000 auf 767 190. Das entspricht zwar einer Quote von unverändert 11,6 Prozent, das Landesarbeitsamt machte aber geltend, daß die „Krise am Bau“ nicht mehr „mit Kurzarbeit und Schlechtwettergeld zu meistern“ gewesen sei, sondern direkt zu Entlassungen geführt habe. Andererseits wurden auch im größten Bundesland 37 000 neue Beschäftigungsverhältnisse von den Arbeitsämtern vermittelt, zwölf Prozent mehr als vier Wochen zuvor. Schließlich sank auch in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Kurzarbeiter um 66 000 (42 Prozent) auf 93 000.

Franke forderte die Kommunen auf, ihr Investitionspotential, insbesondere in den Bereichen Stadt- und Krankenhausraционаalisierung, zur Stützung der Bauwirtschaft zu nutzen. Blüm sieht in den Arbeitsmarktzahlen die „Zuversicht des Aufschwungs bestätigt“.

## Seit Jahresbeginn 2700 Übersiedler

### Bonn erleichtert über „DDR“-Genehmigungspraxis / Auch Prager „Botschaftsflüchtlinge“ darunter

**MANFRED SCHELL, Bonn**

Die Bundesregierung hat mit einer gewissen Erleichterung registriert, daß die „DDR“-Behörden auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres ihre Genehmigungspraxis für Übersiedler fortgesetzt haben, nachdem es im Zusammenhang mit der Flucht von „DDR“-Bewohnern in diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland hierüber die Besorgnisse gegeben hatte. Nach zuverlässigen Informationen sind im Januar und Februar rund 2700 Übersiedler aus der „DDR“ in den Westen gekommen. Die Zahl der in diesen beiden Monaten tatsächlich erteilten Genehmigungen durch die Behörden in der „DDR“ liege erheblich darüber, hieß es, so daß auch weiterhin mit zahlreichen Übersiedlern gerechnet werden könne.

Bestätigt wurde in Bonn, daß unter dem im Februar in die Bundesrepublik Deutschland gekommenen „DDR“-Bewohnern auch Personen waren, die im vergangenen Jahr durch die Flucht in Bonner Botschaften - zum Beispiel in Prag - versucht

hatten, eine Ausreisegenehmigung zu erreichen. Der Bundesminister für innere deutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, sprach in diesem Zusammenhang von „Problemlösen“. Es handele sich um eine kranke und außerdem um eine schwangere Frau, die auch ihre Familie in den Westen mitbringen konnte. In der Botschaft in Prag hatten zeitweise 160 „DDR“-Bewohner Zuflucht gefunden. Die „DDR“ habe sich geweigert, sofortige Ausreisegenehmigungen zu erteilen. Stattdessen hatte der Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel in direkten Gesprächen mit den Flüchtlingen zugesichert, bei Rückkehr in die „DDR“ werde ihnen Straffreiheit und die Bearbeitung ihrer Ausreiselanträge garantiert. Daraufhin hatten die letzten Flüchtlinge im Januar das Botschaftsgebäude verlassen.

In Regierungskreisen in Bonn hieß es gestern, von einer bevorzugten Behandlung derjenigen, die durch ihre Flucht in diplomatische Vertretungen auf ihr Schicksal aufmerksam gemacht hätten, könne bislang keine

Rede sein. Ost-Berlin werde schon aus eigenem Interesse heraus diesen Eindruck auch nicht entstehen lassen. Im günstigsten Falle müsse der genannte Personenkreis mit den auch für andere geltenden „Bearbeitungszeitraum“ für die Ausreiseanträge rechnen. Nach den vorliegenden Informationen habe Ost-Berlin die gegebenen Zusagen bisher eingehalten, einschließlich der Zusage, daß über ihre Ausreiseanträge nicht mehr abgelehnt, sondern von den örtlichen Behörden entgegengenommen und bearbeitet werden.

Der Bundesregierung ist nicht daran gelegen, daß in diesem Zusammenhang Einzelheiten bekanntwerden, weil sie unterstellt, dies könne „DDR“-Bewohner zu weiteren Fluchtaktionen in Botschaften der Bundesrepublik Deutschland ermutigen. Sie verweist deshalb auf die Erklärungen Ost-Berlins, in denen es geheißt habe, daß es in künftigen Fällen keine Zusicherungen mehr geben werde.

## Scargill will sich nicht geschlagen geben

**WILHELM FURLER, London**

Der Führer der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, bemüht sich, den Kampf gegen die Schließung unwirtschaftlicher Zechen weiter zu schüren. Trotz der Entscheidung seiner Gewerkschaft, den beinahe ein Jahr lang andauernden Kohlestreik heute „geschlossen und geordnet“ zu beenden, betonte Scargill wiederholt, es werde zu einem „Guerrillakrieg“ gegen die Nationale Kohlebehörde kommen, wo immer Zechen stillgelegt werden sollten. Gleichzeitig haben die Kohlendistrikt Schottland und Kent beschlossen, vorerst weiterzustreiken.

Die Änderung der Taktik zu einem „Grabenkrieg“ zeche für Zeche war schon vor einigen Wochen von der militantesten Kohlesektion - Südwales - gefordert worden. Angesichts der Rückkehrwelle zu den Arbeitsplätzen blieb den Gewerkschaftsdelegierten am Sonntag kaum eine andere

Wahl, als den Streik zumindest offiziell zu beenden. Regierung und Kohlebehörde sind sich der Schwierigkeiten für die nächsten Monate bewusst. Viele Bergleute sind verbittert, und die Grubenanlagen der betroffenen Zechen befinden sich in katastrophalem Zustand. An eine umgehende Aufnahme der Produktion ist nicht zu denken. Nach Schätzungen der Kohlebehörde wird es im Schnitt zwischen zwölf und 15 Wochen dauern, bis die Schäden behoben sind.

**SEITE 2:  
Teurer als Falkland  
SEITE 3  
Die Niederlage**

Ein weiteres Problem stellt sich mit der Forderung der Bergleute der Gewerkschaft, alle 709 Bergleute, die während des vergangenen Jahres we-

gen zum Teil erheblicher Vergehen entlassen wurden, wieder einzustellen. Dies wird von den Revieren Schottland und Kent noch immer zur Bedingung für eine geschlossene Rückkehr an die Arbeitsplätze gemacht. Energieminister Walker wie auch die Kohlebehörde haben inzwischen betont, daß an eine Generalamnestie auf keinen Fall zu denken ist. Lediglich bei geringfügigen Vergehen (wie Diebstahl von Kohle für den Eigengebrauch) sei an eine Wieder-einstellung zu denken.

Nach ersten Schätzungen dürfte der Streik die Staatskasse zwischen zehn und zwölf Milliarden Mark gekostet haben, wahrscheinlich mehr. Die Vermutung, daß mit dem offiziellen Streikende der Arbeitsfriede nicht sofort zurückkehren würde, hat sich gestern in Yorkshire bestätigt, wo in etlichen Zechen erheblicher Schaden angerichtet wurde.

### DER KOMMENTAR

## Signale

PETER GILLIES

Der kräftige Anstieg der Arbeitslosigkeit im Januar war soeben ein Katastrophensignal wie jetzt die leichte Entspannung im Februar Anlaß zur Euphorie bietet. Aus allen Monatergebnissen mit ihrem frostigen Klima ist nur eines deutlich abzulesen: Die Arbeitslosigkeit bleibt zäh und hoch; sie fordert die Phantasie aller heraus, die der Arbeitslosigkeit wie die der Arbeitslosen, nicht zuletzt die der Politiker.

Wer die Zahl von 2,5 oder 2,6 Millionen Arbeitslosen jeden Monat vernimmt, ist in Versuchung, sie als ehernen Sockel zu betrachten, der lediglich mit den Jahreszeiten wächst oder schrumpft. Tatsächlich stellt sie jedoch einen Saldo dar, hinter dem sich emsige Vermittlungen und vielerlei Umschichtungen verbergen. In jedem Jahr werden mehrere Millionen Menschen in neue Jobs vermittelt. Seit 1980 hat es in einem Februar beispielsweise noch nie so viele Vermittlungen gegeben wie 1985.

Es gibt andere positive Signale, so die verringerte Kurzarbeit, die Zahl der offenen Stellen oder die unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit. Vielleicht darf man darauf schließen, daß die Winterarbeitslosigkeit ihren Höhepunkt überschritten hat.

Aber vieles steht nicht in der Statistik. Sie erfaßt beispielsweise jene nicht, die sich wegen vermutterter Chancenlosigkeit gar nicht erst um eine Stelle bemühen. Andererseits taucht der noch immer blühende Markt der Schwarzarbeit nirgendwo auf, obgleich manche Experten das Sozialprodukt der „Schattenwirtschaft“ etwa für so bedeutsam einschätzen wie den Wachstumsverlust durch Arbeitslosigkeit. Jede Erhöhung von Sozialabgaben und Steuern fördert „schwarze“ und gefährdet „weiße“ Arbeitsplätze. Zur Wirklichkeit gehört übrigens auch, daß viele Vermittlungen eben nicht via Arbeitsamt geschehen, und daß viele Firmen händelnde Facharbeiter suchen - trotz 2,6 Millionen registrierter Erwerbsloser.

Manche „Zauberformeln“ stehen derzeit im Angebot: Einstellung Zehntausender von Sozialarbeitern, Friedhofgärtnern oder Umweltbeamten. Diese und ähnliche Beschäftigungsprogramme stellen Scheinlösungen dar, sehr teure zumal. Ein Schlüsselwort für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist die Flexibilität. Ein Arbeitssuchender muß beweglich bleiben bei Beruf, Fortbildung, Lohn, Arbeitszeit und -ort. Politiker, die ihm einreden, die Arbeit käme zu ihm, sind schlechte Ratgeber.

## Unstimmigkeit im Warschauer Pakt wird deutlich

**DW. Berlin**

Die SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ hat gestern Äußerungen des stellvertretenden ungarischen Außenministers Istvan Roska zu Meinungsverschiedenheiten über die anstehende Verlängerung des Warschauer Pakts veröffentlicht. Westliche Diplomaten sagten dazu, die „DDR“-Führung hillige damit offener Roskas Äußerungen. In dem nachgedruckten Interview der ungarischen Gewerkschaftszeitung „Nepszava“ hatte Roska erklärt, es gebe Meinungsunterschiede zwischen den Staaten des Warschauer Pakts über die künftige Form des Bündnisvertrages. Unterschiede in der politischen Praxis und den Methoden des sozialistischen Aufbaus sollten berücksichtigt werden.

Der Bündnisvertrag läuft im Mai aus. Er war 1955 geschlossen und 1970 um 15 Jahre verlängert worden. Dem Warschauer Pakt gehören neben der Sowjetunion die „DDR“, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien an. Ungarn und Rumänien dringen nach Ansicht westlicher Diplomaten darauf, daß ihre Eigenständigkeit stärker respektiert wird. Differenzen gibt es auch über die Laufzeit des neuen Vertrags.

Nach Angaben aus osteuropäischen Kreisen waren Verhandlungen über eine Verlängerung des Paktes bereits im vergangenen September in Warschau ergebnislos geblieben. Es hieß, Rumänien habe eine Verlängerung um fünf Jahre befürwortet, Moskau jedoch den Vertrag um weitere zehn bis 15 Jahre verlängern wollen.

## Warum wurde Kardinal Stepinac verurteilt?

### Kroatische KP streitet über Titos „Glaubenskrieg“ mit Vatikan

**CARL GUSTAF STRÖHM, Wien**

Wollte Tito nach dem Zweiten Weltkrieg die katholische Kirche Kroatiens von Rom abspalten und eine unabhängige „Kroatische Nationalkirche“ gründen? Diese Frage hat zu heftigen Diskussionen innerhalb der kommunistischen Partei der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien geführt.

**PETER MRANKE, Athen**  
Mit einem integrierten Luftverteidigungssystem will Saudi-Arabien seine Ölfelder am Golf, die Hauptstadt Riad, die Operationsbasen wie Tabuk und die heilige Stadt Mekka gegen Luftangriffe schützen. Das Projekt, für das 6,5 Milliarden Dollar vorgesehen sind, trägt den Namen „Friedensschild“ und soll im Laufe von sechs Jahren fertiggestellt werden.

Amerikanische Experten, die bereits an dem System arbeiten, bezeichnen es als „äußerst modern und wirkungsvoll“, wie es noch nicht einmal die NATO besitzt. Milliarden-Aufträge gingen bereits an Unternehmen wie Boeing, General Electric und Raytheon. Die äußerste Abwehrstufe des Systems wird durch fünf Awacs-Maschinen gebildet. Ihr elektronisches, am Boden stationiertes Führungs- und Kontrollsystem kann in Sekundenschnelle die gesamte saudische Luftabwehr alarmieren.

Die ersten Awacs-Maschinen sollen im nächsten Jahr geliefert werden. Derzeit sind auch auf Leihbasis vier amerikanische Awacs-Maschinen zur Aufklärung eingesetzt. Zum Abwehr eines Luftangriffs dienen neben den Awacs 62 amerikanische F-15-Kampfflugzeuge, die jetzt geliefert werden. Für diese Jagdmaschinen bauen US-Firmen eine Wartungsstation. Auf die Luftabwehr soll eine dichte Raketenabwehr von französischen „Schahine“- und amerikanischen „Hawk“-Batterien folgen. Den vierten Verteidigungsring bilden radargesteuerte schweizerische „Oerlikon“- und amerikanische „Stinger“-Luftabwehr-Raketen.

Jakow Blazewicz, seinerzeit Staatsanwalt im Prozeß gegen Erzbischof Kardinal Alojzije Stepinac, erklärte in einem Interview der Zagreber Zeitschrift „Polet“, der Konflikt zwischen der kommunistischen Führung und dem kroatischen Kardinal sei hauptsächlich wegen der Forderung nach einer vom Vatikan unabhängigen Nationalkirche ausgebrochen. Die kommunistische Seite, so Blazewicz, hätte gerne auf den Prozeß und die Verurteilung des Kardinals - dessen 25. Todestag in der Verbannung sich vor wenigen Tagen jährte - verzichtet, wenn Stepinac nur Entgegenkommen gezeigt hätte. Die Kommunisten hätten damals ein Arrangement mit

Stepinac gewollt. Der Prozeß und die Verurteilung seien ihnen von Stepinac selber aufgezwungen worden. Blazewicz, der heute Mitglied des ZK ist, läßt keinen Zweifel, daß er die Trennung der kroatischen katholischen Kirche vom Vatikan nach dem Kriege auch heute noch für richtig hält, da Rom damals eine „antijugoslawische Politik“ betrieben habe.

Der im kroatischen ZK zuständige Funktionär für Kirchenfragen, Nenad Ivankovic, hat den Altkommunisten und Ex-Staatsanwalt inzwischen wegen dieser Äußerungen scharf kritisiert. Die Gründung einer von Rom unabhängigen Nationalkirche sei nicht der Kern des Konflikts mit Stepinac gewesen. Der Kardinal sei vielmehr wegen jener Delikte verurteilt worden - also wegen „Kollaboration“ mit dem Ustascha-Regime -, deren Vergehen er damals angeklagt worden sei. Daß der damalige Ankläger offenbar selber nicht unbedingt an die Anklage glaubte, macht das Problem für die heutige kroatische Parteiführung nicht einfacher.



DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dispute im Osten

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß es unter den Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts seit einiger Zeit hoch hergeht, dafür gab es bisher meist indirekte Anzeichen: etwa, daß von sowjetischer Seite immer wieder die „Einheit“ des östlichen Militärbündnisses beschworen wurde.

Zweifel und Widersprüche gibt es unter den Paktmitgliedern aber über die Dauer. Die Sowjets wollen zwanzig Jahre. Die Rumänen meinen, fünf Jahre seien genug. Inzwischen zeigt sich, daß auch die Ungarn in der Frage der Prolongierung ihre eigenen Vorstellungen haben und daß Budapest seine Bedenken und Wünsche auf eine erstaunlich freimütige Weise artikuliert.

Der stellvertretende Außenminister der Budapester Regierung, Istvan Roszka, spricht in einem Interview der ungarischen Gewerkschaftszeitung „Nepszava“ davon, daß die Vorbereitungen zur Verlängerung des östlichen Militärbündnisses „Dispute“ unter den Mitgliedsstaaten nicht ausschließen. Verhandlungen könnten „nur bei angemessener Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen“ erreicht werden.

Selten zuvor ist so deutlich von Interessenpolitik innerhalb des östlichen Bündnisses gesprochen worden. Noch vor wenigen Jahren galt der Gedanke an unterschiedliche Interessen im Verband der kommunistischen Staaten als Häresie. Heute wird das bereits von einem hohen Regierungsvertreter eines Paktmitgliedes bekundet. Das ändert gewiß nichts an der sowjetischen Vorherrschaft. Wohl aber zeigt es langfristige Veränderungen an. Und daß Honeckers „Neues Deutschland“, das schon einige Male ketzrische Ungarmelodien nachspielte, die Roszka-Aussage abdruckte, zeigt ebenfalls etwas an.

Im Gemeindehaus

Von Detlev Ahlers

Teile der Volkskirchen wandeln sich zur Volksfront-Kirche. Am Wochenende tagten im Gemeindehaus der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) Münster die Autonomen, also jene, die gewalttätig beim Bush-Besuch in Krefeld, bei den Brokdorf-Auseinandersetzungen, bei der Springer-Blockade in Hamburg auftraten. Sie nahmen diese Ausschreitungen als Beispiele dafür, was sie nicht beim Weltwirtschafts-Gipfel am 4. Mai in Bonn „besser“ machen wollen.

Auf den Büchertischen im Gemeindehaus lagen die neuesten Aufrufe der Rote Armee Fraktion (1,30 Mark), die Deklaration der (maoistischen und stalinistischen) „Revolutionären Internationalistischen Bewegung“ (3 Mark) und Anleitungen zur Sabotage an Bundesbahn-Zügen (1,50 Mark). Die Autonomen beschlossen im Gemeindehaus „viele gemischte Aktionen“ anlässlich des Gipfels in Bonn und verteilten Listen mit Gebäuden, die als Ziele des „antimperialistischen Kampfes“ in Frage kommen: „Die Polizei kann nicht überall sein!“

Wie kommt so eine Tagung ins Gemeindehaus? Ein Sprecher des katholischen Bistums klagte immerhin, „daß dort dauernd solche Sachen stattfinden“. Der evangelische Bischof für Hamburg, Krusche, sieht in seiner Evangelischen Studentengemeinde dagegen „kein Problemkind“.

Dafür sitzt ein Vertreter der Evangelischen Studentengemeinden sogar im zutrennköpfigen Planungsausschuß für die Kundgebungen und Krawalle zum Gipfel, der am Samstag in Bonn zusammengestellt wurde. Die Bonner Tagung fand zwar „unabhängig“ vom Münsteraner Treffen statt. Aber in Bonn wurde beschlossen, den Autonomen einen Sitz im Planungsausschuß einzuräumen. Die Bonner Zusammenkunft beschloß ferner: „Wir demonstrieren auch bei Demo-Verbot“ und „Wir beschlagnahmen Bonn“ (am 4. Mai); man erklärte sich damit einverstanden, wenn „Aktionen“ der Autonomen „laufen“.

Das geht so öffentlich im Rechtsstaat, mit kirchlichem Segen. Und sie haben recht: die Polizei ist nicht überall. Doch gab einer in Münster einen lehrreichen Hinweis: „Wenn hundert Bullen vor der Bannmeile stehen, gehe ich durch. Wenn tausend Bullen dastehen, gehe ich nicht durch.“

Wer vom Anstand redet

Von Enno v. Loewenstern

Man muß Zeloten nicht für intelligent halten; in der Tat, man wird selten in die Versuchung kommen. Aber man könnte sie als ehrliche Menschen respektieren, wenn sie sich wenigstens als konsequent erwiesen. Studieren wir als Beispiel den Fall eines gewissen Albrecht Müller.

Dieser hat im „Spiegel“ einen Wutausbruch dagegen veröffentlicht, daß die ARD am 23. Februar die Verleihung der Goldenen Kamera übertrug. Daß Richard von Weizsäcker daran teilnahm, wird zu Beginn folgendermaßen behandelt: „So weit, so gut; warum soll der Bundespräsident nicht mit Springers feiern?“ Am Ende aber wird ihm wegen seiner Teilnahme der „demokratische Anstand“ abgesprochen.

Das Wandern ist Herrn Müllers Lust, so zwischen den Argumenten. Überfordern wir ihn nicht. Ihm paßt nämlich die ganze Richtung nicht: daß die ARD „aus der Preisverleihung eines Verleges eine zweieinhalbstündige Werbesendung für „Hörzu“ gemacht habe. „Zweieinhalb Stunden fast kostenlose Werbung“, „die privaten Verleger (brauchen) eigentlich gar keinen privaten Rundfunk mehr“, „heißlose Vermischung“ – allmählich erkennt man auch durch den Schein, um was es dem Kritiker geht. So weit, so wirt; doch sei's drum.

Aber wo war er eigentlich, als das ZDF eine Riesensendung für den „Stern“ (dessen Verlag mit dem „Spiegel“ verbunden ist) und dessen Hitler-Tagebücher machte und dafür sogar noch hunderttausend öffentlich-rechtliche Mark bezahlte? Wann hat er die beiläufige Vermischung beklagt, daß das Staatsfernsehen genehmen Verlagsfirmen wie „Stern-TV“ – aber nur solchen! – für viel Geld Sendungen abkauft?

Die Verleihung der Goldenen Kamera war eine wichtige Veranstaltung, die Berlin als Medienplatz in den Mittelpunkt rückte. Der Bundespräsident nahm aus selbstverständlicher Berlin-Verbundenheit teil. Dafür sollten ihm eigentlich alle Bürger jenseits aller Parteineigungen dankbar sein, soweit sie demokratischen Anstand besitzen. Albrecht Müller spricht nicht für eine Partei, aber leider für den linken Flügel einer Partei. Kein Wunder, daß Schmidt schweifte. Dieser Müller wirkte nämlich als Planungschef in seinem Kanzleramt.



Schneller geht's nicht

KLAUS BÖHLE

Teurer als Falkland

Von Heinz Barth

Margaret Thatcher hat einen Arbeitskrieg gewonnen, der teurer war als der Falkland-Krieg. Wenn der längst entschiedene britische Bergarbeiter-Streik fast auf den Tag genau nach einem Jahr endgültig zusammenbricht, hat er England weit mehr als die über zwölf Milliarden Mark gekostet, auf die der volkswirtschaftliche Schaden dieses sinnlosen Aufstandes gegen sämtliche Gesetze sozio-ökonomischer Vernunft geschätzt wird. Das ist etwa das Dreifache des Preises, den die Premierministerin für ihren Triumph im Südatlantik bezahlte.

Ihr schwer errungener Sieg über die Bergarbeiter-Gewerkschaft, die sich früher als eine der traditionsreichsten Institutionen des britischen Gesellschaftssystems verstand, aber dieses Ansehen unter dem marxistischen Chef Arthur Scargill verlor, hat ihren Ruf unbedingbarer Willenskraft, nicht aber ihre Popularität gestärkt. Da zu war der Machtkampf zu erbittert und die Härte, mit der sie die soziale Kapitulation der Streikenden erzwingen, so schonungslos. Trotzdem ist dieser Sieg der Eisernen Dame bedeutsamer als der Falkland-Sieg, bei dem sie weniger riskiert und die Spitze der Fahnenstange nationaler Beliebtheit erreicht hatte.

Sie hat damit eines der schwersten Hindernisse auf dem Weg zur industriellen Modernisierung Englands beiseite geräumt. Der „Scargillismus“, der sich darauf versteift, die Schließung längst veralteter und unrentabel gewordener Kohlenzechen zu blockieren, erlebte ein Debakel, von dem er sich so bald nicht erholen wird. Margaret Thatcher hielt noch nie viel davon, dem geschlagenen Feind goldene Brücken zu bauen. Mit gutem Grund wendet sie sich der Amnestie für die mehr als siebenhundert gewalttätigen Bergleute, die ihre arbeitswilligen Kollegen zusammenschlugen und die Häuser der Streikbrecher anzündeten. In einem Land, in dem das verbrecherische Beispiel des irischen Terrorismus die soziale Auseinandersetzung vergiftet und das Streik-Klima kriminalisiert hat, wäre jede Kompromißbereitschaft unange-

bracht. Ohnehin steht schon jetzt fest, daß der Zusammenbruch des Streiks nicht den sozialen Frieden sichert. Es war der längste Streik der englischen Geschichte und der schwerste industrielle Konflikt seit mehr als einem halben Jahrhundert. Die Streikenden, die zuletzt noch bereit waren, den Kampf fortzusetzen, sind in der Minderheit, eine Gruppe von Extremisten, aus denen Scargill, wie er ankündigte, eine „Guerrilla“ formieren will. Das kann bei einem Gewerkschaftsführer, den der libysche Cbeft-Terrorist Khadhafi mit den irischen Bombenlegern gleichzuschalten versucht, nicht verwundern. Aber wirtschaftlich hat dies nichts mehr zu bedeuten. Am Ende waren nur noch weniger als die Hälfte der 186 000 englischen Bergarbeiter im Ausstand. Da sie praktisch keine finanzielle Unterstützung von der Gewerkschaftskasse erhielten, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Regierung sie in die Knie zwang.

Arthur Scargill hatte von vornherein den epichalen Fehler begangen, den Streik ohne Zustimmung der Basis auszurufen. Ein Teil der Kohlen-Distrikte folgte ihm nur widerstrebend. Von Anfang an wies die Streikfront klaffende Lücken auf. Da im eigenen Lager die Meinungen geteilt waren,



Gesiegt, wo Heath unterlag: Margaret Thatcher. FOTO: STECHEN/NUMA

konnte er nicht hoffen, daß sich die übrigen Gewerkschaften mit seinem Vorgehen, über das er sie nicht im voraus informiert hatte, solidarisch erklären würden. Der Verzicht der Bergarbeiter-Gewerkschaft auf die Amnestie für die entlassenen Kumpel kommt einer bedingungslosen Kapitulation gleich.

Margaret Thatcher hat dem gefährlichsten Gegner, der ihr seit ihrem Regierungsantritt erwachsen war, die Flügel gestutzt. Es wird lange dauern, bis Scargill oder andere Gewerkschaftsführer es wieder wagen werden, einen Streik von solcher Tragweite zu organisieren. Seit dem Sieg über Premierminister Heath, den konservativen Vorgänger von Frau Thatcher, hatten sich die britischen Gewerkschaften zu einem unkontrollierbaren Machtfaktor entwickelt, der die Frage berechtigt erscheinen ließ, wer in England eigentlich regiere. Diese Frage scheint jetzt für absehbare Zeit beantwortet zu sein. In einem der kältesten Winter seit vielen Jahren sind in England die Lichter nicht ausgegangen. Es ist abzusehen, daß das Nordsee-Öl und andere Energieträger die Bedeutung der Kohle für das britische Wirtschaftsleben fortlaufend vermindern werden.

Der Zeitpunkt, den sich Scargill für den Streik aussuchte, den er zu einem Klassenkampf hochspielte, war denkbar ungünstlich gewählt. Dahinter steckte mehr als eine Herausforderung der konservativen Regierung, nämlich eine kaum noch verhüllte Attacke auf das parlamentarische System. Es hat die Prüfung bestanden. Ob die britischen Gewerkschaften, die ihre Kräfte in diesem einjährigen Kampf verbraucht haben, die Probe unbeschädigt überstehen können, muß sich schon in naher Zukunft zeigen. Der Streikverlauf ließ die tiefe Spaltung an der Basis der Bergarbeitergewerkschaft erkennen. Es kann kaum ausbleiben, daß sich dies auch in ihrer Führung widerspiegelt. Sie bedarf eines besonnenen Vorsitzenden als Arthur Scargill.

Noch plant China keinen zweiten Vorstoß nach Süden

Aber Hanoi ist an Spannungen zwischen Moskau und Peking interessiert / Von Christel Pilz

Hanoi behauptet, daß Peking die Flammen zu einem „Aggressionskrieg“ schürt; China wolle den drei Indochinaländern, Vietnam, Laos und Kambodscha, die Früchte ihrer Revolution nicht gönnen.“ China, so kann man täglich in der vietnamesischen Staatspresse lesen, betreibe eine „langfristige Strategie der vielgesichtigen Sabotage“, die darauf abziele, eines Tages interne Rebellion mit militärischen Attacken zu verbinden, um die Regierung in Hanoi zu stürzen.

Der Feind, schrieb die Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan“, habe 44 geheime Basen im Grenzgebiet angelegt, um „reaktionäre Banditen“ zu Kommandoaktionen gegen Vietnam zu trainieren. Das ganze Volk müsse dem Feind die Möglichkeit zur Sabotage verwehren und zusammen mit Laos und Kambodscha einen gemeinsamen Verteidigungsplan aufbauen. Im Rahmen dieser „strategischen Offensive“ haben vietnamesische Truppen Schlüsselpositionen in den Bergen an der schlecht definierten 1200 Kilometer langen Grenze besetzt oder

zu besetzen versucht, vor allem in den Provinzen Lang Son und Ha Tuyen.

Für Peking ist dies eine „Invasion“, die von Vietnam besetzten Berge seien chinesisches Territorium. Chinas Grenztruppen seien gezwungen, die Eindringlinge zurückzuschlagen. Peking sagte, Hanoi solle dem Prinzip chinesischer Grenzpolitik folgen: „Laß mich in Ruhe, dann laß ich dich in Ruhe.“

Wer wen nicht in Ruhe läßt, wenn die Beteiligten selbst, denn die Gebiete sind militärisches Sperrgebiet. Fest steht nur, daß das Kampfgeschehen in den Gebieten von Lang Son und Ha Tuyen in den letzten Wochen blutiger und der Krieg der Worte ernster wurde. „Eine halbe Million Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee stehen kampfbereit“, sagte am Abend vor dem chinesischen Neujahrsbeginn (am Mittwoch) der chinesische Präsident Li Xiannian, weil Hanoi sich weigere, Vernunft anzunehmen. Eine Drohung, keine Kriegserklärung. Wenige Tage zuvor hatte Parteichef Hu Yaobang während einer Grenzinspektion die

vietnamesische Führung aufgefordert, zur traditionellen Freundschaft zurückzukehren. Das wäre möglich, wenn sie ihre Truppen aus Kambodscha abziehen und ihre hegemonistischen Ambitionen aufgeben. Eben dies hat Hanoi aber ganz und gar nicht vor.

Hegemonismus ist das Schlüsselwort, das die Vietnamrevolutionäre 1978 zum Schisma mit Peking trieb, drei Jahre nach dem Ende des Vietnamkrieges. Vorbei waren die Zeiten, da Hanoi chinesische Waffen und Soldaten brauchte, um die Franzosen zu schlagen (1954) und zwei Jahrzehnte später den von Amerika unterstützten Süden zur Kapitulation zu zwingen. Hanoi Revolutionäre predigten es nun als ihre „edle internationale Pflicht“, ein sozialistisches Großindochina zu schaffen. Sie wußten, daß dies Konflikt mit Peking hieß.

Hanoi war entschlossen, ihn zu riskieren. Er wurde sichtbar, als Hanoi mehrere hunderttausend Vietnamesen chinesischer Abstammung über die Grenze und zur Flucht als „boat people“ trieb. Die gemeinsame Grenze, die eine Gren-

IM GESPRÄCH Alister McIntyre

Der Neue aus Grenada

Von Manfred Neuber

An der Spitze der Unctad, der UNO-Körperschaft für Handel und Entwicklung, steht seit Jahresbeginn der 52 Jahre alte Ökonom Alister McIntyre aus Grenada. Zunächst interimistisch zum Nachfolger von Gamani Corea (Sri Lanka) berufen, rechnet man am Unctad-Sitz in Genf damit, daß McIntyre als neuer Generalsekretär bestätigt werden wird. Das Revirement ist ein geschickter Schachzug von UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar, um Kritik des Westens an der Unctad zu dämpfen. Coresas zehnjährige Amtszeit hatte vor allem die USA verärgert. Von McIntyre, dem großes diplomatisches Geschick nachgesagt wird, verspricht man sich eine Führung ohne ideologische Scheuklappen.



Tanzen kann er auch: Neuer Unctad-Chef McIntyre. FOTO: AP

Mit der Berufung des Grenaders, der seit 1977 zur Unctad kam und die Pläne für ein integriertes Rohstoff-Programm der Welthandelskonferenz eotwarf, rückt ein verbindlicher Vertreter der Dritten Welt auf. Die bisherige Nummer zwei, der Holländer Pronck, hatte weniger aus geographischen, sondern mehr aus politischen Gründen keine Chance. Er gilt als „idealistischer Eiferer“.

Für McIntyre hat sich das Ausharren in Genf gelohnt; im November 1983, nach dem US-Eingreifen auf Grenada, schlug er das Angebot aus, als provisorischer Regierungschef auf die karibische Insel heimzukehren. Er ist politisch unabhängig, sucht gern nach unkonventionellen Lösungen und steht dabei im Ruf, das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern realistisch zu sehen.

Aus der Oberschicht der früheren englischen Inselkolonie stammend, absolvierte McIntyre die London School of Economics und das Nuffield College in Oxford. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Auffallend an seiner schlanken Erscheinung sind die graumelierten Haare und sei-

ne maßgeschneiderten Anzüge. Zunächst schlug McIntyre eine wissenschaftliche Karriere an der Westindischen Universität (auf Trinidad und Jamaica) ein. Bereits mit 31 Jahren leitete er die Sozialwissenschaftliche Abteilung, später das Institut für Sozial- und Wirtschaftsforschung. Im Jahre 1974 wurde er zum Generalsekretär der Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft (Caricom) berufen.

Nach dem Wechsel zur Unctad 1977 arbeitete er anfangs als Direktor im Genfer Sekretariat, von 1980 an – zunächst provisorisch – auf den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs. Der Mann mit dem karameifarbene Teint soll nicht nur auf diplomatischem, sondern auch auf dem Tanzparkett eine gute Figur abgeben, weiß man in seiner Umgebung.

Nach dem Argentinier Raul Prebisch, dem Venezolaner Manuel Pérez Guerrero und Gamani Corea aus Sri Lanka ist McIntyre der vierte Chef der 1964 gegründeten Organisation, die alle vier Jahre auf Welthandelskonferenzen für einen Ausgleich zwischen Nord und Süd sorgen soll.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HESISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung geht auf das „Ausschütze-Lüge-Gesetz“ ein:

Geschichtliche Verifizierungen, mögen sie noch so stichhaltig sein, haben keine Gesetzeskraft. Sie können und dürfen sie in einer freien Gesellschaft nicht haben. Denn Gesetze orientieren sich an Werten, nicht an Wahrheiten. Etwas anderes ist es, wenn mit der Leugnung bestimmter Tatbestände eine Schädigung Dritter verbunden ist. Die Wahrheit als solche ist nicht justiziabel, wohl aber die Ehrverletzung, die Kränkung von Personen und Institutionen, die in der Wahrheitsleugnung stecken kann.

Rhein-Zeitung

Die Koblenzer Zeitung kommentiert den solidarischen Weyer:

Lange genug hatte sich Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes, bedeckt gehalten, was den DFB und dessen Entscheidung in Sachen Fußball-EM 1988 angeht. Zugegeben: Eine unangeoehnte Situation für „WW“, der einerseits als FDP-Mann politische Grundansichten seiner Partei zu vertreten hat, andererseits seinem Freund und Steigbügelhalter Hermann Neuberger verpflichtet zu sein scheint. Was der Sportbund-Präsident zur EM 1988 den Fernsehmikrofonen anvertraute, war verquast und zweideutig: Bekenntnis zu Berlin mit „Geht-nicht-anders-Miene“, Solidarität mit Neuberger und Vorwürfe

an die Politiker, dem armen Herrmann bzw. dem DFB zu nahe getreten zu sein. Wie denn? Was denn? Nicht einmal Unmut dürfen unsere Politiker äußern?

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung meint zu den bevorstehenden Berliner Wahlen:

Als Dieppen vor gut einem Jahr die Nachfolge des heutigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an Berliner Spitzenamt antrat, brauchte er für den Spot nicht zu sorgen. Inzwischen hat sich das Urteil über den 42-jährigen völlig verändert. Der Regierungschef im Westteil der Mauerstadt ist aus dem Schatten seines hochkarätigen Vorgängers herausgetreten und hat jenen Mix von konservativ-liberaler Politik gefunden, der derzeit der CDU in den Ländern Erfolg bringt. Einen Spezialbonus der Bürgermeister ist im Gegensatz zu von Weizsäcker (und dessen Vorgänger Hans-Jochen Vogel) „einer von uns“ (Wahlwerbung), weil geborener Berliner... Vor allem aber hebt Dieppens „einer von uns“ den Bürgermeister von seinem sozialdemokratischen Herausforderer ab. Dem Hanseaten und gewissenhaften Verteidigungsminister Hans Apel. Der 53-jährige wollte sich – für den Fall einer verlorenen Wahl – nicht auf Berlin als Wirkungskreis festlegen, er sieht sich in der Rolle eines „Parteisoldaten“ und hat in dieser Eigenschaft eine Menge mehr oder weniger banale Fehlschritte begangen, die weidlich ausgeschlachtet wurden.



# Auch in der Niederlage bleibt Scargill ein Kämpfer

Ein Jahr dauerte der Streik der britischen Bergleute. Es war vor allem ein Kampf ihres Führers Arthur Scargill.

Von WILHELM FURLER

Auch in der Stunde der größten Niederlage dachte Arthur Scargill nicht an Entfremdung. Er wollte die Bergleute dazu aufbauen, die Kampagne der Bergleute gegen die Nationale Kohlebehörde zu führen. „Ich weigere mich, eine Niederlage einzugehen, und erkläre allen, daß die Kampagne der Bergleute gegen die Nationale Kohlebehörde führen“ oder „Ich weigere mich, eine Niederlage einzugehen, und erkläre allen, daß die Kampagne der Bergleute gegen die Nationale Kohlebehörde führen“.

Zwölf Monate hat der bislang längste Streik in der britischen Geschichte gedauert, und nur wenig hatte daran gefehlt, und das Häuflein von Sympathisanten wäre unter den pausenlos einsetzenden Hetzparolen des Trotzkisten Scargill zu einer gefährlichen, großen Meute angewachsen. Der Führer der Bergleute besitzt ohne Zweifel die Gabe der Demagogie, und er handhabt sie so geschickt und so fanatisch wie kaum ein anderer in Großbritannien.

Doch so sehr Scargill auch versuchte, die Masse der Streikenden zu erreichen, die häßlichen und gewalttätigen Szenen, die sich im vergangenen Sommer und Herbst an den Streikposten abspielten und Hunderte von Verletzten und vier Todeopfer kosteten, blieben im wesentlichen das Werk einer radikalisierten Minderheit.

Daß es eine Frage weniger Monate sein würde, bis der Kohlestreik zusammenbrechen würde, war auch Arthur Scargill spätestens zu Weihnachten klar. Zu jener Zeit hatte der Rückzug der Bergleute an ihre Arbeitsplätze verstärkt eingesetzt. Teils resignierten die Kumpel, weil keine greifbaren Ergebnisse erzielt worden waren, teils drängte sie die nackte Existenzangst und das großzügige Angebot von Bonuszahlungen zu Weihnachten zurück.

Doch darüber hinaus war den Streikenden bewußt geworden, daß sie sich auch zu etwas hatten mißbrauchen lassen, was nicht in ihrem eigenen Interesse und schon gar nicht im Interesse der ganzen Nation liegen konnte. Die britischen Bergleute waren in den Ausstand getreten, weil sie glaubten, damit Zechen vor der Schließung bewahren und ganze Kohlegemeinden vor der Verödung retten zu können. Dies hatte Scargill ihnen versprochen. Warum es nicht wenigstens versuchen, mag so mancher Kumpel gedacht haben.

Doch daß die Fiktion einer Kohleindustrie, die, koste es was es wolle, auf der Erhaltung völlig unrentabler Zechen basiert, in einer modernen Gesellschaft keinen Platz haben kann, ist ihnen nicht nur von der beachtlichen Zahl weiterarbeitender Kollegen, sondern vor allem von der britischen Bevölkerung Tag für Tag klargemacht worden.

Wie wird es nach dem offiziellen Streikende weitergehen? Werden die desillusionierten und häufig genug finanziell ausgebrannten Bergleute den Kopf ihres Führers fordern? Wohl kaum. Zum einen ist Arthur Scargill ein auf Lebzeiten gewählter Präsident der Bergleute-Gewerkschaft. Nur sein selbstgewählter Rücktritt würde ihm dieses Amtes entheben. Und daran ist, kennt man Scargill und seine politischen Ambitionen, im Augenblick nicht zu denken.

Im Gegenteil: Seine Parolen, etwa die, daß der Streik zwar beendet sei, der Kampf aber weitergehen werde, zeigen, daß der linksradikale NUM-Präsident sein zersprengtes, doch nicht minder kampfbereites Häuflein Getreuer zum langen Guerrilla-Krieg neu ordnen wird. Die Taktik ist klar: Zeche um Zeche wird der Widerstand gegen geplante Schließungen mobilisiert und der Arbeitgeber damit an der Durchführung seiner langfristigen Unternehmenspolitik gehindert. Zum anderen darf nicht verkannt werden, daß Scargill bei einer nicht zu unterschätzenden Zahl von Bergleuten ein unverändert hohes Ansehen genießt.

Zweifellos aber befindet sich die traditionsreiche, rund einhundert Jahre alte Bergarbeitergewerkschaft in ihrer schwersten Krise seit den schwarzen Tagen eines ähnlichen langen und ebenso erfolglosen Streiks im Jahre 1926. Nie zuvor standen in einem Arbeitskämpf Kumpel gegen Kumpel, Bruder gegen Bruder und Vater gegen Sohn. Der Bruch, der durch die Gewerkschaft geht, läßt sich vorerst kaum überbrücken.

Die Entscheidung der NUM-Sektion Nottinghamshire, der Gewerkschaftsführung das letzte Entscheidungsrecht abzusprechen, kann zu einer Spaltung der NUM führen, falls aus den Ereignissen der letzten zwölf Monate keine personellen und gewerkschaftspolitischen Konsequenzen gezogen werden. Ein Teil der alten radikalen Garde in der Landesführung der NUM, darunter der Chef der Sektion Schottland, der Kommunist Mick McGahay, wird in Kürze aus Altersgründen abdanken. Erhebliche Auswirkungen auf die künftige NUM-Struktur wird auch das neue britische Gewerkschaftsrecht haben.

Vom 1. Oktober dieses Jahres an sind, so das Gewerkschaftsgesetz von 1984, alle fünf Jahre geheime Urabstimmungen zur Wiederwahl von Gewerkschaftsführern vorgeschrieben.



Arthur Scargill: Blick in eine dunkle Zukunft. FOTO: SVEN SIMON

Für Scargill kommt dieser Tag im Dezember 1984.

Zwar weigert sich die Bergleute-Gewerkschaft bislang, ihre bisherigen Regeln (Wahl auf Lebzeiten) zu ändern und dem neuen Gesetz anzupassen. Aber gegen diese Weigerung wird mit Sicherheit von gemäßigten NUM-Mitgliedern gerichtlich angegangen werden. Bis dahin bleiben Scargill und seinen Anhängern noch fast zwei Jahre, um das Heft nicht aus der Hand zu geben und zumindest zu versuchen, aus einer erschöpften und zerrissenen NUM wieder eine starke und militante Bewegung zu lassen.

Schon heute, am Tag seiner Nieder-

lage, arbeitet der von den einen als gefährlicher Verführer verhaßt und von den anderen als tragischer Held gefeierte Scargill auf dieses Ziel hin: Er fühle sich hervorragend; seine Mitglieder hätten trotz enormer Schwierigkeiten ein Jahr lang ausgehalten und hätten erreicht, daß die Kohlebehörde ohne die von ihr angestrebte vertragliche Übereinkunft über die Schließung unrentabler Zechen dastehe. Darüber hinaus sei der Plan von Kohlechef MacGregor, im Geschäftsjahr 1984/85 die Kapazitäten für vier Millionen Jahrestonnen zu teuer Kohle stillzulegen, gescheitert. Dieser Scargill, das steht fest, wird so schnell nicht aufgeben.

## WIE WAR DAS?

# Als die Lebensmittelmarken verschwanden

Von EBERHARD NITSCHKE

Kampffahrt hielten sich Tausende von Rationierern, die dieses Handwerk seit dem 28. August 1939 betrieben, noch Ende Februar 1950 an ihren Schreibtischen in den Ernährungsämtern fest. Vor genau 35 Jahren aber, mit den ersten Märztagen 1950, endete mit der Freigabe des letzten bewirtschafteten Lebensmittels, des Zuckers, die Zeit von zehn Jahren und sechs Monaten, in der die Deutschen fast alles Essbare nur auf Karte bekommen konnten. Nur in der „russischen Zone“ und in Berlin ging die Lebensmittelrationierung noch weiter.

Wie lang die Bremsspur ist, wenn eine Behörde durch die Dauer ihrer Betätigung einmal richtig in Fahrt kam, das zeigte sich bei der Aufhebung des Kartenwesens in großer Deutlichkeit. Obwohl nach der Währungsreform vom Juni 1948 sehr bald, dem Gesetz der Marktwirtschaft folgend, nicht nur Grundnahrung, son-

dern auch alle Delikatessen wieder verfügbar waren, wurde von Amts wegen weiter „verteilt“. Der Bundesernährungsminister des ersten Kabinetts Adenauer, Wilhelm Niklas, verfügte im Januar 1950 ausdrücklich an alle Landes-Ernährungsämter, daß Rationierung und Preiskontrolle in vollem Umfang aufrechterhalten würden, Verkäufe ohne Marken seien verboten. Das freute zumindest die rund 20 000 Bewirtschafteten, die in den drei westlichen Besatzungszonen auf dem Höhepunkt der Mangel-Verwaltung tätig waren.

In der schlimmsten Phase der Bewirtschaftung hat es immerhin 67 verschiedene Lebensmittelkarten allein in der aus dem britischen und amerikanischen Besatzungsgebiet gebildeten „Bi-Zone“ gegeben. Es gab zum Beispiel 21 Karten für Verbraucher aller Kategorien und 22 Sorten von Zulagekarten, 14 verschiedene Arten von „Berechtigungsscheinen“, zwei Mehlkarten, zwei Milchkarten, zwei

Bezugsnachweise für Kartoffeln und eine Eierkarte.

Das Kartenchaos war aus dem unterschiedlichen Verteilungsprinzip im Gegensatz zu dem im Ersten Weltkrieg 1914-18 hervorgegangen. Damals erhielt jeder „Berechtigte“ die gleichen Mengen, so daß der Ausgleich in der Familiengemeinschaft erfolgen mußte. Jetzt aber wurde nach Alter und Geschlecht unterschieden, nach Gesundheitszustand und Arbeitsweise. Kein Wunder, daß die „Zuteilungsperioden“, die in Bayern auch „Versorgungsperioden“ hießen, einfach weiterliefen, obwohl die letzten Lebensmittelkarten, die für den Zeitraum März-April 1950 gedruckt wurden, ohne praktische Bedeutung waren und gar nicht mehr abgeholt wurden.

Für jede Warenart war im Lauf der Zeit eine Papierfarbe festgelegt worden. Kellner in Gaststätten ohne eine vom Gürtel herabbaumelnde Schere

waren bald nicht mehr vorstellbar, und in jedem Lebensmittelgeschäft war sie noch vor dem Messer das wichtigste Werkzeug. „Reichsbrotkarten“ waren rot, „Reichsfleischkarten“ blau, „Reichsfettkarten“ gelb. Schwierig wurde es bei Grün: Mai-grün war die Eierkarte, für Eier, die es meist nicht gab, grüngrau die „Bezugskarte für Trockengemüse“ und einfach grün die „Zusatzlebensmittelkarte für Hochzeiten“.

Mit jeder Verschlechterung der Versorgungslage hatte sich das Kartenwesen schon dadurch kompliziert, daß immer neue Gruppen von Bezugsberechtigten gebildet wurden. Nach 1945 war das Bedrucken der Rückseite der Karten, auf die der NS-Staat Durchhalteparolen drucken ließ, schon deshalb unerwünscht, weil dann die vielen Kartenfälschungen nicht mehr erkannt werden konnten.

Als das Bonner Kabinett den Beschluß faßte, die Lebensmittelrationierung aufzuheben, erzeugte das nicht nur Jubel. Während in deutschen Einzelhandels-Schaufenstern Scherzplakate erschienen, die „Fettmarken-Konfetti zum Fasching hilflig abzugeben“ anboten, erwartete man den Einspruch der „Hohen Kommissare“ der West-Alliierten aus dem Petersberg-Hotel, ihrem Amtssitz.

Aber es erfolgte keine Intervention, vielleicht weil die Deutschen die Erklärung nachschoben, eine „Aufhebung der Rationierung sei nicht gleichbedeutend mit der Aufhebung der Bewirtschaftung“. Die oberste Behörde der Marshallplaneländer, zu denen auch die neue Bundesrepublik Deutschland gehörte, erinnerte jedoch an den Umstand, daß Westdeutschland zur guten Hälfte von Lebensmittelimporten abhängig sei und daß eine einzige Mißerte die reumütige Rückkehr zur Karte bedeuten würde. Aber es gab keine Mißerte.

# „Wir nehmen, was die öffentlichen Hände verstreuen“

Die Subventionen des Staates, direkte Zuschüsse und Steuererleichterungen, verschlingen mehr als 100 Milliarden Mark pro Jahr. Die Kritik daran wächst, zumal die jetzige Regierung einen Abbau der Subventionen versprochen hatte. Ein Fallbeispiel.

Von KAREN SÖHLER

Bund, Länder und Gemeinden versuchen durch zahlreiche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen die Investitions- und Forschungsfähigkeit der Unternehmen zu fördern. Nur: Rund 80 Prozent, errechnet die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, richten ihre Entscheidungen in keiner Weise nach dem Subventionsangebot des Staates. „Aber wir nehmen freilich mit, was die öffentlichen Hände großzügig verstreuen“, meint Eberhard Schwarz, geschäftsführender Gesellschafter der Firma Zschimmer & Schwarz in Oberlahnstein.

Sein Unternehmen hat 1984 einen Gewinn von fünf Millionen Mark vor Steuern erwirtschaftet, setzt im Jahr 160 Millionen Mark um und beschäftigt über 400 Mitarbeiter. Die Eigenkapitalquote liegt etwa bei 40 Prozent. Also alles in allem eine gesunde Firma. Dennoch kassierte sie in den vergangenen sechs Jahren 1,6 Millionen Mark Finanzhilfen und erhielt außerdem noch Steuervergünstigungen.

Schwarz blickt aus seinem Arbeitszimmer auf die zahlreichen blauen Plastikfässer, die auf dem Hof stehen. Er ist Händler und Produzent von Fetten, Ölen und chemischen Vorprodukten für die Kosmetik-, Seifen- und Waschmittelbranche, für die Textil-, die Papier-, die Leder- und die Keramikindustrie. Schwarz deutet auf ein dickes silbernes Rohr, das hinter einem Fabriksschuppen hervorragt: ein Gaswäscher, der vor einhundert Jahren eingehaut wurde, um durch Emissionsreinigung die Umweltbelastung erheblich zu verringern.

Diese Investition zum Beispiel, sagt er, ist subventioniert worden. Aufgrund besonderer Paragraphen im Einkommenssteuergesetz brauchte er nur 40 Prozent des Gesamtwertes (Anschaffungskosten) von rund 200 000 Mark in die Bilanz aufnehmen zu werden. Der Rest wurde gleich als Aufwand ausgewiesen. Diese Sonderabschreibung wirkt für das Unternehmen wie eine Steuerstundung; der Staat muß Zinsverluste hinnehmen.

Die gleichen Paragraphen helfen eine Abwasserkläranlage für etwa 3,8 Millionen Mark zu finanzieren. Auch hier durften sofort 60 Prozent der Anschaffungskosten abgeschrieben werden; in den vier folgenden Jahren waren es dann jeweils zehn Prozent. Außerdem erhielt das Unternehmen für den Bau dieser ebenfalls umweltfreundlichen Einrichtung 2,6 Millionen Mark zinsbegünstigte Mittel über die hundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau. Statt des Marktinzins zahlt das Unternehmen nur um die fünf Prozent „Ausleihungsgebühr“.

Auch beim Umbau des alten Fabrikgebäudes halfen staatliche Zuschüsse. Früher, erinnert sich Schwarz, lagen die Büroräume im ersten und zweiten Stock des alten Gebäudes, das die sächsischen Firmengründer vor dem Zweiten Weltkrieg nebenbei einmal erworben hatten. Nach dem Krieg kam die Familie dann aus dem sächsischen Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) an die Lahn und versuchte, dort das an den Osten verlorene Unternehmen wieder aufzubauen.

Jetzt beherbergt die „Keimzelle“ des Unternehmens im ersten und zweiten Stockwerk ein Labor, das stetig ausgeweitet wird. Auch bei dieser Investition half der Bund. Aufgrund des Investitionszulage-Gesetzes floßen rund 840 000 Mark (zwischen 1979 und 1984) in die Unternehmenskasse. Damit waren rund 17 Prozent der Gesamtkosten abgedeckt.

„Natürlich“, meint Schwarz, „haben wir uns dieses Angebot nicht entgehen lassen. Aber ehrlich gesagt: Forschen und Entwickeln ist ohnehin lebensnotwendig in diesem Metier. Sonst kann man mit den übersechzig deutschen und internationalen Wettbewerbern nicht mithalten.“

Der Unternehmer hat aber noch mehr Staatshilfen bekommen: Von den Gehaltszahlungen an die 95 Laborangestellten übernahm der Bund in den Jahren 1979 und 1980 über 600 000 Mark. Hier zehrte der Betrieb von einem Programm des Wirtschaftsministeriums, mit dem Forschung und Entwicklung in Unternehmen gefördert werden sollen. Arbeiten Angestellte mehr als 400 Stunden pro Jahr wissenschaftlich, erstattet der Bund 40 Prozent der Gehaltszahlungen (ohne Lohnnebenkosten). Allerdings werden seit 1981 nur noch Unternehmen mit weniger als 50 Millionen Mark Umsatz mit diesen Mitteln bedacht.

Auch das Bundesland Rheinland-Pfalz unterstützte das Unternehmen. Im Zuge der regionalen Wirtschaftsförderung, erzählt Schwarz, erhielt es vor sechs Jahren 94 000 Mark als Zuschuß für den Bau des neuen Verwaltungsgebäudes und für neu angeschaffte Pumpen und Kessel. Und 10 000 Mark zahlte das Land an Zschimmer & Schwarz, um Messe Präsenz 1982 und 1984 auf der Messe in der chinesischen Hafenstadt Kanton zu fördern. Die Zuwendungen hätten die Entscheidung, an der Messe in Kanton teilzunehmen, natürlich nicht beeinflusst, betont Schwarz.

Und das gelte auch für alle anderen Steuervergünstigungen und Finanzhilfen, die das Unternehmen bezogen hat. Es gehört im Sinne des Wortes zum Unternehmen, kontinuierlich zu investieren, um dem Wettbewerb standhalten zu können. Die Gelder, die aus Bonn oder Mainz angefordert werden, nehme er natürlich mit – aber eine Unternehmensentscheidung mache er davon nicht abhängig. Schwarz erinnert sich dabei an einen Vortrag des Alt-Bundeskanzlers Helmut Schmidt vor der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer: Investiert wird, wenn die Investition einen nachhaltigen Gewinn verspricht.

## EINER EUROCARD KANN ES GAR NICHT AMERIKANISCH GENUG SEIN.

Über 3,4 Millionen Vertragspartner international – eines der dichtesten Netze der Welt: das ist das Ergebnis der EUROCARD-Zusammenarbeit mit Amerika's Master-Card und Access, einer der englischen Top-Cards. 2 Millionen davon allein in den USA – von Seattle (Wash.) im Nordwesten bis Jacksonville (Fla.) im Südosten, von San Diego (Calif.) bis Bangor (Me.) sind Sie mit einer EUROCARD immer gut behütet. Ob Sie tanken wollen oder übernachten, einkaufen oder essen, Autos mieten, Flüge buchen oder Bargeld brauchen – mit der EUROCARD geht's immer. Und überall! Genau so schnell und einfach wie bei über 35 000 deutschen EUROCARD-Vertragspartnern detsseits des „großen Teiches“. Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postgiroamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY. Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.



# „Evangelische Sammlung“ will keine Gegen-Kirche

### Bischof Wölber kritisiert inneren Zustand der Gesellschaft

brk, Berlin  
Das Überleben der Kirche in einer Welt, die von der Unverbindlichkeit beherrscht wird, hängt davon ab, ob es der Kirche gelingt, die Sache mit Gott im allgemeinen Fühlen und Denken wieder lebendig werden zu lassen. Die Chance dazu sei da: „Es gibt einen Hunger im Lande.“ Diese Einschätzung gab der frühere Bischof Hans Wölber, Hamburg, auf der Tagung der bekennnistreuen Christen in der „Evangelischen Sammlung“, die am Wochenende in Berlin zusammentraf.

„Die Zukunft der Kirche hängt davon ab, daß sie sich wieder als geistig notwendig erweist. Das kann sie nur, wenn es ihr gelingt, intelligent und überzeugend an die Spitze einer kritischen Generation gegenüber dem herrschenden wissenschaftlichen technokratischen Wahrheitsbewußtsein zu treten.“ Diese Chance der Kirche sei vorhanden, denn nach einer Periode „weltlicher Interpretation“ melden sich die alten Fragen nach der Tiefe, nach den Gründen der menschlichen Destruktivität, ob es einen freien Willen gibt und wie es mit unserer Bestimmung steht und was wir vom Weltlauf überhaupt zu halten haben.“

Wölber kritisierte den inneren Zustand der Gesellschaft in der Bundesrepublik. „Im Namen der Freiheit verleiht sie sich als pluralistisch. Der real existierende Pluralismus aber erweist sich als Totengräber persönlicher Orientierungsbereitschaft. ... In dieser Gesellschaft weiß man nichts voneinander, nichts von den Dingen, die uns im Innersten bewegen, von unseren wahren Sorgen und wirklichen Hoffnungen. Vielmehr bewirkt diese Art Liberalismus eine Absenkung des Niveaus. Ersatzweise röhmt man dann die Kommunikation. An

# CDU feilt schon an Regierungserklärung

### Gelassenheit beim „Dieppen-Team“ / FDP hofft auf Zweitstimmen / Irritationen bei der SPD

Von F. DIEDERICH

E in selbstsicherer Eberhard Dieppen mit dem Bonus eines nahezu fehlerlos agierenden Regierungschefs, ein zweifelhafter Hans Apel ohne strahlende Zuversicht und ein hoffender FDP-Landesvorsitzender Walter Rasch, der im letzten Abschnitt eines Wahlkampfes ohne Höhepunkte gegen die „geheimen Sehnsüchte“ der CDU nach absoluten Mehrheiten, so ein FDP-Sprecher, zu Felde ziehen will. So lassen sich kurz vor der Berliner Wahl am Wochenende die Gemütsverfassungen der drei Spitzenkandidaten beschreiben.

Da auch die Alternative Liste (AL), die nach Umfragen ihre 7,3 Prozent von 1981 verdrängen könnte, auf einen Wahlkampf mit Paukenschlägen verzichtet, mangelte es bisher an einem typischen Berliner Thema, das alle Parteien zu kontroversen Diskussionen hätte veranlassen können. Immer wieder beschäftigt dagegen Politiker und Bürger die offene Frage, mit welchen Konstellationen es nach dem 10. März weitergehen wird.

Am gelassensten kann die Berliner Union den Tag der Entscheidung auf 1,5 Millionen Wahlberechtigten eingehen. Sie setzt weiterhin ohne Rücksicht auf den Partner FDP darauf, mit einer ansehnlichen Erfolgsbilanz beider Partner sämtliche hürgeleiche Stimmen an sich ziehen zu können. Angesichts des trüben Bildes der Demoskopie für die FDP - keine Umfrage sah sie bisher über der Fünf-Prozent-Hürde - versuchte Dieppen in den vergangenen Tagen sogar, Mitglieder einer Wahlinitiative für die FDP, die es bis jetzt auf 5000 Mitglieder brachte, von ihrer unionschädigenden Zweitstimmen-Kampagne abzubringen.

Selbst wenn der Wähler schließlich keine absolute Mehrheit ermöglicht, wird der Dieppen-Senat nach dem 10. März weiter die Geschäfte besorgen:

entweder mit der FDP oder letztlich auch ohne sie. Für den letzteren Fall könnte - durch die Aufteilung aller an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten Parteien - bei einem Wahlergebnis um 47 Prozent dennoch eine Mehrheit der Sitze für die Union entstehen.

Doch auch ein „Minderheitsenat“ wäre vorstellbar - dieser marschierte dann allerdings nach Ansicht von SPD-Politikern „auf der Rasierklinge“, da Hans Apel nicht nur jede Koalition mit CDU und AL ablehnt, sondern auch keinen CDU-Minderheitsenat tolerieren will. Dessen ungeachtet arbeitet das „Dieppen-Team“, so

späteren gemeinsamen abgewiegenden Erklärung von Apel und Vogel trauern bereits Berliner Sozialdemokraten, dies habe „fünf Prozent gekostet“.

Daß Meinungsforscher bei den Berlinern die vorherrschende Auffassung feststellten, die CDU führe den besten Wahlkampf, verwundert deshalb nicht mehr. Mit einer mehrere Millionen Mark teuren und damit so kostspieligen Sympathiewerbung wie nie zuvor („Berlin ist wieder da“) rückte sich die Union so überzeugend und frühzeitig ins Straßenbild, daß SPD-Wahlkampfmanager zu der ernüchternden Feststellung kamen: „Unsere Werbespots sehen aus, als seien sie von einer Videogruppe der Volkshochschule gefertigt.“ Auch die Resonanz bei den einzelnen Wahlkampfauftritten - die Union stellte auch hier mit ständiger bundespolitischer Prominenz alle anderen Parteien in den Schatten - ergab Pluspunkte für die CDU.

## Vor der Wahl in Berlin

die Senatsmannschaft im Wahllokal, schon an den Beiträgen zur Regierungserklärung, die Dieppen am 25. April im Schöneberger Rathaus abgeben will.

Sein vermeintlich größter Widersacher im sozialdemokratischen Lager gab erst kürzlich Insidern zu verstehen, wieviel von seinem Optimismus geblieben ist, den er vor einem Jahr von der Elbe mit an die Spree brachte. Zwar setzte Apel im Wahlkampf voll auf die Rentendeckung und die Kürzung von Sozialausgaben, um gerade bei der nicht zu unterschätzenden Schicht von 350 000 Rentnern in Berlin Aufwind zu bekommen. „In diesem Wahlkampf fällt man von einer Irritation in die andere“, vertraute Apel jedoch Berliner Genossen an und registrierte damit auf Äußerungen des Bonner Oppositionschefs Hans-Jochen Vogel, der eine Suche der Berliner SPD nach Mehrheiten in Sachfragen gemeinsam mit den Alternativen für möglich hält. Trotz einer

die dann die Bezirks-Bürgermeister künden müssen.

Während die CDU schon an der Regierungserklärung schreibt, geben die Liberalen offen zu, „noch kein Konzept für die Zeit nach der Wahl“ in der Tasche zu haben. Erst einmal den Wahltag überstehen, um dann auf einem Parteitag am 20. März die Bedingungen an den Partner neu formulieren zu können, denn: „Wir hängen ja an seidenen Fäden.“ Ein Martin Bangemann, gemeinsam mit Genscher schon einen Tag nach seiner Wahl zum Parteichef in der Stadt, dokumentierte damit die Bedeutung der Berlin-Wahl für die Liberalen.

Einen Parteitag acht Tage nach der Wahl haben auch die Sozialdemokraten auf dem Plan. Schon heute verspricht man sich gegenseitig, dort „keine Sündenböcke zu suchen“. Vielmehr will die SPD dort den Grundstein für einen soliden Neuanfang setzen, so ein SPD-Politiker. Unter dem bis 1988 gewählten Landeschef Peter Ulrich will man dort, wenn Hans Apel nicht in Berlin bleiben sollte, die „eigentliche Zäsur nach dem Sturz des Stohbe-Senats im Januar 1981“ vollziehen. Ein Neuanfang, „aber ohne Zampanos von außen“, geben die Sozialdemokraten die Marschrichtung an - offensichtlich enttäuscht von ihren „Importen“ aus dem Bundesgebiet.

Vor der geplanten Aufarbeitung des Wahlergebnisses geht es den Parteien jedoch in den letzten Tagen vor der Wahl noch darum, den Bürgern die Hand zum richtigen Kreuz zu führen. „Das Kreuz auf den grünen Stimmzettel“, weist jetzt die CDU in Zeitungsanzeigen auf die Bedeutung des Stimmzettels für die entscheidende Dreistimmigkeit. Denn allein 1981 gab es 62 000 Berliner - fünf Prozent aller Wähler -, die das Wahlsystem nicht verstanden und letztlich ungültige Zettel in die Urnen warfen.

# Atomkraft: Hessens SPD folgt Grünen

### dpa, Wiesbaden

In der Auseinandersetzung zwischen der hessischen SPD und den Grünen über den geplanten Ausbau der Kernenergie wollen die südwestdeutschen Sozialdemokraten der Umweltpartei entgegenkommen. Parteisprecher Adolf Salzer teilte mit, der Bezirksvorstand werde dem Bezirksparteitag am 31. März einen Leitartikel vorlegen, in dem sich die südwestdeutsche SPD gegen die Erweiterung der Hanauer Nuklearbetriebe Nukem und Alkem ausspricht.

Die beiden Blöcke des Atomkraftwerks Biblis dürften nach einer Stillelegung nicht ersetzt werden. Den Bau eines dritten Reaktors in Biblis lehne der SPD-Bezirksvorstand ebenfalls ab.

# Lufthansa nach Berlin? Bonn ist skeptisch.

### Co/evb, Bonn/Brüssel

Die Bundesregierung hat auf den Wunsch der Lufthansa, auch wieder Berlin anzuliegen, ebenso distanziert reagiert, wie alliierte Kreise in Brüssel. Der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa Ruhnau habe seine in diese Richtung zielende Äußerung nicht mit der Bundesregierung abgesprochen, erklärte Regierungssprecher Boenisch gestern. Der Wunsch nach Landerechten in Berlin sei bisher am Widerstand der Sowjetunion gescheitert. Andererseits dürfe der Zugang nach Berlin auf der Basis des originären Rechts der vier Mächte nicht beeinträchtigt werden. Vielmehr müsse der sehr sensible Bereich der alliierten Luftkorridore heachtet werden, sagte Boenisch.

# „DDR“-Soldat schoß auf drei Männer

### epd, Schwerin

In der mecklenburgischen Kreisstadt Güstrow sind Ende letzten Jahres drei junge Männer von einem Wachhabenden an einem Objekt des Ministeriums für Staatssicherheit angeschossen und lebensgefährlich verletzt worden. Zwei von ihnen starben kurze Zeit darauf. Dies wurde bei einem Treffen kirchlicher Friedensgruppen in Schwerin bekannt.

Nach Angaben des Präsidenten des Oberkirchenrats in Schwerin Müller wurde im Zusammenhang mit diesem Vorfall dem ehemaligen Güstrower Pastor Lietz, der den Hinterbliebenen seelsorgerischen Beistand geleistet habe, vorgeworfen, die Ermittlungen zu behindern. Demgegenüber sagte Lietz, er selbst habe „für eine bestimmte Zeit unter einem gewissen Druck“ der Behörden gestanden.

# CDU wirft Rau Fahrlässigkeit vor

### dpa, Düsseldorf

Die CDU-Mitglieder im Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Großklinikum Aachen fordern den nordrhein-westfälischen Landtag auf, Ministerpräsident Rau (SPD) sowie ehemalige und derzeitige SPD-Minister vor dem Landesverfassungsgericht wegen „groß fahrlässiger“ Verletzung ihres Amtes und der Verfassung anzuklagen. Rau habe trotz der erkennbaren Probleme beim Bau des Milliardenprojekts „pflichtwidrig“ gehandelt.

Mit der Mehrheit einer Stimme setzte die SPD eine andere Bewertung durch. Danach trägt der ehemalige Baubetreuer „Neue Heimat Städtebau“ die Alleinschuld für Verzögerungen und Kostensteigerungen.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 36,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# „Wie man so 'n Gipfel so radikal wie möglich stört“

### Die Grünen finanzieren Aktionen gegen Weltwirtschafts-Treffen

DETLEV AHLERS, Münster  
Auf zwei Tagungen in Bonn und in Münster haben verschiedene linke Gruppierungen beraten, mit welchen Aktionen der Weltwirtschafts-Gipfel am 4. Mai begleitet werden soll. Fazit: Ein mögliches Demonstrationsverbot soll nicht beachtet werden. Straftaten werden als eine „Widerstandsform“ akzeptiert.

In Bonn trafen sich am Samstag etwa 60 Vertreter des Bundes unabhängiger Friedensgruppen, der Grünen, der Evangelischen Studentengemeinden, der Gesellschaft internationaler Marxisten, der Demokratischen Sozialisten, der Initiative „Kirche von unten“ und einiger Mittelamerika-Komitees. Zuvor war vergeblich versucht worden, die SPD einzubeziehen, doch für die Jungsozialisten sagte der nordrhein-westfälische Vorsitzende Hahn-Cremer „ganz offen“, daß bei ihrer Absage „die Wahlen (in NRW am 12. Mai) eine Rolle spielen“. Die DKP-nahe Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde, vermutlich auf Bestreben der Grünen, ausgegrenzt.

„Während des Gipfels soll dem Protest und dem Widerstand in Bonn Ausdruck verliehen werden“, und zwar durch „Aktionen behindernden, störenden und informierenden Charakters“, beschlossen die Gruppen in Bonn. Eine Demonstration auf der Bundesstraße 9 am (vermutlichen) Tagungsort Bundeskanzleramt vorbei wird angemeldet. Mahnwachen und „Aktionen zivilen Ungehorsams“ (Blockaden) sind geplant. Es soll „die Kriegs-, Verleumdungs-, Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der westlichen Industrienationen angegriffen werden“. Für das Gipfelwochenende haben die Grünen die Godesberger Stadthalle gemietet; dort ist ein Tribunal mit Vertretern von „Befreiungsorganisationen“ aus der Dritten Welt geplant.

# „Personell und programmatisch erneuert“

### Die Grünen beschließen, auf Kosten der Grünen sechs Halbtagskräfte zur Vorbereitung der Aktionen einzustellen und einen etwa zwölfköpfigen Planungsausschuß zu bilden, in dem auch die Autonomen Sitz und Stimme haben, die am Sonntag in der katholischen Hochschulgemeinde in Münster tagten. Etwa 120 Leute aus der ehemaligen Berliner Hausbesetzerzone, aus dem militanten Anti-Atomkraft-Spektrum, aus den Startbahn-West-Kampfgruppen, der kommunistischen türkischen Jugend, der „Revolutionären Stimme der US-Soldaten in Europa“ und anderer Gruppen wie den „Radikalen Autonomen Sozialhilfeempfängern“ und den Punkern berieten, „wie man so'n Gipfel so radikal wie möglich stört“.



Horst Rehberger ist der vierte - stets von der FDP gestellte - Wirtschaftsminister des Saarlandes in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode. Der 46jährige war im Januar 1984 an die Saar geholt worden, nachdem zunächst 1982 Werner Klumpp, dann 1983 Edwin Hügel und nach nur zehn Wochen Amtszeit im Dezember 1983 Walter Henn zurückgetreten waren. Der Jurist Rehberger war vorher Bürgermeister in seiner Heimatstadt Karlsruhe. 1984 trat er auch die Nachfolge Klumpps als Landesvorsitzender der Freien Demokraten an und wurde Spitzenkandidat.

Eine rot-grüne Mehrheit als Ergebnis der Landtagswahl am 10. März nicht dafür sorgt, daß die FDP erneut in den Landtag einzieht, der wird damit die Koalition insgesamt und die Regierung zu Fall bringen. Dann wird es eine rot-grüne Mehrheit geben. Also auch aus rein pragmatischen Aspekten heraus ist es gerade bei dieser Wahl sehr wichtig, die FDP zu stärken.

WELT: Sie werben an der Saar mit der „neuen“ FDP. Was ist an Ihrer Partei neu; nur der Spitzenmann oder die Politik?

Rehberger: Wenn wir hier im Saarland mit der „neuen FDP“ vor die Wähler treten, dann wollen wir damit verdeutlichen, daß sich der Landesverband Saar der FDP sowohl personell als auch programmatisch umfassend erneuert hat. Und, daß manche Panne, die in der Vergangenheit hier passiert ist, von der Partei selber aufgearbeitet worden ist, daß wir für den Wähler also wieder ein vollgültiger Partner sind.

WELT: Die Abgrenzung der FDP an der Saar gegenüber SPD und Grünen ist deutlich. Die Aussagen der Koalitionspartner CDU und FDP sind weitgehend deckungsgleich. Wie begründen Sie im Wahlkampf, warum man überhaupt noch FDP und nicht gleich CDU wählen soll?

Rehberger: Ich bin sehr dankbar, daß es in den letzten Jahren möglich war, die FDP-Auffassungen, vor allem in der Wirtschaftspolitik, durchzusetzen. Übereinstimmende Aussagen bedeuten nicht, daß die gleiche Politik gemacht würde, wenn die CDU die absolute Mehrheit hätte. Das gleiche gilt natürlich auch für die Politik im Bundesrat. Das Saarland ist, wie die anderen Bundesländer auch, über den Bundesrat letztlich an der gesamten Bundespolitik direkt oder indirekt beteiligt. Eines ist sicher richtig: angesichts der krassen Unterschiede zwischen unserer Position und der von SPD und Grünen sind

die Unterschiede zur CDU geringer. Wer allerdings bei der Wahl am 10. März nicht dafür sorgt, daß die FDP erneut in den Landtag einzieht, der wird damit die Koalition insgesamt und die Regierung zu Fall bringen. Dann wird es eine rot-grüne Mehrheit geben. Also auch aus rein pragmatischen Aspekten heraus ist es gerade bei dieser Wahl sehr wichtig, die FDP zu stärken.

WELT: SPD und Grüne sagen Nein zu einer ganzen Reihe ihrer Wirtschaftsprjekte an der Saar. Was heißt das für den Arbeitsmarkt?

Rehberger: Hier droht für viele Arbeitsplätze Gefahr. SPD und Grüne

## INTERVIEW

lehnen den Saar-Ausbau ab - die SPD jedenfalls über Dillingen hinaus, die Grünen überhaupt. Der Saar-Ausbau bedeutet allein für die Bauwirtschaft die Sicherung von 2000 Arbeitsplätzen jährlich für die nächsten Jahre. Die SPD und die Grünen lehnen eine Kohlehüdranlage an der Saar ab. Das bedeutet, daß hier Arbeitsplätze in einer Größenordnung von annähernd 3000 nicht geschaffen werden können, wenn es eine rot-grüne Mehrheit gibt. SPD und Grüne betreiben in Sachen Arbed-Saarstahl eine Politik, die zu einem schweren Konflikt mit der Bundesregierung führen müßte. Die Folge wäre möglicherweise ein Konkurs von Arbed-Saarstahl. Ein Konkurs von Arbed-Saarstahl würde bedeuten, daß sich die Arbeitslosenquote verdoppeln würde, daß rund 50 000 weitere Arbeitslose zu den bereits vorhandenen hinzukämen. Mit anderen Worten: Wenn wir eine rot-grüne Mehrheit bekommen würden, wäre das für den Arbeitsmarkt eine Katastrophe.

die FDP die Fünf-Prozent-Hürde wieder überspringt. Besteht da nicht die Gefahr, daß eine Stimme für die FDP eine verlorene Stimme ist?

Rehberger: Wenn die FDP den Wiedereinzug in das Parlament nicht schaffen würde, dann wäre die Koalition und die jetzige Regierung am Ende. Deswegen ist es am riskantesten, wenn man - als Koalitionshänger - nicht FDP wählt und damit möglicherweise eine entscheidende Voraussetzung schafft, daß die Koalition ihre konstruktive Arbeit in Zukunft nicht fortsetzen kann. Mit anderen Worten: Wer wirklich auf Nummer sicher gehen will, muß gerade bei dieser Wahl seine Stimme der FDP geben. Und alle Umfragen weisen aus, daß wir die allerbesten Chancen haben, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden.

WELT: Sie rechnen also mit Leihstimmen?

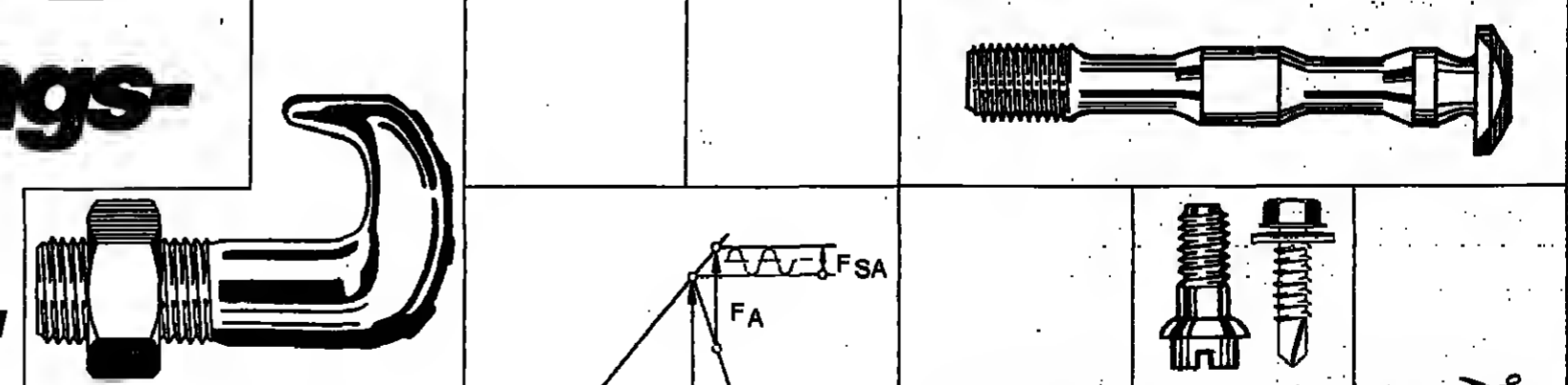
Rehberger: Die FDP wird es aus eigener Kraft schaffen. Eine Partei kann ohnehin nie Stimmen verlieren. Der Wähler ist bei jeder Wahl neu gefordert und wird unter den konkreten persönlichen und parteipolitischen Gegebenheiten seine Entscheidung treffen. Ich bin der Überzeugung, daß wir Stimmen bekommen werden, sowohl von Wählern, die bei zurückliegenden Wahlen CDU gewählt haben und die jetzt, unter den neuen Koalitionsaspekten in Bonn zur FDP zurückkehren. Ich rechne aber auch mit Stimmen aus dem Lager der SPD. Viele SPD-Anhänger, etwa aus dem mittelständischen Bereich, sind mit der Politik der Lafontaine-SPD überhaupt nicht einverstanden und werden deswegen uns ihre Stimme geben. Denn sie wissen, daß bei uns eine Politik betrieben wird, die die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland voranbringen wird und keine Politik, die diese Entwicklung torpediert.

## Für viele Verbindungsprobleme gibt es keine Norm...

und schon gar keine Schubladen-Lösungen, wie so mancher Billig-Anbieter gern glauben lassen möchte. Individuelle Probleme erfordern individuelle Lösungen. Und die entstehen nur, wenn im Vorfeld fundierte Beratung steht. Nur so können intelligente und kreative Lösungen erarbeitet werden, die mehr bringen als nur einen zusätzlichen Schraubenbedarf:

- ein „Mehr“ an Funktionslösungen,
- ein „Mehr“ an Kostenersparnissen,
- ein „Mehr“ an Arbeitserleichterungen und schließlich ein ganzes Stück „Mehr“ an Qualität und Sicherheit. Dafür sorgen die deutschen Schrauben-, Müttern- und Niete-Hersteller.

Guter Rat muß nicht teuer sein,



aber dafür lohnend. Unsere Werke verstehen sich darauf und sind als innovative Partner stets auf Ihrer Seite. Sprechen Sie mit ihnen: Über Ihre Probleme.

Ohne richtige Verbindungen bleibt's Stückwerk

**ICS** Informations-Centrum Schrauben  
Postfach 240127 - 4000 Düsseldorf 1

ICS Informations-Centrum Schrauben - Postfach 240127  
4000 Düsseldorf 1

Bitte senden Sie mir nähere Informationen.

Name: \_\_\_\_\_

Firma: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

هكنا من الالهم



### „Eine neue Qualität der Kooperation“

MANFRED NEUBER, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, fordert eine „neue Qualität der Kooperation“ zwischen Europa und Lateinamerika. Vor dem Ibero-Club in Bonn sagte er, Europas „stärkste Hinwendung“ zu Lateinamerika sei überfällig.

„Lateinamerika ist zu oft als Hinterhof der USA oder als Juniorpartner Europas angesehen und so behandelt worden“, bedauerte Köhler. Heute gehe es nicht allein um Entwicklungshilfe und bessere Wirtschaftsbeziehungen, sondern vor allem um eine intensivere politische Zusammenarbeit.

Für die politischen Probleme Lateinamerikas müßten Lösungen jedoch „in der Regel selbst und ohne Einmischung von außen“ gefunden werden. Europa sei ein „unverzichtbarer Partner“, weil wir weder Supermacht, noch unmittelbarer Nachbar der Lateinamerikaner sind.

„Der Konflikt in Mittelamerika ist kein Produkt des Weltkommunismus, sondern eine hausgemachte Folge sozialer Ungerechtigkeiten und ausgebliebener Reformen“, meinte der Staatssekretär. „Die sozialen Spannungen bieten erst den bequemen Einstieg für die Intervention Kubas und anderer kommunistischer Staaten.“

Selbst gemäßigte Reformen seien „meist nur gegen die traditionellen Eliten“ durchzusetzen. „Man wird den Führern mancher Länder ins Gebuch schreiben müssen, daß nicht jeder, der eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen fordert, Kommunist ist“, betonte Köhler. „Wer seinem Volk Gerechtigkeit und faire Startchancen vorenthält, wer Genossenschaften mit Subventionen gleichsetzt, der sollte nicht nach Militär, nach ausländischer Militärlieferung schreien, um den Widerstand zu brechen.“

Köhler lobte die „Politik des Friedens und Ausgleichs“, die Präsident José Napoleón Duarte in El Salvador betreibt. Das Nachbarland Nicaragua werde erst dann auf neue Bonner Hilfe rechnen können, wenn die Sandinisten „freie und faire Wahlen“ ermöglichen und sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.

„Demokratische Regierungsformen sind auf dem Vormarsch, auch wenn sich in manchen Ländern undemokratische Machtdenker noch gegen den Willen des Volkes und die Zeichen der Zeit sträuben“, sagte der Staatssekretär, wobei er Chile und Paraguay als „Generaldiktaturen“ apostrophierte. Sein Urteil: „Die uniformierten Herrscher in Lateinamerika haben versagt.“

Um den Ländern mit demokratischen Regierungen den Rücken zu stärken, seien eine verstärkte Entwicklungshilfe, eine liberale Handelspolitik sowie großzügige Umschuldungsbedingungen „das Gebot der Stunde“. Eindringlich warnte er die Schuldnerländer vor einem Kartell und vor Forderungen. Die Schuldenkrisen könne nur in Zusammenarbeit mit den Industrienationen bewältigt werden. „Gleichmaßen wandte sich Köhler gegen einen „künstlichen Schutz“ durch Protektionismus und Subventionen; vielmehr plädierte er für globale Arbeitsteilung.“

### Sudan steht vor einer weiteren Hungerkatastrophe

SAD, Khartoum

In Sudan haben Massenwanderungen von Hunderttausenden von Menschen begonnen, die sich vor dem Hungertod retten wollen. Diese Migrationen beginnen zu einer ernsthaften Gefahr für das Land zu werden. Amerikanische Hilfsorganisationen befürchten, daß in Sudan bis zu sechs Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind.

Nach zuverlässigen Schätzungen fehlen dem Lande zwei Millionen Tonnen Getreide und Nahrungsmittel. Tausende strömen aus dem Norden und Westen des Landes auf die Hauptstadt Khartoum zu. An den Zufahrtsstraßen zum Flughafen Khartoum kann man inzwischen Schafe zum Preis von vier Mark kaufen; vor Jahresfrist lag der normale Marktpreis bei 200 Mark. Die Tiere werden von den verzweifelten Dorfbewohnern verkauft, die Wasser und Grundnahrungsmittel brauchen und die Tiere nicht mehr ernähren können.

An den Grenzen zum Tschad und zur Zentralafrikanischen Republik sind in den letzten Tagen wandernde Volksstämme beobachtet worden, die aus jeweils 4000 Menschen bestehen. Das britische Hilfswerk „Save the Children Fund“ ist den Wanderern mit Lkws entgegengefahren und hat ihnen Getreide gemacht. Nach Schätzung des britischen Geistlichen Eric Warton haben sich allein in der Provinz Darfur „600 000 bis zu einer Million Menschen auf den Weg auf die Suche nach Nahrung gemacht“. Die im Nordwesten des Landes gelegene Provinz befindet sich in demselben Hungergürtel der Sahel-Zone, in dem seit vier Jahren dauernde Dürre herrscht.

## Serben und Slowenen für nationale Aussöhnung

Funktionäre warnen vor „geistiger Konterrevolution“

CARL GUSTAF STRÖM, Wien  
Führende Parteideologen und Funktionäre in Jugoslawien haben vor der Gefahr einer „geistigen Konterrevolution“ gegen das kommunistische System gewarnt. Besonders heftig polemisieren sie gegen die in mehreren Teilrepubliken von prominenten, zum Teil kommunistischen Intellektuellen erhobene Forderung nach einer „nationalen Versöhnung“ zwischen Kommunisten und Gegnern des Kommunismus.

Diese Forderung war nicht nur in Slowenien erhoben worden, wo heftig darüber diskutiert wird, ob man den slowenischen „Weißearden“ und Heimwehler, die im Zweiten Weltkrieg gegen die Kommunisten kämpften und 1945 massenhaft hingerichtet wurden, ein Denkmal setzen solle. Auf einer Tagung des Schriftstellerverbandes Serbien verlangte der prominente Lyriker Matija Beckovic auch eine „nationale Aussöhnung“ des serbischen Volkes. Er kritisierte, daß in einer Zeit der schweren Krise des Landes die kommunistische Partei sich immer noch damit beschäftige, Kommissionen auf die Friedhöfe zu entsenden, die dort die Namen jener Personen von den Grabsteinen entfernten, welche im Zweiten Weltkrieg auf der anti-kommunistischen Seite kämpften und gefallen sind.

### Loß für die Partisanen

Das Mitglied des serbischen KP-Präsidiums, Spiro Galovic, hat nun die serbischen Schriftsteller kritisiert, weil diese auf ihrem Kongreß der Forderung nach „nationaler Aussöhnung“ nicht entgegengetreten und mit den Vertretern dieser Linie „abgerechnet“ hätten. Im Zweiten Weltkrieg hätten nur die Partisanen eine „befreiende Rolle“ in Jugoslawien gespielt. Den Anhängern einer „nationalen Aussöhnung“ warf Galovic vor, sie wollten sich „über die Geschichte erheben“.

Noch schärfer wandte sich der aus Sarajevo stammende Parteiphilosoph Fud Muhic gegen die „Versöhler“, denen er in der Parteizeitung „Borba“ vorwarf, die Mitglieder des Bundes der Kommunisten einschüchtern zu wollen. Als einen der Schöpfer der Idee der „nationalen Versöhnung“ bezeichnete Muhic den prominenten Ex-Tito-Stellvertreter Milovan Djilas. Nach dessen Auffassung solle, so behauptet Muhic, die nationale Versöhnung in Kroatien sowohl „demokratische Kommunisten“ als auch christliche Demokraten und „Klerikal-Nationalisten“ umfassen.

In Serbien solle das bürgerliche Mehrparteiensystem wieder entstehen, wie es bereits vor dem Ersten Weltkrieg vorhanden war.

Als weiteren Beweis für die „geistige Konterrevolution“ führt der Parteiphilosoph aus Sarajevo die These des in Serbien überaus populären Schriftstellers Dobrica Cosic an. Cosic, der seine Laufbahn als Kommunist und Partisan begann, dann aber aus dem ZK und der Partei austrat, habe erklärt, die serbischen Kommunisten hätten sich bei ihrem Kampf gegen den Stalinismus nicht von Karl Marx und dem Marxismus – sondern von Mythen des Marxismus – als der großen historischen Schlacht gegen die Türken im Jahre 1389 – leiten lassen.

### Das Ziel ist Spaltung

Als weiteren Träger der „geistigen Konterrevolution“ identifiziert Muhic den Belgrader Politologen Costa Cavoski, der in einem in Jugoslawien legal erschienenen Buch die Kommunisten beschuldigt habe, 1944 die Macht usurpiert zu haben. Cavoski habe in seinem Buch die „Wiederherstellung des Pluralismus“ verlangt.

Muhic warnt vor den Versuchen, wie er es nennt, „geistigen Konterrevolution“, die jugoslawische KP zu spalten. Die Opposition – und zwar sowohl im Lande als auch die „demokratische Emigration“ im Ausland – versuche, die „liberale Fraktion“ im Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf ihre Seite zu ziehen. Den „kommunistischen Liberalen“ werde im Rahmen eines Programms der „nationalen Aussöhnung“ ein prominenter politischer Platz zugesichert, als sie ihn jetzt inne hätten.

Als Träger dieser oppositionellen Bewegung in Jugoslawien nennt Muhic „frustrierte Philosophen“ (er meint hier offenbar die neomarxistische Praxis-Professoren) und eine „innere Emigration“, die in einer krisenhaften Lage der Unzufriedenheit überbordeten könnten.

Der Parteiphilosoph wendet sich schließlich offen gegen die Forderung gemäßigter KP-Funktionäre – wie etwa dem slowenischen Präsidiumsmitglied Mitja Ribic – „auf ein Buch mit einem anderen Buch zu antworten“, das heißt eine geistige Auseinandersetzung mit den Kritikern zu führen. Die Thesen des Fud Muhic können somit eigentlich nur als Aufforderung an die Parteiführung verstanden werden, sich mit der Opposition – sprich: „Konterrevolution“ – administrativ, und das heißt politisch, auseinanderzusetzen.

## Entführt oder ermordet: Liste nennt 76 Polen

KNA, Rom

Eine Liste von 76 polnischen Katholiken, die nach Folterungen unter ähnlichen Umständen wie der Geistliche Jerzy Popieluszko gestorben oder bei Demonstrationen ermordet worden sein sollen, veröffentlicht die katholische italienische Wochenzeitschrift „Prospettive nel Mondo“ in ihrer nächsten Ausgabe. Die Liste ist auf geheimen Wegen aus Polen nach Italien gelangt.

Der Direktor der Zeitschrift, Gianpaolo Cresci, teilte am Wochenende mit, die in der Liste aufgeführten Personen seien „nach dem Regierungsantritt von General Jaruzelski im Jahre 1981“ entführt und ermordet worden oder „verschwinden“. 38 Bergbauarbeiter, Arbeiter und Studenten seien während Demonstrationen und Streiks in den Jahren 1981 bis 1983 ums Leben gekommen. 23 Personen sollen infolge von Mißhandlungen im Gefängnis oder bei Verhören gestorben, acht auf mysteriöse Weise verschwunden sein. Alle Aufgeführten hätten der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ nahegestanden.

Zwei besonders tragische Fälle: Agata Kobylinska, die, obwohl sie schwanger war, verhaftet und im Gefängnis so geschlagen worden sei, daß sie erst ihr Kind verlor und dann an den Mißhandlungen starb; der 17jährige Emil Barchanski, dessen Leiche man grauenhaft verstümmelt in der Weichsel gefunden haben soll.

## Radio Freies Europa „feindliches Zentrum“

dpa, Warschau

Die polnische Generalstaatsanwaltschaft hat gestern in einem in allen Zeitungen veröffentlichten Kommuniqué die Bürger vor Zusammenarbeit mit „feindlichen Zentren“ gewarnt. Als Beispiele wurden vor allem der amerikanische Sender „Radio Freies Europa“ mit Sitz in München, die Emigrantenzeitschrift „Kultura“ und der Verlag „Kontakt“ in Paris sowie das Koordinierungsbüro der in Polen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ in Brüssel genannt. Die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen sei strafbar, hieß es, und zur Verteidigung der Interessen von Staat und polnischen Bürgern streng zu verfolgen.

Die Thesen des Fud Muhic können somit eigentlich nur als Aufforderung an die Parteiführung verstanden werden, sich mit der Opposition – sprich: „Konterrevolution“ – administrativ, und das heißt politisch, auseinanderzusetzen.

## Als Jan Rem attackiert Jerzy Urban die Genossen

Von EDWARD KLIMCZAK

Als „Gipfel politischer Betrügereien“ bezeichnete vor kurzem die polnische Wochenzeitung „Rzeczynistosc“ (Wirklichkeit) einen polnischen Artikel von Jan Rem, der gleichzeitig in vier regierungsnahen Blättern – „Tu i teraz“, „Zycie Warszawy“, „Zolnierz Wolnosci“ und „Rzeczynistosc“ – erschienen war.

Ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang in den regierungskontrollierten Medien Polens. Denn unter dem Namen Jan Rem läßt – wie allgemein bekannt ist – der amtierende Regierungssprecher Jerzy Urban gelegentlich seine Attacken publizieren: mal gegen die polnische Kirche, mal gegen die Kritiker, wenn nicht sogar Feinde, aus den „eigenen Reihen“, zu denen mit Sicherheit die dem stalinistisch-nationalistischen Flügel in der Partei zugeordnete „Rzeczynistosc“ gehört.

Diese als Sprachrohr der „Patriotischen Bewegung Grunwald“, des mittleren Parteikaders und vor allem des Sicherheitsdienstes geltende Wochenzeitung sparte Mitte Januar nicht mit Kritik an den „habgierigen und mißratenen Entscheidungsträgern“, die „alle Vorteile und Ehren“ beibehalten sollen, wenn sie zurücktreten. „Vielelei Mechanismen“ seien an den „falschen Handlungen“ schuld, erzeugen mitunter „Opportunismus, Passivität und Ratlosigkeit“.

Es sei aber vorauszufragen, wer denn in die Wüste geschickt werde müsse. Das „feindliche Werk“ beruhe auch auf „Unwissen, Inkompetenz und vulgärem Eigennutz“.

Dies wertete Jan Rem alias Jerzy Urban als einen „frontalen politischen Angriff“ gegen die Regierung. Nur „demagogische Gegner des Sozialismus“ kämen auf die Idee, den Regierenden an Veruntreuungssünden verschiedener Beamten und Mißständen in der Wirtschaft schuld zu geben und ihre Ablösung gegen Beibehaltung aller Privilegien zu fordern. Dies sei 1981 die These Stefan Bratkowskis (eines der bekanntesten Journalisten Polens) gewesen. Mit ihren böswilligen und argumentlosen Unterstellungen habe sich „Rzeczynistosc“ in der Nähe der Untergrundzeitschriften der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ und der Pariser Exilzeitschrift „Kultura“ angesiedelt.

Solidarität habe der Staatsmacht permanente Unfähigkeit zu effektiven Handlungen vorgeworfen. „Verschonte Marodeure“ der Solidarität

würden im amerikanischen Sender Freies Europa in München solche Vorwürfe wiederholen. „Rzeczynistosc“ habe bewußt und überlegt einen böswilligen Angriff gegen die Regierung unternommen. Die „Betrügerei“ Rems, kontierte „Rzeczynistosc“, bestehe unter anderem darin, daß er die Worte „habgierig und mißraten“ unterschlage. Er bewiese seine Ignoranz, indem er außer acht lasse, daß ein „Entscheidungsträger“ genauso gut „Minister Urban oder auch Vorgesetzter Kowalski“ sein könne.

„Gibt es denn in der so verstandenen Gruppe keine „habgierigen und mißratenen Entscheidungsträger““, fragt „Rzeczynistosc“ und zeigt mit dem Finger auf Jerzy Urban, der als Regierungssprecher eigentlich die Funktion eines Ministers für Information innehat und in einem zentralistisch regierten totalitären Staat in der Lage sein müßte, solchen giftigen Angriffen gegen sich selbst mühelos vorzubeugen.

Diese Angriffen offenbaren einen harten Kampf zwischen dem auf Machterhaltung bedachten Flügel des Generals Jaruzelski und der ebenfalls kommunistischen Clique der Grunwald-Hartköpfe. Ihr geistiger Vater war der Partisanengeneral Moczar; ihr jetziger Mann dürfte Divisionsgeneral und Politbüro-Mitglied Milewski sein, der 1981 als Innenminister abgesetzt wurde.

Der nationalistische „Partiebeton“ will mit allen Mitteln gegen die Opposition und die polnische katholische Kirche vorgehen. Er scheint stark genug zu sein, um Jaruzelski Paroli zu bieten und nach den Rückschlägen im Throner Prozeß um die Ernennung des Kaplans Popieluszko die Absetzung von Jaruzelski-Vertrauten zu fordern.

Die Flüsterpropaganda in Warschau will, daß zunächst die Köpfe der weniger „patriotischen“ – angeblich wegen ihrer jüdischen Abstammung – „Entscheidungsträger“, wie Urbans und des stellvertretenden Premierministers Rakowski, rollen sollen.

Um seinen Machtanspruch von Moskau bestätigt zu wissen, muß Jaruzelski die Opposition gezähmt halten, wenn nötig auch mit Hilfe der Kirche. Die auf Gewaltanwendung ausgerichteten „Beton-Köpfe“ können die Scheinnormalisierung nur stören und Polen wieder zum Unruheherd werden lassen.

## Den Deutschen verbunden

Von H. J. SCHILDE

Kaum ein Land wird international so mißverstanden wie Finnland. Dieser Stoßseuffer stammt von keinem geringeren als Präsident Mauno Koivisto, der heute Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu einem Staatsbesuch empfängt. Der Sozialdemokrat Koivisto löste 1982 Urho Kekkonen ab, der als Politiker der Bauernpartei das gemacht hatte, was sich kein anderer hätte erlauben können: eine enge Freundschaft mit der Sowjetunion zu etablieren.

Daher ist es kaum verwunderlich, wenn selbst 55 Prozent der Schweden, die es als Nachbarn wissen sollten, glauben, Finnland sei ein sozialistisches Land. Ein Irrtum. Denn die junge Republik ist konservativ und bürgerlicher als die übrigen skandinavischen Länder.

Nur bei zwei Reichstagswahlen konnten Sozialdemokraten mit Sozialisten und Kommunisten eine knappe parlamentarische Mehrheit erringen. Während 1958 der kommunistisch dirigierte Volksdemokratische Verband noch 23,2 Prozent der Stimmen bekam, war das Ergebnis der letzten Reichstagswahl von 1983 für die Kommunisten stichlos: Nur noch 13,5 Prozent stimmten für die linke Koalition. Dagegen verzehnten die Bürgerlichen mit 22,1 ihren in der finnischen Geschichte größten Erfolg, nur noch überfört durch die 27 Prozent der Sozialdemokraten.

Bestimmend für Finnlands Nachkriegspolitik ist das Stichwort der Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinaus. Für Bürgerliche wie Sozialdemokraten gilt es, Finnland am Leben und Überleben zu erhalten. Doch dieser Kampf um das Überleben zeigt sich allerdings auch immer wieder im Stillhalten russischen Provokationen gegenüber. Finnland schwing über die russische Invasion in Afghanistan und über den Abschluß des koreanischen Jumbo-Jets. Auch der Absturz des russischen Marschflugkörpers über Lappland rief keinen Protest hervor.

Norwegische Befürchtungen dagegen, die Finnen würden in Lappland die Russen bei einem eventuellen Angriff auf Norwegen nicht stoppen, führten zu fast hysterischen Reaktionen in Helsinki. Ein Zeichen dafür, daß Vorsicht und Angst vor dem mächtigen Nachbarn Finnlands Außenpolitik in hohem Maße mitbestimmen. Nicht unsonst spricht man vor allen Dingen in Schweden durchaus mit einem ge-

wissen Neid davon, daß die Finnen die Japaner des Nordens seien.

Langsam, aber gründlich, mit der ihnen eigenen Zähigkeit sowie einer streng kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat sich Finnlands Industrie aus dem Bauernland der zweiten Republik unter Kekkonen entwickelt. 1984 zeigt der finnische Außenhandel einen Überschuss von

mag die Aussage eines finnischen Diplomaten sein: „Die DDR versucht, uns glaubhaft zu machen, sie könne kulturell und wirtschaftlich dasselbe wie die Bundesrepublik leisten. Wir wissen, daß dies nur Work sind. Aus der Bundesrepublik bekommen wir alles, was wir brauchen.“

Finnland ist für die Sowjetunion zum wichtigsten wirtschaftlichen Mitarbeiter geworden. Zu Tausenden arbeiten Finnen in der UdSSR. Jetzt werden sie in Tallin (Reval) einen neuen Hafen bauen. Ihr wirtschaftliches Know-how, aber auch ihre avancierte Technologie haben den Sowjets bereits aus so manchem Engpaß herausgeholfen und für die finnische Wirtschaft Kontinuität über Jahre hinaus bedeutet. Doch dies hat alles mit dem international so gerne gebrauchten Wort von der Finnlandisierung nichts zu tun. Der Stoßseuffer von Präsident Koivisto ist verständlich. Denn während 1944 Finnland innen wie außenpolitisch ganz und gar von Stalins Wohlwollen abhängig war, so ist das Land heute zwar neutral, aber politisch eigenständig.



Mauno Koivisto ist seit drei Jahren Präsident. FOTO: CAMERA PRESS

Koivisto bestätigt den Grundsatz aller Finnen: Eigentum und Boden ist heilig. Deshalb sind nur 20 Prozent aller Firmen staatlich. Und die stärkste Achse der Macht ist die zwischen Arbeitgebervereinigungen und dem zentralen Gewerkschaftsverband. Hier wird Finnlands Wirtschaftspolitik bestimmt. Sie ist pragmatisch ausgerichtet. Der kommunistische Gewerkschaftsführer Jarl Sund: Nur mit einer parlamentarischen Mehrheit von 75 Prozent könnten Erneuerungen des Grundgesetzes, das eben Privateigentum als heilig erklärt, durchgeführt werden. Finnland ist 50 Jahre nach Kriegsende eine Hochburg des Kapitalismus.“

Nach wie vor bestimmt der einzigartige Freundschaftsvertrag von 1948 mit der UdSSR Finnlands Neutralität. Daran änderte auch der abgestürzte Marschflugkörper der UdSSR über dem Enearesee nichts, sie vertrete Deutschland in Helsinki.

Einrichtungen in Finnland, wie zum Beispiel die deutsche evangelische Gemeinde, sind von „DDR“-Bürgern unterwandert worden. Sehr beliebt ist die wichtigste Bonner Kulturinstitution in Helsinki, die deutsche Schule. Aufgrund der erteilten demokratischen Tradition fühlt sich Finnland mit der Bundesrepublik und ihrem freiheitlichen System mehr verbunden als mit der „DDR“-Typisch für das Verhältnis zwischen Finnen und Deutschen

# Unsere Stewardessen sind ganz anders: liebevoll, herzlich und hilfsbereit.

Willkommen an Bord.



Was Freundlichkeit betrifft, sind wir von Air Canada ausgesprochen kanadisch. Ansonsten recht deutsch: pünktlich, zuverlässig. Und technisch auf dem neuesten Stand. Fragen Sie Ihr IATA-Reisebüro. Oder uns: 069/250131. Air Canada. Flüge, die wie im Flug vergehen.





Beim Durchfliegen von Zeitzonen hält sich die biologische Uhr des Menschen nicht an die Weltzeit. Wegen dieser Phasenverschiebung kommt es zu unangenehmen Begleiterscheinungen, dem „Jet Lag“. Sorgt eine „Jet-Pille“ jetzt für Abhilfe?

## Großversuch soll zeigen, warum die innere Uhr nach dem Mond geht

Von ADALBERT BÄRWOLF

Jedes Lebewesen hat eine innere biologische Uhr. Es gibt Bohnen, die ihre Blätter im 24-Stunden-Rhythmus bewegen. Diese Bewegung ist normalerweise an den Tag-Nacht-Wechsel angepaßt. Wenn die Sonne scheint, stellt die Bohne ihre Blätter nach oben. Wird es dunkel, klappt die Bohne die Blätter zurück. Diese rhythmische Bewegung behält sie auch bei, wenn sie ständig in Dunkelheit lebt. Und kein Biologe weiß, wie diese innere Uhr funktioniert.

Ein intensives Forschungsobjekt auf diesem Gebiet ist der Einzeller *Gonjaulax*. Dieses einzellige Lebewesen zeigt im 24-Stunden-Ablauf eine ausgeprägte rhythmische Verhaltensweise. Doch nicht nur Pflanzen und sogenannte niedere Tiere sind den Tag-Nacht-Rhythmen unterworfen.

Auch der Mensch lebt natürlich nach dieser Uhr. Das wissen wir zwar seit mehr als hundert Jahren. Dem Zeitgenossen, der um die Erde jettet, macht dieser Biorhythmus aber erst heute am meisten zu schaffen. Das ist der „Jet Lag“ im Sprachgebrauch des Laien, der psychophysiologische Effekte, der als „Circadianer Rhythmus“ oder auch als „Desynchronismus“ im Fachjargon der Luftfahrtmediziner bezeichnet wird.

„Jet Lag“ ist keine Krankheit, lediglich eine zeitlich begrenzte Konditionsschwäche, ein unangenehmes Anhängsel an zehn Stunden gemühtliches Fliegen im bequemen Sessel

10 000 Meter über der Erde durch die Zeitzonen der Welt. Der deutsche Luftfahrtpionier Hubertus Strughold hat „Jet Lag“ mal so definiert: Es ist eine Phasenverschiebung zwischen dem zeitlichen, physiologischen Erfordernissen des Körpers und der örtlichen Situation. Der durch Wechsel von Schlaf und Aktivität geprägte physiologische Rhythmus, der eng an den durch die Erdrotation hervorgerufenen Tag-Nacht-Zyklus gekoppelt ist, wird in kürzester Zeit beim Durchfliegen von einem halben Dutzend Zeitzonen gestört.

„Jet Lag“ kann in puncto Sicherheit Konzentrationschwäche oder Leistungsabnahme bedeuten. Wie intensiv können diese Störungen sein? Wo liegen die Toleranzgrenzen, bei deren Überschreiten Gefahr droht?

### Daten sind unter Verschluss

Wie stark sind Piloten von der „Desynchronisation“ befallen, die ständig bei unregelmäßigen Dienstzeiten und Schlafrythmen Hunderte von Menschen in ihren großen Jets über die Luftstraßen der Erde befördert? Hat ein Pilot nach einem Elfstundendflug von Ost nach West die gleiche Reaktionsfähigkeit wie nach einem gleichlangen Flug von West nach Ost? Kann er nach einem Flug von Los Angeles nach Frankfurt bei den minimalen Sichtverhältnissen der Kategorie drei genauso sicher in den

automatischen Anflug eingreifen wie bei einer Nebellandung in Los Angeles elf Stunden nach dem Start? Akkumulieren sich die Störungen bei ständiger Hin- und Herraus nach die Zeitzonen der Erde? In einem internationalen Großversuch haben jetzt Ärzte instrumentierte Besatzungen auf transpazifischen und transatlantischen Flügen begleitet. Die Besatzungen wurden unmittelbar nach der Landung in vorbereitete Isolierstationen flugmedizinischer Institute befördert. Dort lebte die Crew bis zum nächsten Einsatz. Jeder Herzschlag, jeder Atemzug, jeder Traum wurde registriert.

Temperaturmessungen waren ebenso wichtig wie Bestimmung der Sympathikus-Aktivität des autonomen Nervensystems. In ganz bestimmten Intervallen wurde den fliegenden Besatzungen Speichel abgenommen. Die Produktion von zwei Hormonen sollte genau gemessen werden. Dann ging es wieder in die Gegenrichtung. Dort am Ziel die gleiche Prozedur.

Die Einzelheiten der Studie werden vorläufig nicht bekannt gegeben. Das gleiche gilt für die beteiligten Luftverkehrsgesellschaften und die betroffenen Luftfahrtmedizinischen Institute. Die WELT, der Einzelheiten bekannt sind, wird ihre Informationen erst nach Freigabe der Daten veröffentlichen. Beim „Jet Lag“ geht unsere physiologische Uhr nach dem Mond, Unser Biorhythmus ist auf den Tag-

Nacht-Zyklus am Abflugort eingestellt. Diese Uhr läuft mit der am Zielflughafen nicht synchron. So ist man nicht zur gewohnten Zeit hungrig oder schläfrig. Die Störungen können über mehrere Tage anhalten. Nach Ansicht der deutschen Flugmediziner Klein und Wegmann reagieren unterschiedliche Typen von Menschen unterschiedlich auf die Störungen des Biorhythmus.

„Morgenmenschen“ reagieren anders als „Abendmenschen“. Auch introvertierte und hoch neurotische Typen verhalten sich anders als extrovertierte. Älteren Personen scheint „Jet Lag“ mehr Schwierigkeiten zu bereiten als jüngeren Menschen.

### Hilfe von der Pharmazie

„Jet Lag“ umfaßt eine breite Problemskala. Wer mit Fieber von Frankfurt nach Los Angeles fliegt, hat nicht am späten Nachmittag Höchsttemperatur, sondern morgens nach kalifornischer Zeit. Die biologische Uhr tickt zunächst weiter in dem alten Rhythmus.

Die Wissenschaft ist auf dem besten Weg, dem unangenehmen „Jet Lag“ auf die Schliche zu kommen. Eine „Jet-Pille“ ist wahrscheinlich die Lösung. Die Chemie wird dafür sorgen, daß unsere biologische Uhr schneller im Takt der Weltzeit tickt, zu der wir in Mißachtung der Tag-Nacht-Zyklen gejetet sind.



Langstreckenflüge stellen für die Reisenden eine große Belastung dar. Mediziner versuchen, die Folgen der Zeitverschiebung in den Griff zu bekommen. FOTO: GEORG FISCHER/VEISA

## Wie werden unsere Wälder mit den extremen Smogbelastungen fertig?

Eine detaillierte Bewertung aus forstwirtschaftlicher Sicht ist erst im Sommer möglich

Von KARL F. WENTZEL

Am 17. Januar 1985 wurde Smog-Alarm Stufe II im Ruhrgebiet ausgelöst. Schwefeldioxid-Konzentrationen zwischen 600 und 900 Mikrogramm (Millionstel Gramm) je Kubikmeter Atemluft wurden tagelang anhaltend auch in Kassel, Düsseldorf und Köln und vorübergehend auch in Hamburg, Bremen, Hannover, Braunschweig und den Städten des Rhein-Main-Gebietes gemessen. Aber noch höhere Schwefeldioxid-Belastungen als in den Städten wurden in den Wäldern des Harz, im Sauerland, auch in Nordhessen registriert. Spitzenwerte der Schwefeldioxid-Anreicherung in der Waldluft erreichten Stundenmittelwerte von 2000 Mikrogramm. Die Stickoxide aus den Autoabgasen spielten bei diesen Vorgängen nur eine untergeordnete Rolle.

### Reduzierte Aufnahme von Schwefeldioxid im Winter

Über die Gesundheitsbelastung für die Menschen ist in jenen Tagen viel gesprochen und geschrieben worden. Inzwischen aber wird immer häufiger gefragt: Wie ist der extreme Smog den Wäldern bekommen? Für die Wälder gibt es kein Wärmesystem - sie leiden still. Aber sie sind zehnfach empfindlicher gegen Schwefeldioxid als Mensch und Tier. Schon Tagesmittelwerte um 50 Mikrogramm je Kubikmeter Luft können sie schwer schädigen.

Die Betonung liegt auf „können“, sie brauchen es nicht. Wieso das? Wäre die Smogperiode im Juni oder Juli gekommen, d. h. in der Jahreszeit, wo die Photosynthese der Pflanzen auf vollen Touren läuft, hätte sie vielen ohnehin geschädigten Wäldern den Rest gegeben. Aber der Smog kam im Winter. Zu dieser Zeit haben die Laubbäume ihre Blätter abgeworfen. Die Assimilation ruht. Allerdings finden in den Bäumen auch dann noch Stofftransporte in geringem Umfang statt. Auch die Immergrünen (das sind zum Beispiel Fichten, Kiefern, auch Wintergetreide, Grasarten) schränken im Winter ihre Stoffwechselaktivität erheblich ein. Insgesamt ist die Vegetation während der „Winterruhe“ gegenüber Luftverunreinigung also weniger empfindlich als in der Vegetationszeit. Aber sie ist nicht völlig geschützt.

Bei Begassungsversuchen mit radioaktiv markiertem Schwefeldioxid wurde nachgewiesen, daß dieser Schadstoff auch im Winter in die Fichtennadeln eindringt. Die Anreicherung kann gemessen werden. Auch in die Buchenknospen gelangt im Winter Schwefel aus der Luft. Mit der wintertlichen Schwefelaufnahme in die Fichtennadeln stieg bei den Begassungsversuchen die Peroxidase-Aktivität. Peroxidase ist ein Entgiftungs-Enzym der Pflanzen. Es wird bei Aufnahme von phytotoxischen Luftverunreinigungs-Substanzen auch während der Winterruhe vermehrt produziert und zeigt die Abwehrreaktion der Pflanze auf eindringendes Gift.

Zur Beurteilung nun, ob die Januar-Smogperiode die Wälder besonders geschädigt hat, muß vor allem die Temperatur herangezogen werden. Die Intensität des Stoffwechsels der Immergrünen sinkt mit den Minusgraden. Sie wird unterhalb von minus sieben Grad Celsius praktisch eingestellt.

### Baumbestände in höheren Regionen sind gefährdet

Andererseits aber mindert eine Immissionsvorbelastung der Nadelbäume - wie sie leider für unsere Wälder angenommen werden muß - die Frosthärte der Nadeln. Frost und Luftverunreinigung kombinieren sich also hier in sehr unheilvoller Weise. Auch das ist ein Grund für die besondere Gefährdung gerade der Wälder in den höheren Berglagen.

Wir können nur hoffen, daß die Minusgrade während der Smogperiode in den Wäldern tief genug waren, um keine nennenswerte Assimilation zuzulassen, aber nicht so tief, daß sie den Bäumen schwere Frostschäden zugefügt haben. So unbefriedigend es auch ist: Letztlich werden wir erst im Sommer beurteilen können, wie das Januar-Ereignis - „eine Woche lang 800 Mikrogramm Schwefeldioxid“ - auf die Wälder wirkte.

Oberlandforstmeister i. R. Karl Friedrich Wentzel war sechs Jahre Naturschutzreferent im hessischen Umweltministerium und zwölf Jahre Leiter der ökologischen Abteilung in der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Wesbaden.

## Vergiftungen bleiben oft unerkannt

Toxikologen fordern die Einführung von Schnellerkennungstests zur Routinediagnose

Von JOCHEN AUMILLER

In Fernsehkrimi sieht immer alles so selbstverständlich aus: Der Giftmörder wird in der Regel überführt, dafür sorgt schon der Gerichtsmediziner. Die Realität ist nicht so mustergültig. Der Arzt muß nämlich erst eine Vergiftung als Todesursache in Erwägung ziehen, dann kann der Spezialist die „Fahndung im Labor“ aufnehmen.

Das Institut für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Essen hat nun in einer wissenschaftlichen Arbeit über „Unerkannte Intoxikationen und ihre Fehldiagnosen“ recht anschaulich gezeigt, daß der Verdacht auf eine Vergiftung nicht immer auf der Hand liegt.

Dr. A. Klöppel und Prof. Dr. G. Weiler von der Essener Rechtsmedizin haben 37 unerkannte Intoxikationen, mit denen sie in den Jahren von 1981 bis 1984 zu tun hatten, analysiert. In 23 Fällen tauchte der Verdacht auf eine Vergiftung erst gar nicht auf. Die Diagnosen ließen ein Organversagen vermuten. Bei drei Patienten lautete die Erstdiagnose Herzversagen. Erst nach ihrem Tod stellte sich heraus, daß es sich um Arsen- oder Strychninvergiftungen gehandelt hat.

Aber nicht nur Intoxikationen mit den in der Vergangenheit so häufig benutzten „Schwiegermuttergiften“ Arsen und Strychnin bleiben besonders häufig unerkannt, auch andere Vergiftungen fallen nach Erkenntnissen der Wissenschaftler ähnlich häufig durch den Diagnose-Raster. Klöppel und Weiler: „Aus den Untersuchungen ergibt sich kein Hinweis auf Gifte, die besonders häufig unerkannt bleiben.“

In der Öffentlichkeit herrschen oft falsche Vorstellungen über die Häufigkeit von Vergiftungen. Wie der Toxikologe Dr. Max Dauderer in der Münchner Medizinischen Wochenschrift schreibt, ist „die Anzahl der in deutschen Kliniken zu behandelnden Vergiftungen etwa viermal höher als die der Herzinfarktpatienten“. Eine erschreckende Vorstellung. 1982 wurden allein in München mehr als 10 000 Patienten mit der Verdachtsdiagnose einer Vergiftung mit Krankenwagen in die Klinik transportiert.

Alles hängt vom raschen Giftnachweis ab. Deshalb fordert Dauderer: Die Klinikärzte sollten häufiger die Möglichkeit einer Vergiftung bei den notfallmäßig eingelieferten bewußtlosen Patienten in Betracht ziehen.

„So wie jeder Industriebetrieb die bei einem Unfall freierwirdende Giftgasdiagnostik einsetzen können muß, sollte jeder Klinikarzt möglichst rasch wissen, ob sein Patient eine Vergiftung hat oder nicht.“

Es gibt eine große Anzahl von brauchbaren Schnelltests, auf die jedoch leider meist verzichtet wird. Klinikärzte verlasen sich meist lieber auf die vagen Angaben von Selbstmördern, die sogar von Mördern, oder auf Hinweise von Laien und bauen darauf ihre oft aufwendige Therapie auf.“

Diese Situation ist um so gravierender, als schon seit zehn Jahren bekannt ist, daß in etwa 60 Prozent der untersuchten Fälle das ursprünglich vermutete Gift durch den spezifischen Nachweis nicht gefunden wird, unter anderem, weil ein anderes Gift eine wesentliche Rolle spielt, etwa Arsen bei einer Alkoholvergiftung.

Die Behandlung eines Vergifteten in der Klinik ohne sofortigen Giftnachweis verleiht Dauderer mit der Behandlung eines Herzinfarktpatienten, bei dem der zuständige Arzt kein Elektrokardiogramm durchführt.

Letztlich sollte es in jeder Klinik einen Spezialisten geben, der sich mit Vergiftungen besonders gut auskennt. Gut ausgerüstete toxiologische Labors aber seien in der Bundesrepublik noch Ausnahmen. Nach Dauderer kostet ein solches Labor zwar nur ein Zehntel einer kardiologischen Einrichtung, dennoch gäbe es in Deutschland nur zwei solcher Labors.

Ob dadurch Mörder und Selbstmörder hierzulande ein leichteres Spiel haben?



Die Analysemethoden der Toxikologen sind ausgefeilt. Doch ob mögliche Vergiftungen wird bei Diagnosen kaum geachtet. FOTO: SVEN SIMON

Die neue Bahn

# Partiefracht mit der Güterbahn. Auf schnellstem Weg von Haus zu Haus.

Partiefracht ist ein besonders günstiges Angebot der Güterbahn, das Sendungen ab einer Tonne von heute auf morgen ans Ziel bringt. Ihre Sendungen werden per Lkw abgeholt und über Nacht im Güterwagen direkt von einem Partiefrachtbahnhof zum anderen befördert. Von dort geht es gleich weiter zum Empfänger. Ebenfalls per Lkw. So kommt alles, was in den Einzugsbereichen der 26 Partiefrachtbahnhöfe versandt wird, schon am nächsten Tag ans Ziel. Sprechen Sie doch mal mit Ihrem Kundenberater. Damit künftig auch Ihre Sendungen so schnell ankommen.

DB Die Bahn

## NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

**Gestank bleibt im Torf**  
Paris (DW) - Eine französische Firma aus Val d'Ampierre hat ein biologisches Desodorisierungsverfahren zur Bekämpfung von Geruchsbelästigungen entwickelt. Das Verfahren geht davon aus, daß viele störende Geruchskomponenten wie Amine, Mercaptane, und Aldehyde biologisch durch Mikroorganismen abbaubar sind. Die Störstoffe werden durch Adsorption auf einem Torfbett immobilisiert. Die in situ gezüchteten Bakterien wandeln dabei die Geruchsstoffe in Kohlendioxid und Wasser um.

**Bayern zieht nach**  
München (dg) - Nach Baden-Württemberg bietet jetzt auch Bayern erstmals einen Lehrgang für alternativen Landbau an. Er wird vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium in der Volkshochschule Feuerstein bei Forchheim für Absolventen der Landwirtschaftsschulen eingerichtet und schließt neben Fachvorträgen auch Besichtigungen von Betrieben mit unterschiedlichen Anbaumethoden ein.

**Mineralien in der Medizin**  
Bonn (DW) - Mangel wie auch Überschuß von wasserlöslichen Mineralien und Spurenelementen führen bei Menschen, Tieren und Pflanzen zu Störungen in den biologischen Abläufen. Um die medizinische Bedeutung dieser Stoffe besser zu machen, wurde jetzt die

**„Gesellschaft für Mineralstoffe und Spurenelemente e. V.“** gegründet. Erklärtes Ziel ist die Förderung der medizinischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen- und angewandten Forschung in Diagnostik und Therapie. Anträge zur Aufnahme in die Gesellschaft können direkt an den Generalsekretär, Dr. Martin Stahl, 3014 Laatzen, Brunrode 96, gerichtet werden.

**Abfall als Lehrstoff**  
Frankfurt (gur) - „Abfall - Verwertung und Beseitigung“ ist der Titel der fünften Umweltschutzzeitschrift, die die Kommission Umweltschutz beim Wirtschaftsrat der CDU soeben herausgebracht hat. Sie beschreibt anhand neuester Daten und Fakten die Gesamtpolitik der Abfallbeseitigung und zeigt Lösungsansätze für eine sinnvolle Abfallwirtschaft auf. Nach Angaben der Herausgeber liegen für die in 340 000 Exemplaren ausgelieferten Fabeln beim CDU-Wirtschaftsrat (Fritz-Schäffer-Str. 13 3300 Bonn 1) bereits Bestellungen von Lehrern für „einige 1000 Klassensätze“ vor.

**Quo vadis, Computer?**  
Frankfurt (DW) - Am deutschen Heimcomputermarkt wird spätestens in diesem Jahr der Höhepunkt in der Absatzentwicklung überschritten. Diese Prognose stellt die Frankfurter Managementberatungsfirma Diebold in ihrer jetzt veröffentlichten Mikrocomputer-Studie. Für dieses Jahr erwartet Diebold einen Absatz von rund 590 000 Mikrocomputern in der Kaufpreisklasse bis 1500 DM. Das ist die Gruppe, in der die Heimcomputer angesiedelt sind. In den folgenden Jahren wird der Absatz langsam, aber stetig sinken und 1989 einen Jahresabsatz von 400 000 Einheiten erreichen. Wesentliche Ursache ist eine allmähliche Sättigung dieses Teilmärktes, der 1990 auf 3,75 Millionen Stück zusteuert.

**Neutronen gegen Krebs**  
Bonn (KU) - Der Einsatz von Bor- und Neutronenstrahlen ist eine der wenigen Behandlungsmöglichkeiten für Menschen, die an einem Gehirntumor leiden. Die dem Patienten verabreichte Borverbindung wird in den Krebszellen des Gehirns eingelagert. Durch anschließende Neutronenbestrahlung wird das Bor radioaktiv. Das Problem bei dieser Art der Behandlung besteht darin, die maximale Dosis auf die Krebszellen zu konzentrieren, ohne das gesunde Gewebe zu beschädigen. Zwei Wissenschaftler des Kernforschungslabors der Zentralen Elektrizitätsbehörde in Berkeley haben eine Methode entwickelt, bei der Neutronen in kurzen Stößen zur Kopfmittte dringen. Sie arbeiten mit einem Forschungslabor in Harwell zusammen, das die einzigen Reaktoren für die geeignete Dosierung hat.



EISHOCKEY

Meister Köln jetzt ohne Illusionen

sid, Düsseldorf

Jozef Golonka ist zwar Berufsoptimist, aber der Trainer des Eishockey-Bundesligaklubs Kölner EC gibt sich keinen Illusionen mehr hin: „Alles andere als ein Meisterschaftsfinale SB Rosenheim - ERC Mannheim wäre jetzt eine große Überraschung.“

Köln kommt heute zumindest in den Genuss eines weiteren Heimspiels und einer guten Einnahme, aber ob der Titelverteidiger nach den 3:4- und 3:5-Niederlagen die moralische Kraft besitzt, sich nochmals aufzubauen, muß zumindest bezweifelt werden. Mannheim drängt auf eine schnelle Entscheidung. „Es ist viel zu gefährlich, an die Kasse zu denken und es auf ein viertes Spiel ankommen zu lassen“, sagt Kapitän Harold Kreis. Heute (19.30 Uhr) soll in Köln für klare Verhältnisse gesorgt werden.

Nicht anders wird in Rosenheim die Situation nach zwei Halbfinalbegegnungen beurteilt. Torwart Karl Friesen, ab Herbst in der nordamerikanischen Profi-Liga unter Vertrag, sagt selbstsicher: „Wir richten uns auf ein Endspiel gegen Mannheim ein, und ich möchte den Titel als Abschlussgeschenk erobern.“ Seine Mannschaft kann im dritten Play-off-Spiel heute (19.30 Uhr) vor eigenem Publikum als klarmachend, denn der ESV Kaufbeuren konnte bislang mit 8:1 und 3:2 besiegt werden. Kaufbeuren Obmann Fritz Medicus: „Es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn wir im Rennen bleiben sollten.“ Vielleicht haben die Rosenheimer zu viel gefeiert. „Vor allem aus finanziellen Gründen hätte sich Medicus ein zweites Heimspiel gewünscht.“

FUSSBALL-EUROPAPOKAL / Morgen deutsch-italienische Vergleiche - Rummenigge muß auch gegen seine Kritiker spielen

Briegels Warnung: „Rom ist nicht in Form, aber laßt euch nicht täuschen.“

MARTIN HÄGELE, Bonn

Die Leitung war ständig belegt. „Geschäfte“, sagt Peter Briegel, „ich habe viel zu erledigen und manches in der Stadt.“ Deshalb ist er schon am Sonntag heimgefahren auf den Bauernhof der Eltern in Rodenbach bei Kaiserslautern. Am Mittwoch geht's wieder zurück nach Verona. Mit einem Stopp in Mailand. Inter gegen den 1. FC Köln möchte er sich anschauen, wenn es die Zeit erlaubt.

Der deutsche Nationalspieler, der auf dem Stiefel zu einem internationalen Star aufgestiegen ist, will sehen, wie sich die Kollegen Toni, Litti und Klaus Allofs gegen Kalle Rummenigges Mailänder ihrer Haut wehren. Freilich wäre Hans-Peter Briegel eher ein Gesprächspartner für die Münchner Bayern vor dieser deutsch-italienischen Europapokalrunde. Der Antreiber des italienischen Tabellenführers hat am Sonntag gegen Bayern-Gegner AS Rom gewonnen.

Vom FC Bayern haben weder Trainer Lattek noch Manager Hoeneß in Briegels Bungalow in Verona oder nun in Rodenbach angerufen. Und als Briegel mit der Nationalmannschaft in Portugal unterwegs war, hat ihn der Bayern-Spieler Lothar Matthäus auch nicht um seinen Rat über AS Rom angegangen.

Briegel: „Was soll das auch. Die Bayern-Mannschaft hat sich unser Spiel am Sonntag in einem Münchner Fernsehstudio angeguckt. Was sollen die mich jetzt groß fragen. Auf dem

Platz sieht hinterher sowieso meist alles ganz anders aus, als man vorher übers Spiel geredet hat.“

Auch sie hätten am Sonntag im Verlauf des Spiels ihr Konzept geändert, erzählt Briegel. „Erst spielten wir Raumdeckung, aber das war eine Katastrophe. Bei Halbzeit sagte ich dann, die müssen wir gleich hart attackieren, und das klappte dann auch. Wir hätten nicht nur 1:0, sondern 3:0 gewinnen müssen.“

Doch ob diese Methode, mit der Hellas Verona die Römer in die Knie zwang, auch für die Bayern geschneidert sei, da zweifelt der frühere Kaiserslauterer. „Ich weiß nicht, ob das hilft. Ich glaube nämlich, die Italiener werden in München mit einer ziemlich veränderten Mannschaft antreten. Nicht nur mit einer Spitze, sondern mit mindestens zwei, wenn nicht gar drei echten Angreifern.“ So viel er mitbekommen habe, plant die Römer im Olympiastadion den Einsatz von Torjäger Pruzzo, „wahrscheinlich wird auch Weltmeister Graziani dabei sein, und mit Sicherheit ändern die auch ihr Mittelfeld“, meint Briegel.

Solche Tricks gehören im italienischen Fußball dazu, um die internationale Konkurrenz zu bluffen. Auch der ehemalige Kapitän des 1. FC Kaiserslautern kennt inzwischen diese Mätzchen mit getrickelten Aufstellungen. „Die sind zwar im Moment nicht in Form, aber die Bayern sollten sich von den Bildern nicht täuschen lassen.“ Wie stark ist der italienische

Pokalsieger nun wirklich? Briegel: „In der Bundesliga würde es für AS Rom mit Sicherheit zu einem UEFA-Cup-Platz reichen.“

Welchen Tip könnte Briegel seinen Landsleuten geben? „Viele Flanken auf Dieter Hoeneß“, so Briegel. Diese Erfahrung habe er gewonnen. „Technisch nehmen es die italienischen Profis mit allen auf, aber vor Kopfballspezialisten haben sie Angst.“ Und wie stark Dieter Hoeneß bei Kopfballen ist, kann der Hüne Briegel nach etlichen Duellen mit dem langen Münchner nur zu gut beurteilen.

Daß er in Italien ständig an einem anderen München, an Inter-Karl-Heinz Rummenigge, gemessen wird und bei diesem Zweikampf in Führung liegt, das tut dem als Kraftfußballer verschrien Briegel gut. „Nach fünf Spielen haben die Kritiker erklärt, spätestens nach zehn Spieltagen stürzt Hellas Verona ab. Dann hieß es, spätestens nach zwanzig Spielen seien wir nicht mehr Tabellenführer. Jetzt sind's noch neun Spieltage bei fünf Heimspielen und zwei Punkten Vorsprung. Ich glaube, daß wir Meister werden und allen Skeptikern eins auf den Kopf geben.“

So einfach beschreibt Peter seinen Freunden in der Pfalz den italienischen Fußball und den Triumph des Provinzklubs über die Großkopfeten und Reichen aus Mailand, Turin und Rom. Und er, Peter, ist das Symbol dieser Bewegung.

Allofs über Rummenigge: „Wenig überzeugend“

dpa/sid, Köln/Mailand

Das Spektakel wird gewaltig, das Stadion überfüllt. Geburtstagskind Harald Schumacher (31) erwartet morgen im Meazza-Stadion von Mailand San Siro ein Ständchen von 85 000 italienischen Fans, die Inter Mailand die höchste Einnahme im italienischen Fußball beschern. Rekord-Eintrittspreis von 50 bis 115 Mark, dazu dann Geld für Werbung und Fernsehrechte, lassen beim Viertelfinale im UEFA-Cup gegen den 1. FC Köln über drei Millionen Mark in den Kassen klingeln.

„Wer ins Halbfinale kommt, weiß keiner. Das Publikum ist unser zehnter Mann, das Heimspiel gewinnen wir 1:0.“ So die Prognose von Karl-Heinz Rummenigge, der Schumacher den weltbesten Torwart nennt („Der Toni war immer mein Problem“) und eine Wette mit ihm aus Aberglauben abgelehnt hat. Der Grund: Jahrelang tippte er vor Duellen München-Köln auf einen Bayern-Sieg und verlor; erst als er dem Nationalmannschaftskollegen die Privatwette verweigerte, hieß es in seinem letzten Bundesligajahr 4:2.

Ob Wette oder nicht, Schumachers Geburtstagswunsch versteht sich von selbst: „In Mailand ein 1:1 und zu Hause dann weiterkommen.“ Den angekündigten Hexenkessel sieht der Kölner Nationaltorwart dabei nicht als Nachteil, sondern als Stimulanz: „Ein volles Haus ist für mich Rauschgift!“ Ob auch die jüngeren Kölner

Spieler der Nervenprobe gewachsen sind, ist das große Fragezeichen.

Personell ist bei den Rheinländern vor der heutigen Abreise nach Mailand alles klar. Libero Steiner kommt nach seiner Sperre wieder für Letkes ins Team; der in der Liga gesperrte Lättbarski darf international stürmen. Gemeinsam mit Allofs bildet er das Duo, das von den Italienern mindestens ebenso gefürchtet wird wie auf der Gegenseite das Gespann Altobelli/Rummenigge. Die jeweiligen Gegenspieler haben beide Trainer schon bestimmt: Rummenigge hat es wieder mit Prestin zu tun, Inter-Kapitän Altobelli soll von Hönerbach ausgeschaltet werden. Trainer Iliario Castagner setzt auf Weltmeister Collovati als Kontrahent von Allofs und auf Ferri als Bewacher Lättbarskis.

Am Sonntag beim 0:0 von Inter Mailand in Como hatte Rummenigge viel Glück, daß er nicht vom Platz gestellt wurde. Ähnlich wie Pierre Littbarski leistete er sich ein Revanchetou, als er seinen Gegenspieler ohrfeigte. Gegen die Kölner kämpft er vor allem auch gegen seine Kritiker. Klaus Allofs sieht die Situation für Rummenigge so: „Er muß etwas für seinen Ruf tun. In Deutschland gibt es derzeit etwa drei oder vier gleichwertige Spieler.“ Für Klaus Allofs waren die Leistungen des Stars von Inter Mailand zuletzt in der Nationalelf „wenig überzeugend“. Der 29 Jahre alte Stürmer ist selbstkritisch genug, sich so einzuschätzen: „Wenig berauschend.“

NACHRICHTEN

Langer ohne Chance

Coral Springs (sid) - Der Amerikaner Curtis Strange gewann nach einem Stechen das 500 000-Dollar-Turnier der Profi-Golfer von Coral Springs in Florida. Nach vier Runden hatte er zusammen mit seinem Landsmann Peter Jacobsen mit je 275 Schlägen an der Spitze gelegen. Bernhard Langer aus Anhausen landete mit 287 Schlägen auf Rang 23.

Fußball: Heute Bundesliga

Düsseldorf (dpa) - In der Fußball-Bundesliga werden heute zwei Nachholspiele ausgetragen: Bayer Leverkusen erwartet Eintracht Frankfurt (19.30 Uhr), der VfL Bochum spielt gegen Borussia Mönchengladbach (20.00 Uhr).

Bischoff siegt in Turin

Turin (sid) - Sabine Bischoff aus Tauberscheidt gewann in Turin das dritte Weltcup-Turnier der Florett-Fechterinnen. In der Finalrunde besiegte sie Mandy Nicklaus aus der DDR mit 8:4. Cornelia Hanisch aus Offenbach scheiterte in der Runde der letzten zwölf.

Handball-Sieg der „DDR“

Ostlo (sid) - Mit einem Sieg der Auswahl der „DDR“ endete in Ostlo die B-Weltmeisterschaft der Handballer. Im Finale schlug der Olympiasieger von 1980 die Mannschaft der UdSSR mit 27:23. Für die A-WM 1986 in der Schweiz qualifizierten sich weiter Polen, CSSR, Ungarn und Spanien.

Barcelona führt klar

Barcelona (sid) - Der FC Barcelona liegt in der spanischen Fußball-Meisterschaft nach dem 27. Spieltag fast uneinholbar in Führung. Die Mannschaft des früheren Nationalspielers Bernd Schuster besiegte den FC Valencia mit 5:2 und hat nun elf Punkte Vorsprung auf den Zweiten Atletico Madrid.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Riesenslalom-Weltcuplauf der Damen in Vail/Colorado: 1. Fernandez-Ochoa (Spanien) 2:25,88 Min., 2. Walliser (Schweiz) 2:27,49, 3. Schneider und Zoe Haas (beide Schweiz) je 2:28,12, 5. Hächler 2:28,57, ... 8. Eppler-Beck 2:28,94, ... 12. Kiehl (alle Deutschland) 2:29,18. - Zwischenstand im Gesamtweltcup: 1. Tsigini (Schweiz) 221 Punkte, 2. Ortli (Schweiz) 187, 3. Walliser 164, 4. Kirchner (Österreich) 156, 5. Kiehl 151, 6. Hess (Schweiz) 136, ... 11. Eppler-Beck 90.

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen, 90-m-Schanze, in Lahuti: 1. Felder (Österreich) 243,3 Punkte, 2. Nykänen 231,8, 3. Fukukoten (beide Finnland) 223,4, ... 12. Klausner (Deutschland) 177,3. - Stand im Weltcup im Skispringen: 1. Nykänen 189 Punkte, 2. Felder 168, 3. Vettori (Österreich) 137, ... 22. Klausner 30.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Düsseldorf - Kiel 17:22, Bergkamen - Gummersbach 19:20.

TENNIS

Turnier in Houston/Texas, Herren-Einzel, Finale: McEnroe (USA) - Curran (Südafrika) 7:5, 6:1, 7:6.

FUSSBALL

WM-Qualifikationsspiel, in Quito: Ecuador - Chile 1:1.

EISKUNSTLAUF

Weltmeisterschaft, Herren, Stand nach der Pflicht: 1. Fedejew (UdSSR) 0,8 Punkte, 2. Sabovick (CSSR) 1,2, 3. Fedronic (Frankreich) 1,8, 4. Orser (Kanada) 2,4, 5. Poitano (USA) 3,0, 6. Kotin (UdSSR) 3,6, 7. Filipowski (Polen) 4,2, 8. Fischer 4,8, ... 11. Zander (beide Deutschland) 6,6.

GEWINNZAHLEN

Anzahlwette 8 aus 45; 7, 13, 16, 23, 25, 31, Zusatzspiel 34. - Bezaugnet: Rennen A: 15, 4, 7. - Rennen B: 32, 21, 25. (Ohne Gewähr).

EISKUNSTLAUF

Fischer auf Platz acht

DW, Tokio

Heiko Fischers Medaillen-Traum wird bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Tokio kaum noch in Erfüllung gehen: Statt auf dem erhofften Platz zwischen eins und drei nach der Pflicht geht der Stuttgarter heute als Achter in die Kurzur. Bester Pflicht-Läufer war der letztjährige WM-Dritte Alexander Fadejew aus der UdSSR vor Europameister Jozef Sabovcik aus der CSSR und dem Franzosen Fernand Fedronic. Der zweite deutsche Starter, Richard Zander aus Wühl, ist Elfter.

Ausgerechnet in der Pflicht, in der Heiko Fischer in diesem Jahr als bester Läufer erwartet werden dürfte, hat der deutsche Meister seine Stärke eingebüßt. Das Fazit seines Auftritts: In der ersten Figur zu nervös, in der zweiten schlecht gelaufen, in der letzten war nichts mehr zu retten.

Im Oktober läuft er die Pflicht immer wie eine Eins, und im Dezember werden die Bogen dann auf einmal schlecht“, sagt Trainer Karel Fajfr. „Vielleicht kann man diese stereotypen Bogen über fünf Monate nicht in gleichbleibender Qualität halten. Das machen wir im nächsten Jahr anders.“

Denn ein nächstes Jahr wird es für den Eiskunstläufer Fischer geben, obwohl er die Fortsetzung seiner Karriere von den Ergebnissen dieses Winters abhängig machen wollte.

STANDPUNKT

Neuer Star?

Explosiv reagierte sie bisher immer nur dann, wenn sie sich mit den leitenden Herren des holländischen Leichtathletik-Verbandes anlegte. So im vorigen Sommer, als sie gleich viermal hintereinander das 100-Meter-Soll für die Olympischen Spiele von Los Angeles nur um eine Hundertstelsekunde verpasste und deshalb daheim in Rotterdam bleiben mußte. Holländische Kollegen verbürgen sich dafür: Was die aus Surinam stammende Nellie Cooman damals den Verbandsoberen im besten Rotterdammer Hafendia-lykt an den Kopf geworfen hätte, sei allemal nicht druckreif gewesen und habe die Fronten bis zum Sankt Nimmerleinstag verbärt.

Am Sonntag, bei den Hallen-Europameisterschaften in Athen, war Sankt Nimmerleinstag. Da gewann die 20jährige sensationell den Sprinttitel über 60 Meter vor Weltmeisterin Marlies Göhr aus der „DDR“. Die holländischen Funktionäre machten fleißig Bücklinge vor ihrem neuen Star, und das „Limburgs Dagblad“ vermeldete verbüffelt „die Geburtsstunde einer neuen Sprintkönigin“.

Doch Marlies Göhr, die unverhofft Geschlagene, sah das alles ganz anders: Diese Niederlage habe sie allenfalls amüsiert, „denn über 100 Meter laufe ich ihr doch auf und davon“. Der Sommer wird es bringen - so oder so. K. Bl.

LEICHTATHLETIK / Klaus Just: In der Halle war kein Deutscher über 400 Meter schneller

Die Mutter staunte: „Mein Gott, hat er Energie“

KLAUS BLUME, Bonn

Die Mutter hatte ihm vor dem Flug nach Athen noch einen Zettel auf den Küchentisch gelegt: „Guten Flug, Klaus, toi, toi, toi - und keine Angst vor Schönelebe.“ Thomas Schönelebe aus Karl-Marx-Stadt, einer der besten 400-m-Spezialisten der Welt, trat aber bei den Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten gar nicht an, und Klaus Just aus Klingen bei Stuttgart mußte sich im Finale auf den Engländer Todd Bennett konzentrieren, der vor ihm gewann. Die Zeiten: 45,56 / 45,90 Sekunden. So schnell wie Bennett lief in der Halle noch niemand über 400 m, und so schnell wie Just hatte zuvor in Deutschland auch noch niemand diese Strecke zurückgelegt.

Daheim in Klingen wartete deshalb gestern die gesamte Leichtathletik-Abteilung seines Heimatvereins, um in der Gaststätte „Fuchsgrube“ ein ordentliches Faß aufzumachen. Peter Sturm, als Stuttgarter Polizeipräsident der Vorgesetzte des Wachtmeisters Just und Leichtathletik-Chef des neuen Just-Vereins Salamander Kornwestheim, versprach ebenfalls eine größere Feier - in zwei Wochen, wenn Just aus dem Trainingslager in Portugal zurückgekehrt ist.

Diese Feierlichkeiten gelten einem jungen Mann, der sich sechs Tage vor seinem 21. Geburtstag gewissermaßen im Handumdrehen in die europäische 400-m-Spitzenklasse eingereiht hat. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) schildert den Aufsteiger des

Winters so: „Er kleidet sich jung, schick und modisch, die welligen, zum Teil getönten Haare sitzen immer wie frisch frisiert.“ Der „Sportinformationsdienst“ Düsseldorf schreibt über ihn: „Sein Hinweis, neben Sport liebe er auch Diskotheken, paßt voll in das äußere Erscheinungsbild des 20jährigen.“ Wilhelm

Thumm, Heimtrainer von Klaus Just, nennt dieses Bild jedoch „abnormal“ und erläutert: „Klaus ist doch jemand, der sich 100prozentig für seinen Sport engagiert, und wenn wir weniger Trainingseinheiten erledigen, als es allgemein üblich ist, dann erledigen wir sie besonders intensiv. Es mag sein, daß er vielleicht zweimal im Jahr eine Diskothek aufsucht,

aber sogar diese Zahl halte ich für hochgegriffen.“ Mutter Just sieht es nicht viel anders: „Mein Sohn ist ganz exakt, fast übergenau, wenn es um sein Training geht. Mein Gott, hat der Junge Energie.“

Was notwendig ist, um auf der 400-m-Strecke, diesem langgezogenen Spurt, Karriere zu machen. Im vorigen Jahr klappte es damit nicht. „Vielleicht lag es an der Lernerlei für einen beruflichen Lehrgang“, mutmaßt die Mutter. Trainer Thumm weiß sich noch heute keinen Rat: „Wo Fehler gemacht worden sind, ist mir noch immer unklar.“ Mit 46,10 Sekunden stand Just dann in der deutschen Bestenliste. Man ging damit ins Wintertraining, tat vor den Hallenwettkämpfen etwas für die Schnelligkeit - und auf einmal klappte es.

Planspiele: „Er sollte im Sommer die 400-m-Strecke beständig unter 46 Sekunden laufen können. Möglich, daß er in diesem Jahr schon den großen Sprung schafft.“ Das sagt Trainer Thumm. Währenddessen sprach Just in Athen von 44 Sekunden - freilich in der Staffell und somit gelaufen mit fliegendem Start.

Ziele: „Die Deutschen Meisterschaften im Sommer in Stuttgart, vor eigenem Publikum, Qualität der Einzelstart beim Europacup-Finale in Moskau. Doch wie stark ist Europameister Hartmut Weber? Der Trainer plant, die Konkurrenz allerdings wird und muß er immer im Auge behalten.“



Der Engländer Todd Bennett (rechts) war in Athen nach zu schnell für den neuen deutschen 400-m-Star Klaus Just (links), doch Justs Trainer Wilhelm Thumm meint: „Wenn die Zielgerade länger gewesen wäre, wer weiß, wie es dann ausgesehen hätte.“

FOTO: DPA

Advertisement for Northwest Orient featuring the slogan 'REGAL IMPERIAL SERVICE FÜR FIRST- UND EXECUTIVE CLASS' and 'Luxus: Für Leute, die sich auskennen.' The ad includes a list of destinations such as Anchorage, Atlanta, Dallas, Denver, Detroit, Edmonton, Fairbanks, Fargo, Ft. Lauderdale, Ft. Myers, Ft. Worth, Grand Forks, Grand Rapids, Great Falls, Helena, Hollywood, Honolulu, Kansas City, Las Vegas, Los Angeles, Madison, Miami, Milwaukee, Minneapolis, Missoula, New Orleans, New York, Newark, Omaha, Orlando, Philadelphia, Phoenix, Portland, Rochester, St. Louis, St. Paul, St. Petersburg, San Diego, San Francisco, San Jose, Seattle, Spokane, Tacoma, Tampa, Tucson, Washington D.C., West Palm Beach, Winnipeg, and Yonkers. It also provides contact information for Northwest Orient Airlines.



# Bonn gibt Genscher Rückendeckung

**THOMAS KIELINGER, Bonn**  
Eine Woche vor Beginn der Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen Washington und Moskau hat sich in Europa die mit diesem Termin verknüpfte diplomatische Aktivität beschleunigt. Dabei befestigt sich erhöhte Aufmerksamkeit an die Besuche Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Moskau, Warschau und Sofia. Sie folgen nur wenige Tage auf die Reisen des sowjetischen Außenministers Gromyko nach Italien und Spanien. Wie Regierungssprecher Boenisch gestern in Bonn unmissverständlich klarstellte, sind der Bundesaußenminister und der Kanzler „völlig einig in der Beurteilung der Lage“. Die Reise Genschers nach Moskau stehe „ganz im Zeichen der Kontinuität“.

Flankierend zu den diplomatischen Vorstößen äußerten sich gestern in Bonn die Regierungsparteien zur Frage der Ost-West-Beziehungen und zu dem am 12. März in Genf beginnenden Abrüstungsdialog. Das FDP-Präsidium gab in einer Erklärung seine volle Unterstützung für „die auf Ausgleich und Zusammenarbeit gerichtete Politik der Bundesrepublik“, während der abrüstungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Jürgen Todenhöfer, in einem mit der Fraktionspitze seiner Partei abgeprochenem Papier die Erwartungen der CDU/CSU hinsichtlich der Genfer Verhandlungen spezifizierte.

In der Umgebung des Bundeskanzlers war man am Montag besonders erpicht darauf, den nach Presseberichten entstandenen Eindruck Genschers, als seien die Besuche Genschers in den osteuropäischen Hauptstädten irgendwie das Resultat „plötzlicher“ Entscheidungen. „Dieser Eindruck ist völlig falsch“, sagte ein mit den Vorausplanungen Vertrauter. „Die Besuche sind alle sorgfältig vorbereitet gewesen, auch auf den unteren Ebenen, das heißt durch die entsprechenden Botschaften in Moskau, Warschau und Sofia hier in Bonn.“

„Plötzlich“ war an dieser Planung offensichtlich nur die am vergangenen Freitag aus Moskau eingetroffene Nachricht, daß dem Krenin ein Gesprächstermin am gestrigen Mon-

tag gelegen käme. Die Sowjets erwarteten damit das von deutscher Seite zuerst angemeldete Interesse an der Begegnung Gromyko-Genscher. In Regierungskreisen herrscht über die Termine Genschers in Moskau und Warschau schon allein deshalb Genugtuung, weil nun das lange verwendete Argument, Bonn sei nach der INF-Nachrüstung vom Dialog mit dem Osten gleichsam abgeschnitten, nicht mehr haltbar sei. „Selbst die Opposition kann uns nicht mehr vorwerfen, wir stünden auf diesem Gebiet isoliert da“, meinte dazu ein Regierungsmittglied.

Die enge Tüchtführung zwischen Kanzleramt und dem Außenministerium in dieser Frage verleitet einen Beamten aus der Umgebung Helmut Kohls zu der echauffierten Feststellung, es sei „völlig grotesk“, Kohl und Genscher „ostpolitisch aufzuspalten zu wollen“. Das sei auch ungenügend gegenüber Genscher, der vor allem aus sicherheitspolitischer Festigkeit heraus, die Wende mitverantwortlich habe. Die deutsche Außenpolitik werde von den Russen gerade deshalb ernst genommen, weil sie sich in enger Absprache mit dem amerikanischen Partner vollziehe und weil Bonn in der Frage der Nachrüstung von unumstößlicher Festigkeit gewesen sei.

**Zuverlässigkeit nachgewiesen**

Mit beträchtlicher Sensitivität reagiert man in Kreisen der Bundesregierung, wenn im Zusammenhang der Genscher-Reise das Interesse Moskaus an einer Spaltung des westlichen Konsens in Sicherheitsfragen ins Spiel gebracht wird, vor allem in der neu hinzugekommenen Frage der amerikanischen „strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI). „Über das Moskauer Interesse, einen Kell ins westliche Bündnis zu treiben, sind wir uns im Klaren, kommentierte ein Regierungsbeamter. Das Ost-West-Verhältnis werde weiterhin von diesem Aspekt überschattet bleiben. Doch fühlt sich die Kohl-Regierung in ihrer bündnispolitischen Zuverlässigkeit hinlänglich

ausgewiesen, so daß sie nicht aus Sorge vor dieser sowjetischen Taktik eigene diplomatische Vorstöße im Ost-West-Bereich glaubt unterlassen zu müssen.

Mit deklaratorischer Präzision und wie auf Einwände gegen die Reisediplomatie Genschers vorbereitet, formulierte daher Regierungssprecher Boenisch gestern in Bonn: „Die Reise Genschers ist ebenso normal wie wichtig. Es besteht ein Interesse am fortgesetzten Dialog mit der Sowjetunion. Auch die Mittelmächte müssen sich zu Wort melden.“ Boenisch nannte zur Erläuterung vor allen Dingen drei Gründe:

1. Die Bundesregierung wolle „nicht nur mit den USA sprechen“, sondern auch gegenüber der Sowjetunion das Interesse an erfolgreichen Verhandlungen in Genf deutlich machen.
2. Es gehe nicht an, daß der Ost-West-Dialog allein den Weltmächten überlassen bleibe. Die Mittelmächte hätten ein legitimes Interesse an eigenständiger Entwicklung der Ost-West-Beziehung „an dem Dialog mitzuwirken“.
3. Es geht Bonn darum, „alte Frontstellungen aufzubrechen“. Der herankommende 40. Jahrestag des Kriegsendes sollte auch „eine zukunftsweisende Perspektive haben“.

Schon jetzt ist abzusehen, daß vor allem in der Frage der strategischen Verteidigungsinitiative immer wieder die enge amerikanisch-europäische Zusammenarbeit im Laufe der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf gefordert sein wird. Aus Moskau verlautete, daß Genscher nach seinem Gespräch mit Gromyko „vorbeugende Rüstungskontrolle“ auch in diesem Bereich favorisiere. Der Termin erweckt in Bonn ein unterschiedliches Echo. Experten meinen, die Vokabel entstamme der östlichen Rhetorik, die unter „vorbeugender Rüstungskontrolle“ gerne ein Instrument bezeichne, mit dem man schon in der Forschungsphase auf westliche Projekte Einfluß nehmen könne.

Dem wird in Bonn aber entgegengehalten, daß die Kohl-Regierung selber diesen Termin seit einiger Zeit im Zusammenhang der SDI ver-

wende. So sprach Außenminister Genscher schon im April 1984 in den „Bonner Perspektiven“ von „vorsorgende Rüstungskontrolle“. In einem Namensartikel Ende 1984 wandelte Genscher den Begriff in „vorschauende Rüstungskontrolle“ ab. Auch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag übernahm den Begriff am 21. Februar 1985 in einer Erklärung, die damals seitens des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Volker Rühle herausgegeben wurde. Rühle sprach in dem Papier davon, „die Möglichkeiten einer vorbeugenden Rüstungskontrolle auszuschöpfen“, angewendet auch auf den SDI-Bereich.

**Hoffnung auf Einigung**

Die unter den Bedingungen ausgesprochene Befürwortung der Europäer für die amerikanischen SDI-Forschungen schließt also nicht aus, daß man in Europa nach wie vor hofft, Washington und Moskau könnten sich schon in der Forschungsphase der strategischen Verteidigung einig werden, sich in diesem Programm quasi zu bündigen. In Bonn bringt man diese Hoffnung immer wieder im Zusammenhang mit der häufig wiederholten Erwartung, daß es nicht zu einer Militarisierung des Weltraums komme. Auch der Bundeskanzler äußerte sich in diesem Sinne während der kürzlichen Wehrkundetagung in München.

Das gestern in Bonn veröffentlichte Todenhöfer-Papier zu den Genfer Verhandlungen verwendet den Begriff „vorbeugende Rüstungskontrolle“ nicht. Zum SDI-Teil der Genfer Thematik meinte der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, seine Partei trete dafür ein, zu prüfen, „welche Wege es gibt, die Stabilität durch ein ausgewogenes Verhältnis von offensiven und defensiven Waffen auf niedrigstem Niveau zu stärken“. Es ist also auch im terminologischen Bereich im westlichen Lager noch keine absolute Eindeutigkeit in der SDI-Frage erkennbar.

# Sowjets wollen Diskussion über SDI beeinflussen

**Reagan und Shultz führen Gespräche mit Politbüromitglied**

**FRITZ WIRTH, Washington**  
Eine sowjetische Delegation unter Leitung des Politbüromitglieds Wladimir Schtscherbitzki ist am Sonntag zu einem zehntägigen Besuch in den Vereinigten Staaten entpflogen. Schtscherbitzki ist seit 1973, abgesehen von Außenminister Andrej Gromyko, das erste Mitglied des Politbüros, das die Vereinigten Staaten besucht.

Die Delegation besteht in erster Linie aus Mitgliedern des Obersten Sowjets. Sie beantwortet mit dieser Reise offiziell einen Besuch amerikanischer Kongressmitglieder in der Sowjetunion, der im vorletzten Jahr stattfand. Zu den Mitgliedern der sowjetischen Delegation gehört auch Georgi Arbatow, der Direktor des Moskauer Instituts für Amerikanische und Kanadische Studien.

Noch vor dem Eintreffen der hochrangigen Sowjet-Delegation schrieb die Parteizeitung „Pravda“ in einem Kommentar, während sich die Führung der Sowjetunion mit verschiedenen Initiativen um gute Bedingungen für die Genfer Gespräche bemühe, könne dies von der amerikanischen Regierung nicht gesagt werden. Dort tritt, so die „Pravda“, ein „hartnäckiges Streben zutage, die bevorstehenden Verhandlungen auch weiter in forciertem Tempo gigantischer Rüstungsprogramme zu vernehmen und das Wettrüsten in den Weltraum“ zu tragen.

Der Zeitpunkt der Reise ist von den Sowjets mit Sicherheit nicht zufällig gewählt worden. Man rechnet in Washington damit, daß sie die bevorstehenden Genfer Abrüstungsverhandlungen zum Hauptthema ihrer politischen Diskussionen machen und versuchen werden, die Meinungsverschiedenheiten, die es in der amerikanischen Öffentlichkeit über die „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) Präsident Reagans gibt, zu vertiefen.

Schtscherbitzki wird am Mittwoch von Präsident Reagan zu einem Gespräch im Weißen Haus empfangen werden. Obwohl der 67jährige sowjetische Politiker nicht zu den direkten Kandidaten für die Nachfolge Tschernenkos gilt, wird ihm bei den Ause-

ansetzungen um die Führung rober Einfluß beigemessen.

Schtscherbitzki ist seit 1971 Mitglied des Politbüros und eines seiner erfahrensten und kompromißlosesten Angehörigen. Wirtschaftspolitisch steht er in Opposition zum Reformkurs, den jüngere Politbüro-Mitglieder wie Gorbatschow anstreben, die für eine gewisse Dezentralisierung der sowjetischen Wirtschaft plädieren. Es läßt sich deshalb im Politbüro kein schärferer Gegner jenes Wirtschaftssystems vorstellen, das er nun zehn Tage lang zwischen Washington und San Francisco besichtigen kann.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß der Besuch Schtscherbitzki auf die amerikanische Öffentlichkeit einen solchen Eindruck machen wird, wie ihn die kürzliche Reise Gorbatschows in Großbritannien hinterließ. Schtscherbitzki entspricht dafür zu sehr den klassischen amerikanischen Vorstellungen eines sowjetischen Apparatchiks. Ihm dürften darüber hinaus das diplomatische und das rhetorische Geschick Gorbatschows fehlen, um seinen Besuch zu einem Propagandaerfolg zu machen.

In Washington wertet man die Tatsache der neuentfachten Reisediplomatie hoher sowjetischer Politiker als einen Beweis dafür, daß die Krankheit Tschernenkos im Augenblick keinen Anlaß zu akuter Sorge gibt. Im übrigen glaubt man in der amerikanischen Administration, daß die neu beginnenden Abrüstungsgespräche in Genf höchstens zeitlich, nicht aber in ihrer Substanz von einer plötzlichen Führungskrise in Moskau behelligt werden würden.

Die sowjetische Delegation wird bis zum Freitag in Washington bleiben und dort vornehmlich Kontakte mit Kongressmitgliedern pflegen, die im Augenblick in wichtige Diskussionen über die Produktion weiterer MX-Raketen verwickelt sind. Die Reagan-Administration hält eine positive Entscheidung des Kongresses in dieser Frage im Hinblick auf sowjetische Raketenaufrüstung und auf die bevorstehenden Genfer Verhandlungen für überaus wichtig.

# FDP lehnt auch Geißlers Kompromiß ab

**hey Bonn**  
Eine Absage hat die FDP Kompromißvorschlägen von Bundesbrüderminister Heiner Geißler (CDU) zum Arbeitsplatzgarantie für Mütter im Rahmen eines Erziehungsjahres erteilt. Damit würden, das betonte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums, Einstellungsmaßnahmen für junge Frauen nicht beseitigt. Auch einem Erziehungsgehalt steht die FDP wegen der von Experten errechneten Kosten von drei Milliarden Mark pro Jahr angesichts der Schwereigkeiten in der Rentenversicherung kritisch gegenüber.

Die Freien Demokraten wollen nach der auf dem Saarbrücker Parteitags sichtbar gewordenen neuen Geschlossenheit jetzt in der Bonner Koalition mehr Einfluß nehmen. Sie wollen ihre Rolle, so ihr Generalsekretär, „nicht darin erschöpfen, nur im Bedarfsfall etwas zu machen“. Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Bundeskanzler Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß kommen morgen Mittag in Bonn zu ihrem ersten Spitzengespräch mit dem neuen FDP-Chef, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, zusammen. Dabei wollen sie den Rahmen der noch bis zum Ende der Legislaturperiode gemeinsam zu lösenden Aufgaben abstecken und ausloten, welche Probleme wegen wechselseitiger Widerstände bis auf weiteres nicht bewältigt werden können. Außerdem wollen sie eine „Halbzeittabelle“ ziehen.

**Gespräche über Abschiebungen**

**ms.Bonn**  
Experten des Bundesinnenministeriums und der Luftwaffe haben Gespräche darüber aufgenommen, wie künftig Flugzeugführungen durch abgeschobene Asylbewerber verhindert werden können. Anlaß für die Begegnung war die Entführung einer Luftwaffe-Boeing mit einer erzwungenen Landung in Wien durch zwei abgeschobene Syrer. Als Vorschläge, die auch mit den Polizeien der einzelnen Länder und der Fluggesellschaft noch weiter erörtert werden sollen, sind folgende Überlegungen in der Diskussion: Solche Asylbewerber sollen nicht mehr in Gruppen, sondern als Einzelpersonen auf dem Luftwege abgeschoben werden. Falls sie durch Ausserungen oder entsprechendes Verhalten zu erkennen geben, daß sie die Abschiebeaktion nicht akzeptieren, sollen sie von Polizeibeamten begleitet werden. Das Bundesinnenministerium gab jedoch zu verstehen, daß es in dieser Diskussion nur koordinierend tätig sei.

# Israel reagiert auf Vorschlag Mubaraks mit Vorbehalten

**Weizman für direkte Gespräche ohne Vermittler**

**AP/AFP, New York/Jerusalem**  
Für ein Treffen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres und dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak haben sich der israelische Minister beim Regierungschef, Ezer Weizman, und der außenpolitische Berater Mubarak, Osama el Baz, ausgesprochen. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC sagte Weizman, derartige Gespräche, die „Auge in Auge“ stattfinden sollten, seien Verhandlungen unter der Schirmherrschaft eines Vermittlers wie den USA vorzuziehen. Israel stelle aber gewisse Bedingungen für die von Mubarak vorgeschlagenen Palästina-Gespräche. Israel erwarte, daß an dem Meinungsaustausch Ägypten, Jordanien, Palästina und Israel teilnähmen. PLO-Mitglieder will Israel nicht akzeptieren. Ebenso schloß Weizman eine Beteiligung der Sowjetunion an den Friedensgesprächen aus.

Dagegen betonte el Baz in der ABC-Sendung, eine Teilnahme der USA bei den Gesprächen sei für Ägypten wünschenswert. Mubarak werde bei seinem für diesen Monat geplanten Besuch in Washington die USA bitten, bei möglichen Nahost-Verhandlungen eine herausragende Rolle zu übernehmen. Ebenso beste-

he Ägypten darauf, daß die PLO eine Rolle in den Gesprächen spielen müsse, weil keine andere Organisation das Recht beanspruchen könne, für die Palästinenser zu sprechen.

Israels Premierminister Peres hatte am Sonntag bereits im Zusammenhang mit der Mubarak-Initiative die Weigerung seiner Regierung bekräftigt, sich mit Vertretern der PLO an den Verhandlungstisch zu setzen. Zwar sei Israel zu Gesprächen mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation ohne PLO-Mitglieder bereit, aber er halte den Mubarak-Vorschlag für noch nicht „durchführbar“. Erneut lehnte Peres Gespräche einer jordanisch-palästinensischen Delegation mit Vertretern der USA ohne Beteiligung Israels ab.

Vor einer „Euphorie“ angesichts der Mubarak-Vorschläge hat der israelische Außenminister Yitzhak Shamir im israelischen Rundfunk gewarnt. Shamir nannte die jüngste Nahost-Initiative „keine echte Friedensinitiative“. Sie zielt vielmehr auf „offizielle Kontakte zwischen der PLO und den USA“ ab. Eventuelle Verhandlungen zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation und Israel, wie sie Mubarak vorgeschlagen habe, seien „mehr oder weniger“ bereits in den Abkommen von Camp David vorgesehen gewesen.

# SPD-Frauen für 25-Stunden-Woche

**AP, Bonn**  
Für eine „drastische Verkürzung“ der Wochenarbeitszeit auf zunächst 30 und später 25 Stunden hat sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) ausgesprochen. Nur so könne das Ziel erreicht werden, Haus- und Erwerbsarbeit unter den Geschlechtern gerecht aufzuteilen, erklärte die ASF-Vorsitzende Inge Wettig-Danielmeier gestern in Bonn. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen bezeichnete die SPD-Politikerin als „wesentliche Voraussetzung der Gleichstellung“.

**Union nimmt Brandts Angebot nicht ernst**

**dpa, Bonn**  
Das Angebot des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt an die CDU/CSU zur Zusammenarbeit in einer Reihe politischer Felder der Innen- und Außenpolitik wird von der Union nicht ernstgenommen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erklärten gestern in Bonn, die Äußerungen Brandts seien „aus der Not und der Schwäche der SPD geboren“. Brandt wolle über tiefe Risse in seiner eigenen Partei hinwegtäuschen. Wer Gemeinsamkeiten wolle, der müsse zuerst in den eigenen Reihen Klarheit zum Beispiel über das Verhältnis zur NATO, zur Sozialen Marktwirtschaft und zu den Grünen herstellen.

# Genscher zu Gromyko: Wir sind nicht nur Zuschauer

**Fortsetzung von Seite 1**

Wie es auch während der Konsultationen mit Paris gegeben. So könne Bonn sagen: Wenn die Sowjetunion meine, sie könnte die NATO-Partner in Europa auseinanderdividieren oder die Europäer von den Amerikanern abkoppeln, so begehe sie einen Fehler, ähnlich dem in der Nachrüstungsfrage 1983.

Die Bundesregierung, so Genscher auf einer Pressekonferenz in Moskau, gehe davon aus, daß es im Interesse des Ostens wie des Westens liege, wenn in allen drei Bereichen der Verhandlungen – Weltraumrüstung, Mittelstrecken- und Interkontinentalwaffen – Fortschritte erzielt würden. Damit in Genf konkrete Ergebnisse möglich seien, müsse ein „neuer Vertrauensimpuls“ gegeben werden. Genscher: „Die europäischen Staaten sollten zur Sicherung positiver Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Ost und West eine wichtige Rolle spielen. Sie sollten sich nicht mit der Rolle eines Zuschauers zufriedengeben.“ Das Gespräch mit Gromyko dauerte drei Stunden.

Die staatlichen Medien in Warschau, wo Genscher am Mittwoch zu einem sechsstündigen Aufenthalt er-

wartet wird, gingen bereits gestern auf diese Aspekte ein. Bonn, schrieb die Zeitung „Zycie Warszawy“, hoffe auf eine neue und bessere Epoche im Ost-West-Verhältnis. Es wolle da nicht beseitigt stehen und könne sich nicht nur auf Kontakte mit den USA beschränken. Die überraschend zustande gekommenen „Arbeitsbesuche“ des Bundesaußenministers in Moskau und Warschau zeigten, was für ein Gewicht Genscher der Verbesserung der Beziehungen mit den sozialistischen Staaten beimesse.

Es wurde die Absicht Warschaws deutlich, zwischen Genscher und der FDP in der Frage der Oder-Neiße-Linie und der Position der CDU/CSU zu unterscheiden. Genscher und seine Partei vertreten eine viel realistischere Haltung, kommentierte das Parteiorgan „Trybuna Ludu“. In der Bonner Koalition, so das KP-Blatt, gebe es „mindestens drei Richtungen“: Die Linie des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dregger, mit deutlicher Unterstützung für die Vertriebenenverbände, die viel „realistischere“ Linie des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rühle und die „entschiedenste und realistischste Linie“ Genschers, der in dieser Frage der Position der Sozialdemokraten nahestehende.

# Buschhaus verletzt keine Berliner Rechte

**dos, Lüneburg**  
Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) hat es abgelehnt, drei in Berlin lebenden Klägern gegen die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes Buschhaus bei Helmstedt Rechtsschutz zu gewähren. Die von dem Berliner Anwalt Reiner Geulen vertretenen Antragsteller sind nach den Worten eines Sprechers des Gerichts nicht widerspruchs- und klagebefugt. Der 7. Senat des OVG begründete seine Teilentscheidung mit der mangelnden „räumlichen Nachbarschaft“ der Berliner Kläger. Ein Beschluß zur Sache selbst dürfte das Gericht in den nächsten Tagen fällen.

**Nicht die Technik bestimmt den Brauprozess, sondern die Brauphilosophie den Gang der Technik.**

**Budweiser**  
Rudrar

Das Bier der Könige aus Böhmen

B. U. Importgesellschaft, Kompanien & Glaswerk mbH & Co. KG, Ringbahnstraße 38-40, 1000 Berlin 42, Tel. (0 30) 7 52 10 83 - Strödel & Co. (GmbH & Co.), Bornemannstr. 10, 2000 Hamburg 54, Tel. (0 40) 54 40 47 - Heintz Kampmann GmbH & Co., Import und Export, Zylinderweg 12, Postfach 27 01 45, 4800 Essen 11, Tel. (0 20 9) 66 00 38 - Meuth, Harshorn KG-GmbH & Co., Bremerhaven Straße 11, 2000 Bitter 02, Tel. (0 22 1) 7 12 30 31 31 - Richard Müller, Bremerhaven 11, Import GmbH & Co. KG, Aschmannstraße 30-32, 6300 Wiesbaden, Postfach 43 27, Tel. (0 61 21) 4 80 43 - Josef Kienzler GmbH & Co. KG, Brau-Dreier-Straße 1, 6471 Mainstedt 2, Tel. (0 61 09) 8 10 01 - Firma Albert Schmidt, Olgastraße 16, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0 71 4) 21 92 40 - Otto Puchner GmbH & Co., Mittelwehner-KG, Theibstraße 31, 8000 München 30, Tel. (0 89) 14 60 54



Moskauer Geheimnis

Ed. - Es ist schon einigermaßen überraschend, daß die Sowjets nun die Moskauer Goldverkäufe laufen lassen, liquidiert will, Gewin...

sung verbundene Chance nutzen, sich weniger als bisher in die Bücher gucken zu lassen. Man darf gespannt sein, welche Aktivitäten die künftige Bankfiliale entfaltet...

Einsicht

J. Sch. (Paris) - Die Hälfte der Franzosen mißbilligt die Wirtschaftspolitik ihrer Regierung - aber mehr als die Hälfte akzeptiert die Sanierungspolitik...

Die Bundesregierung könnte den Verhandlungsdruck dadurch verstärken, daß sie den Tarifparteien eine Frist von vielleicht zwei oder drei Jahren setzt, anderenfalls sie dann selbst Lücken im Arbeitskampfrecht durch Gesetze ausfüllt...

ARBEITSKAMPFRECHT / Gesamtmetall beklagt Übergewicht bei Gewerkschaften

Branche appelliert an Bonn, plädiert aber für Einigung der Tarifpartner

PETER GILLIES, Bonn Die Gewerkschaften verfügen im Arbeitskampfrecht über ein derartiges Übergewicht, daß sie praktisch nach Belieben und ohne wesentliche Risiken Streiks vom Zaune brechen könnten...

habe hier mehr Grundsatztreue gezeigt. Die Regierung Kohl/Bangemann stehe in einem Zwiespal, weil sie einerseits den DGB nicht verärgern, andererseits aber die Tarifautonomie wahren wolle.

begrenzten Maße aussperren dürfen. Der Metallgewerkschaft sei es 1984 gelungen, die Bundesanstalt für Arbeit als Streikkasse zu benutzen. Mit Hilfe einstweiliger Verfügungen sei die Bundesanstalt gezwungen worden...

IW-UNTERSUCHUNG

Personal-Zusatzkosten sind weiter kräftig gestiegen

PETER JENTSCH, Bonn Die Personalzusatzkosten sind im vergangenen Jahr kräftig angestiegen und erreichten mit 23 800 Mark je Arbeitnehmer einen neuen Höchststand...

Prozent und 1983 auf 4,7 Prozent gefallen waren, 1984 um 0,3 Prozentpunkte auf fünf Prozent. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber erhöhten sich sogar von 21,4 Prozent 1983 auf 22,1 Prozent im vergangenen Jahr...

Kassel sollte entscheiden

Von HANS BAUMANN

Seit Jahren geistert ein Begriff durch die Öffentlichkeit, mit dem viele Bürger nichts anzufangen wissen: der Sprecherausschuß. Der Ausdruck bezeichnet die Interessenvertretung der Leitenden Angestellten...

anerkannt und so alle Fahrsteiger zu Leitenden erklärt werden. Die Hoffnung des VDF hat auch schon ein Datum: 23. Mai 1985. Dann nämlich soll das Bundesarbeitsgericht in Kassel über 16 anhängige Abgrenzungsverfahren entscheiden...

AUF EIN WORT



„Eines der wichtigsten gemeinsamen Ziele der christlich-liberalen Koalition ist es, die Marktwirtschaft zu erneuern. Auch bei uns regt sich der Unternehmensgeist wieder, wie die steigende Zahl der Neugründungen von Firmen ausweist...

KONJUNKTUR

Das verarbeitende Gewerbe sieht Geschäftslage besser

PETER JENTSCH, Bonn Die für den Jahresbeginn vorliegenden Konjunkturdaten deuten nach Darstellung von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) auf die Fortsetzung des konjunkturellen Erholungsprozesses unabhängig von der langanhaltenden Frostperiode hin.

duktionsgütergewerbe um vier Prozent beigetragen. Darin sind auch Zulieferer für die Bauwirtschaft enthalten, auf die sich auch die Witterungsverhältnisse ausgewirkt haben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesfinanzhof faßt Wohnungsbegriff enger

Bonn (pfe) - Der Bundesfinanzhof hat die Möglichkeit, ein Wohngrundstück als Zweifamilienhaus zu bewerten, gegenüber der bisherigen Rechtspraxis erheblich enger gefaßt.

Dollar steigt weiter

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Kurs des Dollar stieg zum Wochenende weiter. Der amtliche Mittelkurs wurde gestern in Frankfurt mit 3,3730 DM nach 3,3635 DM am Freitag festgesetzt.

Höherer Beitrag zur EG

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Nettobeitrag der Bundesrepublik zum EG-Haushalt ist 1984 um 21 Prozent auf 7,27 Mrd. DM gestiegen. Leistungen an den EG-Haushalt von insgesamt 17,8 Mrd. DM (plus zwölf Prozent) standen nur um 6,5 Prozent auf 10,6 Mrd. DM gestiegene Bezüge gegenüber.

Neuer Personalchef

Frankfurt (adh) - Artur Wollert, seit 1974 Leiter des Personalwesens bei der BMW AG, München, wird zur Jahresmitte neuer Personalvorstand und Arbeitsdirektor im Warenhauskonzern Hertie.

Teuerung angezogen

Brüssel (dpa/VWD) - Die Verbraucherpreise sind in den zehn Ländern der Europäischen Gemeinschaft von Dezember 1984 auf Januar 1985 um 0,8 Prozent gestiegen.

Kredite an Chile

Santiago (AFP) - Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) wird Chile in diesem Jahr über 400 Mill. Dollar Kredite gewähren. Das teilte der chilenische Vertreter bei der IDB, Benjamin Mira, in Santiago mit.

Untersuchung eingeleitet

Brüssel (AFP) - Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel hat eine Untersuchung wegen möglicher Dumping-Preise bei österreichischen Lieferungen von Stahlwinkeln für Container an EG-Mitgliedsländer eingeleitet.

Ein Spezialproblem ergibt sich für die Führungskräfte im Bergbau, die sich im Verband der Führungskräfte in Bergbau und Energiewirtschaft (VDF) zusammengeschlossen haben. Mit seinen rund 7000 Mitgliedern stellt der Unterverband der Union Leitender Angestellter (ULA) rund ein Sechstel der Dachorganisation, die etwa 42 000 Mitglieder zählt.

Im Augenblick haben die Leitenden im Betriebsrat keine Chance, zur Geschäftsführung zählen sie aber auch nicht. Alle Hoffnungen richten sich also auf den Entwurf der Fraktionen, der die Grundlage dafür schaffen soll, daß die Gruppen- und Einzelbelange der leitenden Angestellten in Zukunft stärker berücksichtigt werden.

Bargeldloser Verkehr gestiegen

dpa/VWD, Köln Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat in der Bundesrepublik 1984 einen neuen Höchststand erreicht. Wie der Bundesverband deutscher Banken in Köln mitteilte, erreichte der Wert aller Überweisungen, Lastschriften und Scheckverrechnungen, die von deutschen Kreditinstituten für ihre Kunden vermittelt wurden, rund 14,5 Mrd. DM. 1983 lag die entsprechende Zahl bei 13,85 Mrd. DM.

STROMWIRTSCHAFT

Kraftwerke waren im Winter zu 95 Prozent ausgelastet

HANS-J. MAHNKE, Bonn „Der kalte Winter 1984/85 hat das Gerede von den angeblichen Überkapazitäten' hoffentlich endgültig aus der Welt geschafft“, dies betonte Gerhard Hecker, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW). Denn die Kraftwerke seien im Winter zu rund 95 Prozent ausgelastet gewesen.

STROMWIRTSCHAFT

Kraftwerke waren im Winter zu 95 Prozent ausgelastet

Der Primärenergieverbrauch hat 1984 nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundeswirtschaftsministeriums Rudolf Sprung um 3,5 Prozent zugenommen. Er liegt damit aber immer noch knapp unter dem Niveau von 1973. Das Bruttosozialprodukt sei seither real um rund 20 Prozent gestiegen.

Was, Sie haben Ihren Firmenwagen nicht geleast?

Das gib's doch nicht! Automobil-Leasing ist nun wirklich das Rentabelste, was Sie Ihrem Unternehmen antun können. Beim Leasing zahlen Sie immer nur das, was Sie nutzen und können diese monatliche Rate, zusammen mit Versicherung und Steuern, sofort monatlich als Betriebsausgaben absetzen.

die Konditionen einzelner Leasingfirmen unterschiedlich sind. Aber darum sind wir auch so gut im Geschäft...

Rufen Sie uns ganz schnell an. Wir schicken Ihnen sofort unsere Info-Broschüre.



Hansa Automobil Leasing GmbH Beerenweg 5 · 2000 Hamburg 50 Telefon 040/853 0602 · Telex 02/12138

DEUTSCHE WERTPAPIERBÖRSEN

Düsseldorf plädiert für einen fünfständigen Handel

J. GEHLHOFF, Düsseldorf Schlecht seien die acht deutschen Wertpapierbörsen im internationalen Wettbewerb um die Kapitalströme zwar nicht, plädiert, dem geschäftsmindernden Verdacht von Provinzialismus freilich, seien die meisten der heimischen Börsen allemal ausgesetzt. Um das zu beheben, plädiert die Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf in ihrem 1984er Jahresbericht klarer als die anderen sechs oder sieben für Remedur durch Neuerung, die nur im Schoße der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Wertpapierbörsen geboren werden kann.

Düsseldorf plädiert für einen fünfständigen Handel

schon, auch auf Börsenparkett Weltmeister der Arbeitszeitverkürzung, nun Konsequenzen ziehen. Noch nicht in der Börsen-Arbeitsgemeinschaft beschlossenes Ideal aus Düsseldorf: Die bisher nur zwei Stunden lange deutsche Börsenzeit (11.30 bis 13.30 Uhr) sollte mit einer Stunde davor und zwei Stunden danach auf fünf Stunden verlängert werden.

DORNIER / Keine einstweilige Verfügung gegen Aufsichtsratsbeschlüß

Ein Ende des Streits ist nicht in Sicht

dpa/VWD, Ravensburg Die Führungsspitze des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier, München/Friedrichshafen, bleibt vorerst unverändert. Die I. Kammer für Handelsachen beim Landgericht Ravensburg lehnte gestern drei Anträge auf einstweilige Verfügung gegen den Aufsichtsratsbeschlüß vom 9. Februar ab, mit denen die Entlassungen des ehemaligen Dornier-Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer und des Vorstandsmitgliedes Karl-Wilhelm Schäfer rückgängig gemacht werden sollten.

Ein Ende des Streits ist nicht in Sicht

den. Die beiden anderen Verfügungen waren von den entlassenen Topmanagern angestrengt worden. Die drei Kläger hatten dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hans-Otto Thierbach im Zusammenhang mit der Sitzung im Februar Verstöße gegen das Aktienrecht, das Mitbestimmungsrecht sowie die Satzung der Dornier GmbH vorgeworfen.

Ein Ende des Streits ist nicht in Sicht

storbene Anna Dornier, der zweiten Frau des Firmengründers Claude Dornier. Als Testamentvollstrecker hatte das Oberlandesgericht Stuttgart im vergangenen Jahr den Stuttgarter Juristen Prof. Hans Thümmel eingesetzt. Die Gesellschafter-Gruppe um Justus Dornier, die gegenüber der Gruppe um Claudius Dornier die Mehrheit im Unternehmen besitzt und das Firmengeschicken kontrolliert, bestreitet die Rechtmäßigkeit dieses Testamentvollstreckers.



STAHLFUSION

Berlin gibt grünes Licht

dpa/VWD, Berlin
Das Bundeskartellamt in Berlin hat die geplante Stahlfusion zwischen dem Essener Krupp-Konzern und der Klöckner-Werke AG, Duisburg, unter Beibehaltung des australischen Rohstoffkonzerns CRA Ltd. genehmigt.

Das Bundeskartellamt habe 26 Teilmärkte (Produkte) geprüft, auf Anträge

DekaDespa-Info Nr. 7

SparkassenFonds: Mehr Substanz durch Wiederanlage der Erträge. Jahr für Jahr!

Rabattbegünstigt bis zum 19. April 1985.

Fragen Sie den Geldberater bei der Sparkasse. Nach den Vorteilen der Wiederanlage. Und den Chancen für Neuanlagen in in- und ausländischen Renten sowie Aktien.



denen das neue Unternehmen Marktanteile nach Angaben des Amtes von weit unter 20 Prozent erreichen wird, was wettbewerbsrechtlich unbedenklich sei.

Lediglich bei Blankstahl aus Edelstahl werde das Unternehmen einen Marktanteil von etwa 30 Prozent auf sich vereinigen, doch bestehende auf diesem Markt - so das Kartellamt - wesentlicher Wettbewerb, da die Marktvorgänge durch Importe bei 40 Prozent mit steigender Tendenz liege.

OECD / Anstieg der Sozialausgaben darf höchstens mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum Schritt halten

Die Grenzen des Wohlfahrtsstaats sind erreicht

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris
Die Möglichkeiten für eine weitere Verstärkung des Wohlfahrtsstaats sind gleich null. Das meint die OECD in einer Untersuchung der Sozialausgaben der westlichen Industriestaaten.

Zwischen 1960 und 1981 waren die staatlichen Sozialausgaben (Erziehungs- und Gesundheitswesen so wie Renten und andere Ressourcengarantien) im OECD-Durchschnitt doppelt so schnell gestiegen wie das Sozialprodukt.

Erst in den letzten Jahren haben

die meisten OECD-Staaten ihren sozialen Aufwand in bessere Übereinstimmung mit ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten gebracht, stellt die OECD fest. Die Bundesrepublik hatte damit allerdings schon nach dem ersten Ölpreisschock begonnen.

Allerdings gehörte die Bundesrepublik 1981 immer noch zu den sozial fortschrittlichsten Ländern der OECD-Zone. Nicht weniger als 31,5 Prozent ihres Sozialprodukts entfielen 1981 auf die Sozialausgaben.

Der größte Teil der Sozialausgaben entfällt auf die Renten. Sie beanspruchten 1981 im OECD-Durchschnitt nicht weniger als 34 Prozent des Sozialbudgets - in der Bundesrepublik sogar 39,7 Prozent - gefolgt von den Erziehungs- und Gesundheitsausgaben von 23 Prozent.

Der OECD-Bericht weist darauf hin, daß die Rentenausgaben sehr schwer gebremst werden können. Seit 1975 beträgt ihr reales Wachstum jährlich 6,8 Prozent gegenüber 5,7 Prozent bei den Arbeitslosenentschädigungen und 4,8 Prozent bei allen Sozialausgaben zusammengenommen.

tungen eingegangen worden sind, welche das schwächer gewordene Wachstum übertreffen.

Ein großes Problem für die weitere Kontrolle der Renten besteht nach Ansicht der OECD in der fortschreitenden Überalterung der Bevölkerung. Es werde sich zwar erst in den neunziger Jahren zuspitzen. Jedoch müßten schon jetzt die notwendigen Reformen vorbereitet werden.

Kurzfristig ist die OECD aber nicht so pessimistisch wie in ihrem letzten Sozialbericht. Zumindest bis zum Ende dieses Jahrzehnts heißt es jetzt, könne das derzeitige System der sozialen Sicherheit erhalten bleiben - falls die Sozialausgaben weniger stark zunehmen als das Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung.

AGRAREXPORT / Gute Chancen in Großbritannien

Ein spröder Absatzmarkt

HANS-J. MAHNKE, London
Die Chancen für deutsche Nahrungsmittel auf dem britischen Markt sind noch lange nicht ausgereizt. Die Centrale Marketinggesellschaft der Agrarwirtschaft CMA gibt sich optimistisch. Und das, obwohl dieser Agrarexport im vergangenen Jahr um 22 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark gestiegen ist, womit er sich seit dem Beitritt Großbritanniens zur EG 1973 verdreifacht hat.

Damit ist die Bundesrepublik nach Irland, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark der fünfgrößte Lieferant Großbritanniens mit Nahrungsmitteln und Getränken. Allerdings haben die deutschen Lieferungen erst einen Anteil von einem Prozent am Verbrauch. Zwei Prozent halten die Experten der CMA in den nächsten Jahren für erreichbar.

Für die deutsche Ernährungswirtschaft ist Großbritannien der zweitgrößte Auslandsmarkt nach Italien, den Benelux-Staaten und Frankreich. Bei Fleisch- und Wurstwaren und bei Wein sind die Briten sogar der größte

ausländische Abnehmer. Bei Bier und Käse liegen sie an zweiter Stelle. Bei den CMA-Experten gilt Großbritannien als ein spröder Absatzmarkt, der sich nur langsam den kontinental-europäischen Nahrungsmittelprodukten erschlossen hat. Traditionell importierten die Briten Rohstoffe aus dem Commonwealth, die ihre hochentwickelte Ernährungsindustrie verarbeitet.

Die deutsche Ernährungswirtschaft hat es in Großbritannien besonders schwer. Fuß zu fassen, weil sie dort nicht nur unbekannt war, sondern auch auf fremde Konsumgewohnheiten stieß. Wurstaufschnitt, Milchfrischprodukte und Quark waren vor einigen Jahren noch ungebührlich. Heute sind rund 250 Unternehmen der deutschen Ernährungswirtschaft in Großbritannien durch Importeure oder eigene Niederlassungen vertreten. Auf der IFE '85 International Food & Drink Exhibition, der Lebensmittelmesse, die alle zwei Jahre in London stattfindet, demonstrierten sie ihr Angebot.

HYPOTHEKENBANK IN HAMBURG / Mit Bonus

Zinsrückstände gestiegen

JAN BRECH, Hamburg
Die Hypothekbank in Hamburg, die zur Dresdner-Bank-Gruppe gehört, schüttet aus dem um 2,4 Prozent niedrigeren Jahresüberschuß von 20,4 Mill. DM unverändert 10 DM Dividende sowie einen Bonus von 2,50 DM aus. Das Grundkapital beträgt 27,5 Mill. DM (Hauptversammlung am 6. Mai). In die Rücklagen wandern insgesamt 13,5 Mill. DM, nachdem bereits bei der Aufstellung des Jahresüberschusses die Risikovorsorge angemessen dotiert worden ist.

Die Vorsorgepolitik steht, wie die Bank in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1984 mitteilt, in Zusammenhang mit Belastungen in der außerordentlichen Rechnung. Die Zinsrückstände sind nach Angaben der Bank um 20 Prozent auf 4,4 Mill. DM angewachsen. Demgegenüber hat sich der Zinsüberschuß aus dem gesamten Aktiv- und Passivgeschäft um 7,4 Prozent auf 68,2 Mill. DM und das Betriebsergebnis um 2,2 Prozent verbessert.

Im Geschäftsjahr sei es gelungen, schreibt der Vorstand, Tilgung und Rückflüsse im Aktiv- und Passivge-

schaft von jeweils rund 2 Mrd. DM durch ein entsprechendes Neugeschäft auszugleichen. Die Bank sagte insgesamt Darlehen in Höhe von knapp 2 Mrd. DM zu. Dabei gingen Hypothekendarlehen um 6,4 Prozent auf 453 Mill. DM zurück, während sich die Kommunaldarlehen auf 1,4 Mrd. DM verdoppelten. Die Ausleihungen erreichten 10,5 Mrd. DM.

An Schuldverschreibungen wurden mit 2,3 Mrd. DM 44 Prozent mehr abgesetzt. Auf Pfandbriefe entfielen davon 824 (263) Mill. DM, auf Kommunalschuldverschreibungen 1,6 (1,3) Mrd. DM. Abzüglich der Tilgungen von Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen weitete sich der Gesamtumlauf auf 10,5 Mrd. DM aus.

Als Bilanzsumme weist die Bank 10,8 Mrd. DM aus (plus 3,5 Prozent). Die für die Berechnung der Umlaufgrenzen maßgebenden Eigenmittel betragen gemäß dem Gewinnverteilungsvorschlag 236 Mill. DM und machen 2,1 Prozent der Bilanzsumme aus. Der damit gegebene Emissionspielraum genüge zunächst den Erfordernissen der Bank, heißt es.

Handelshaus Wille übernimmt Olf

JB, Hamburg

Das Hamburger Handelshaus Wille hat über die Theodor Wille Außenhandels-Gesellschaft die Frankfurter Firma Olf & Co. erworben und damit die Aktivitäten in Fernost erweitert. Das 1950 gegründete Frankfurter Handelshaus hält beim Export von Maschinen vor allem starke Positionen in der Volksrepublik China. Der Umsatz dürfte 120 Mill. DM erreichen und etwa dem Volumen des Außenhandelsbereichs von Wille entsprechen. Der Verkauf durch den Gründer Raymond Olf hängt mit Nachfolgeproblemen in der Familie Olf zusammen.

Wille bringt als Exporteur von Maschinen nach Südostasien ebenfalls Know-how auf diesen Märkten in die Gruppe ein. Das allerdings noch im Aufbau befindliche Fernostgeschäft soll künftig von Olf übernommen werden. Wille wird sich dann wieder schwerpunktmäßig auf das traditionell von diesem Unternehmen betriebene Geschäft in Lateinamerika konzentrieren. Die Olf-Gruppe ist mit einem Kapital von 3 Mill. DM ausgestattet, bei der Th. Wille KG beträgt das Kommanditkapital 6 Mill. DM.

Badenwerk zahlt Vorjahresdividende

VWD, Karlsruhe

Die Badenwerk AG, Karlsruhe, will aus einem „zufriedenstellenden“ Ergebnis 1984 wieder die Vorjahresdividende zahlen. Nach einem Zwischenbericht des Versorgungsunternehmens sollen auf die in Streubesitz befindlichen Inhaberaktien (75 Mill. DM) wieder 6 DM pro Stück entfallen, ebenso auf die an die LKB-Energiebeteiligungsgesellschaft mbH abgegebenen und zum Verkauf an die Kommunen vorgesehenen Namensaktien (75 Mill. DM). Die bei der Landesholding liegenden Namensaktien (150 Mill. DM) sollen wieder mit 4,50 DM bedient werden. Die Hauptversammlung findet am 5. Juli statt.

Die Gesamtabgabe des Badenwerks lag aufgrund der erwartungsgemäß deutlich niedrigeren Lieferungen im Stromverbund mit rund 16,0 (15,3) Mrd. kWh nur um 1,7 Prozent über dem Vorjahr, während die sogenannte „Stammabgabe“ im Versorgungsgebiet um 4,8 Prozent auf 13,46 Mrd. kWh stieg. Der Umsatz des Badenwerks stieg durch den höheren Stromverkauf und die Strompreiserhöhung zur Jahresmitte um 6,2 (8,9) Prozent auf 2,44 (2,30) Mrd. DM.

CHINA / Öffnung weiterer Gebiete für das Ausland

Vertrag mit Bayern geplant

dpa/VWD, Peking

Die chinesische Regierung will drei weitere Küstengebiete für ausländische Investoren öffnen. Wie ein Sprecher in Peking offiziell bekanntgab, handelt es sich um die Mündungsdelta des Yangzi und des bei Kanton ins Südchinesische Meer fließenden Perlfusses sowie einen Teil der südlichen Provinz Fujian. Als Investitionsschwerpunkte, für die unterschiedliche Steuervorteile eingeräumt werden, sind die Textil- und Maschinenindustrie sowie die Nahrungsmittelverarbeitung vorgesehen.

Wie unterdessen aus München mitgeteilt wurde, streben Bayern und die chinesische Provinz Shandong wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit an. Eine entsprechende Vereinbarung soll am Donnerstag in München unterzeichnet werden. Sie soll nach Angaben des bayerischen Wirtschaftsministeriums vor allem mittelständischen Unternehmen erleichtern, den chinesischen Markt zu erschließen, ohne den oftmals sehr schwierigen und teuren Weg über Peking nehmen zu müssen.

Der stellvertretende Direktor der für die Wirtschaftsbeziehungen verantwortlichen Regierungsbehörde, Zhang Ge, zog in Peking eine positive Bilanz der seit 1979 betriebenen wirtschaftlichen Öffnungspolitik. Nach seinen Angaben wurden in den bereits bestehenden vier Sonderzonen Shenzhen und Zhuhai in der Nachbarschaft Hongkongs und Macaos sowie in den weiter nördlich gelegenen Gebieten, Shantou und Xiamen, im vergangenen Jahr insgesamt Verträge über 1400 Projekte mit Auslandsbeteiligung mit einem Gesamtwert von 900 Mill. Dollar abgeschlossen und davon bereits 330 Mill. Dollar tatsächlich investiert.

Noch zögernde westliche Interessenten beruhigte Zhang mit der Feststellung, daß die chinesische Öffnungspolitik langfristig angelegt sei und die bestehenden Engpässe und Lücken etwa in der Infrastruktur und der Wirtschaftsgesetzgebung gezielt ausgeräumt würden. Jede ausländische Investition genießt den vollen Schutz des Staates, betonte Zhang.

Am 1. März 1985 verstarb im Alter von 87 Jahren der frühere Vorstandsvorsitzende unserer Gesellschaft, Herr

Hermann Habicht

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

In mehr als 40jähriger Tätigkeit für den Hermes - seit 1946 als Mitglied des Vorstands, von 1951 bis 1963 als dessen Vorsitzender, und anschließend bis 1966 als Mitglied des Aufsichtsrats - wirkte der Verstorbene für die Gesellschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte er entscheidenden Anteil am Wiederaufbau des Hermes. Auch international genoß er großes Ansehen.

Wir verdanken Hermann Habicht viel und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand, Gesamtbetriebsrat und alle Mitarbeiter der Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft

Hamburg, den 5. März 1985

Die Trauerfeier findet statt am 7. März 1985, um 8.45 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

Anstelle evtl. zugedachter Kranz- und Blumenspenden ist eine Spende zugunsten der v. Bodelschwinghschen Anstalten, Bethel, Postscheckkonto Hannover 1904-300, BLZ 250 100 30, im Sinne des Verstorbenen.

Nach schwerer, mit großer Geduld und stets mit Zuversicht getragener Krankheit ist ein erfülltes Leben friedlich erloschen.

Louise von Dietlein

geb. Goesmann 17. 10. 1902 26. 2. 1985

Günther von Dietlein Hildegard von Dietlein geb. Rheinländer Heinrich-Philipp von Dietlein Paul-Hendrik Kurt von Dietlein Kart von Dietlein Paul Goesmann Lisa Goesmann geb. Krüger

Die Trauerfeier findet statt am 5. März 1985 um 13.00 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbchausee.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden
Telefon: Hamburg (0 40) 3 47-43 80, oder -42 30
Berlin (0 30) 25 91-29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24
Telex: Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Wahrsagerin Virchow

beherzigt erfolgreich die große Kunst der Magie, Chirologie und Kartomanie.
Sprechzeiten Montag bis Freitag 10-19 Uhr. Terminvereinbarung ist nicht notwendig.
Tel. 0 62 02 / 1 04 24
Lesingstr. 40
8850 Schwetzingen

In der Todesanzeige Siegfried Oestreich am 2. 3. 85 muß es richtig heißen: Dr. med. Wilfried Wohlfarth mit Familie

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl



NUR FEINTESTES GOLD GILT AUF DER GANZEN WELT ALS ZEITLOS WERTVOLL.

Vor mehr als 3000 Jahren haben die alten Ägypter ihren König Tut-ench-Amun in reinstem Gold verewigt. Schon sie wußten, daß nur pures Gold von unvergänglichem Wert ist. Und das gilt auch heute noch: Wer in Gold investiert, sollte sich ebenfalls für die reinste Form entscheiden. Kanadas Maple Leaf zum Beispiel ist aus dem feinsten Gold geprägt, das Sie heute kaufen können. Es ist also keine Legierung, sondern die einzige an Bankschaltern erhältliche Goldmünze mit einer Reinheit von 999,9/1000 Feingold - garantiert von der kanadischen Regierung. Das bedeutet für Sie: Im Gegensatz zu üblichen Goldmünzen mit 22 Karat bekommen Sie beim Maple Leaf 24karätiges Gold für Ihr Geld. Außerdem erhalten Sie einen hohen Grad an Sicherheit, ihn jederzeit überall in der Welt problemlos veräußern zu können. Deshalb können sich umsichtige Kapitalanleger ruhig an den alten Ägyptern ein Beispiel nehmen. Wer Werte von Dauer schaffen will, sollte Gold in seiner höchsten Reinheit wählen. Und das sind nun mal heute die 999,9/1000 des kanadischen Maple Leaf - eine Reinheit, die durch nichts zu ersetzen ist.



MAPLE LEAF FÜR REINHEIT GIBT ES KEINEN ERSATZ

Den Maple Leaf bekommen Sie bei der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Commerzbank und bei vielen Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken.



BÖRSE DÜSSELDORF / „Rohrkrepierer“ müssen sein

Zuversicht für Aktienmarkt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Auf den ersten Blick ist die Sache nicht sonderlich ermutigend. Die Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf hat, ihrem nun veröffentlichten Jahresbericht 1984 zufolge, mit 74,5 (99,6) Milliarden DM zwar fast dreimal soviel Wertpapierumsatz erzielt wie noch anno 1980. Sie blieb damit nach Frankfurt sehr klar der zweitgrößte deutsche Börsenplatz. Aber das dabei gegenüber 1983 erzielte kleine Plus im Aktienhandel auf 33,2 (32) Milliarden DM stammte nur aus dem 5,5 (3,9) Milliarden DM Umsatz in ausländischen Aktienwerten, während „Stagnation“ für den leicht gesunkenen Umsatz in Inlandswerten nachgerade schon euphemistisch klingt.

schäften zur Eigenkapitalaufnahme über die Börse sei unverändert erfreulich groß.
Eis zur Prognose-Lust reicht das freilich auch bei Christians nicht mehr. Oh mehr als die knapp zwei Dutzend Börsen-Neulinge von 1984 in diesem Jahr den Weg zur Aktienbörse finden, wagt er nicht mehr zu prophezeien. Der „edle Wettstreit“ unter den solchen Weg begleitenden Emissionshäusern aller Sorten sei zu groß geworden, um noch Übersicht zu haben. Götterdämmerung bei den potentiellen Emittenten und bei ihrem zeichnenden Publikum jedoch sieht der Düsseldorfer Börsenvorstand auch wegen einiger verlustreicher Flops bei Neuemissionen der letzten zwei Jahre nicht.

Kelneswegs irritiert zeigt sich davon Börsenvorstands-Vizepräsident F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank). Arm in Arm mit seinem Börsenpräsidenten Alfred Freiherr von Oppenheim (Bankhaus Sal. Oppenheim) ruft er sich 1985 zum nunmehr nacheinander dritten Jahr der Aktie aus. Die Bereitschaft etablierter neuer Publikums-Aktienbesitzer...

Der eine oder andere „Rohrkrepierer“ (bislang von keiner renommierten Bank in die Kanone gesteckt) gehört nun einmal zum Plazierungs-geschäft von Risikokapital. Die Kundenschaft für solche Plazierungen liegt nun übrigens verstärkt bei deutschen Großunternehmen, die dauerhaft freie Liquidität lieber auf Wertpapieren als auf Bankkonten sehen.

JAGENBERG / Glatt über die Milliarden-Umsatzhürde

Mehr Aufträge als erwartet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Leicht über Plan hat die mehrheitlich zum Rheinmetall-Konzern gehörende Jagenberg AG, Düsseldorf, 1984 mit einem Plus von 5,9 Prozent auf 1,02 Mrd. DM Weltumsatz und nun 55 (53,4) Prozent Auslandsanteil die erste Milliarden-Schwelle ihres Geschäfts geschafft. Dies vor allem, so führt der Vorstand des von Maschinen für die Papierausrüstung und von Verpackungssystemen lebenden Unternehmens im neuen Aktionsbrief aus, dank 20prozentigem Umsatzplus bei den Auslandsstüchern und herausragenden Absatzserien auf dem ozeanischen Markt.

werde man nun auch für etliche Produktionen neues Personal einstellen (und obendrein sämtliche fertigen Lehrlinge übernehmen.
In 1984 freilich dominierte mit einem Abbau der Gruppen-Belegschaftszahl um 2,5 Prozent auf 5454 - davon noch 455 (514) im Ausland - der personalsparende Rationalisierungsgang. Nachdem 1983 der Jagenberg-Gewinn von 6,1 Mill. DM (AG) mehr als ausreichend war für die konstante Dividende von 6 DM auf damals 37,5 (jetzt 60) Mill. DM Aktienkapital, äußert sich der Vorstand zur 1984er Ertragsentwicklung sibyllinisch.

Glatter noch als beim Umsatz wurde die Milliarden-Hürde beim Auftragsingang übersprungen, der sich in der Gruppe um 19,1 Prozent auf 1,16 Mrd. DM erhöhte und den Auftragsbestand per Jahresende um 49,7 Prozent auf 413 Mill. DM steigerte. Dieser Bestand sei in mehreren Produktbereichen höher als geplant und sichere „teilweise“ die Beschäftigungsschöpfung bis in 1986 hinein. Deshalb...

Belastungen durch „temporären Zusatzaufwand“ seien entstanden mit dem begonnenen Umzug von Verwaltung und restlichen Produktionstätigkeiten aus Düsseldorf nach Neuss. Immerhin werde man dank Geschäftsbelegung für 1984 einen Jahresüberschuss ausweisen, der den eigenen (nicht definierten) Erwartungen entspreche.

KHD / Noch nirgendwo eine „grundlegende“ Marktbesse- rung in Sicht

Hohe Dividende bleibt verlässlich stabil

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Mit der Aussage, daß der 1984er Bilanzgewinn „sicher die Höhe des Vorjahres erreichen“ werde, legt der Kölner Maschinenbaukonzern Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) seinen Aktionären die Vermutung sehr nahe, daß auch der bisherige Dividenden-Spitzenatz von 8 DM beibehalten wird. Den ersten Rückblick auf 1984 würzt der Vorstand überdies mit der Prognose einer „kontinuierlichen Ergebnisentwicklung“ für 1985, also auch wohl mit Dividendenstabilität für das im Januar 1985 mit 250 Prozent Agio auf 318 (265) Mill. DM erhöhte Aktienkapital (gut die Hälfte bei Klöckner-Familiengruppe, 23 000 Streubesitzer).

„Leichten Konjunkturaufschwung“ ohne „grundlegende“ Marktbesse- rung erwartet der Vorstand auch für 1985 nicht.
Die geschickt genutzte Klaviatur von drei großen Bereichen im eigenen Haus gleicht da offensichtlich manches aus. 1984 wuchsen die Außenumsätze in der KHD-Gruppe um rund 17 (nach minus drei) Prozent auf 5,6 (4,8) Mrd. DM und beim Stammhaus KHD-AG um 22 (nach minus vier) Prozent auf 4,6 Mrd. DM mit nun 74 (63) Prozent Exportanteil. Dabei trugen zum AG-Umsatz die beiden Serienproduktbereiche „Antriebe“ (vor allem Diesel-Motoren) und „Landtechnik“ (Schwerpunkt Traktoren mit Spitzenposition bei den Inlandzulassungen) nur noch 1,6 (1,8) und 1,2 (1,3) Mrd. DM bei, dagegen der dritte Bereich „Industrieanlagen“ (fast nur Auslandsgeschäft) durch Großauftrag-Abrechnungszufälle 1,7 (0,7) Mrd. DM.

Umgekehrt wird es im AG-Umsatz 1985 aussehen: Nach bisheriger Planung ein Plus von 11 Prozent bei den Serienprodukten, ein (gleichfalls ab-rechnungsbedingter) Rückschlag auf 0,4 Mrd. DM bei Industrieanlagen und per Saldo ein um fast eine Milliarde DM geringerer Umsatz. Die Zuversicht „kontinuierlicher Ergebnisentwicklung“ stützt der Vorstand dabei offensichtlich auf Zweierlei.

Das sind einigermaßen herausragende Resultate. Denn auf den meisten KHD-Märkten herrschte 1984 Flaute: Auf dem Inlandsmarkt verursacht durch „anhaltende Probleme“ von Nutzfahrzeugindustrie und Bauwirtschaft sowie mageren Investitionen der Landwirte; auf Auslandsmärkten durch Finanzklemmen von Opec-Staaten wie von Schweden und Entwicklungsländern. Mehr als...

Erstens auf weitere Rationalisierungs- und Produktivitätsfortschritte, die auch für 1984 unter anderem mit weiterem Rückgang der AG-Belegschaftszahl auf nun noch 20 271 (21 141) - dazu konstant 1269 Lehr-linge - demonstriert werden. Zweitens auf Fortschritte in Produktentwicklung und Programmweiterung - letzteres um auch mit praktisch perfektem Erwerb der Motorenwerke Mannheim AG (500 Mill. DM Umsatz) demonstriert, der KHD-Marktposition bei wassergekühlten Motoren entscheidend stärken soll.

Weder für das Mannheimer Engagement noch für den anlaufenden Kraftakt von circa 1 Mrd. DM Investitionen in das eigene Motorengeschäft (Produktinnovation), so ist in Köln zu hören, brauche man das aus Iveco-Anteilsverkauf entstandene und nun auf 0,8 Mrd. DM zu schätzende „Sparschwein“ in Holland zu schlachten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag aus China

Hamburg (VWD) - Die N. V. Philips' Gloeilampen-Fabriken, Eindhoven, haben aus der VR China erneut einen Großauftrag über Laserservision-Geräte erhalten, der alle bisher üblichen Dimensionen übersteigt. Der soeben unterschriebene Vertrag mit der Stadt Shenshen umfaßt bei einem Wert von insgesamt 375 Mill. Gulden die Lieferung von 20 000 fertigen Laserservision-Geräten, von 200 000 Bauteilen und von Fertigungs- und Montageeinrichtungen, auf die allein ein Wert von 57 Mill. Gulden entfällt. Der Gesamtauftrag soll bis 1987 abgewickelt werden.

mens bei Abschwächung in beiden Bereichen mit einem weiteren Umsatzrückgang gerechnet. Die Bilanz 1984 wird nach Angaben der Geschäftsführung voraussichtlich mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschließen. Der Verlustvortrag von 38,8 Mill. DM geht auf neue Rechnung. Die Ertragsseite sei 1984 durch den Umsatzrückgang und Preisverfall in beiden Sparten belastet worden.

Keine Belegung erwartet

Saarbrücken (VWD) - Die Halbergerhütte GmbH, Saarbrücken-Brebach, Hersteller von Rohr- und Maschinenguß, erreichte 1984 mit einem Umsatz von rund 505 (510,5) Mill. DM nicht ganz den Vorjahreswert. Im laufenden Jahr wird nach Angaben der Geschäftsführung des zum staatlichen französischen Mischkonzern Saint-Gobain gehörenden Unterneh-

Herold gibt Tochter ab

Bonn (dpa/VWD) - Die Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG, Bonn, hat sich von ihrer nun acht Jahren alten verlustreichen Tochter Herold Rückversicherungs-AG, Bonn, getrennt. Bereits Ende 1984 waren 100 Prozent des Aktienkapitals der Herold Rück von der Tillmann & Co. KG, Bonn, erworben worden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung beider Gesellschaften. Für das Aktienkapital im Nominalwert von 1 Mill. DM wurden 2,4 Mill. DM gezahlt. Zwischenzeitlich sei die Herold Rück auf die Tillmann & Co. übergegangen.

Guter Lastwagenabsatz

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Volvo Deutschland GmbH, Dietzenbach, meldet für 1984 eine Umsatzsteigerung auf rund 510 (480) Mill. DM. Als erfolgreich wird vor allem der Lkw-Absatz bezeichnet, der sich am deutschen Markt auf 939 (619) Fahrzeuge erhöht habe. Dabei stieg der Marktanteil bei Schwerlastwagen ab 16 Tonnen auf 3,2 (2,2) Prozent und bei schweren Sattelzugmaschinen sogar auf 6,7 (4,4) Prozent. Am deutschen Pkw-Markt stieg der Volvo-Absatz nur geringfügig auf 15 335 (15 261) Fahrzeuge. Das entspricht einem gegenüber dem Vorjahr kaum veränderten Zulassungsanteil von 0,64 Prozent.

DAMENOVERBEKLEIDUNGS-INDUSTRIE

Inlandsmarkt aufnahmefähig

HARALD POSNY, Düsseldorf
Entgegen manchen Darstellungen, die im alleinigen Export der deutschen Damenoberbekleidungs-Industrie ein dauerhaftes Wachstumselement sehen, gilt auch der Inlandsmarkt für die Branche als aufnahmefähig. Anlässlich der bevorstehenden 144. Igedo-Internationale Modemesse in Düsseldorf (10. bis 13. März) stellte die Geschäftsführerin des DOB-Verbandes, Hildegard Panck, heraus, daß die DOB-Inlandsverfügbarkeit seit 1980 nur bei Hosen und Kostümen zugenommen hat, dagegen bei allen anderen Artikeln zurückgegangen ist.

ten. Dazu gehöre auch, daß die DOB-Unternehmer die fortschreitende Differenzierung der Ordnungsrunden nutzen. Jede Saison müsse sich heute, um erfolgreich zu sein, in drei bis vier Orderprogrammen gliedern, die zeitlich den DOB-Messen folgen und thematisch in sich geschlossen seien.
Im letzten Jahr ist die Branche mit einem Umsatzplus von 8,1 (real 5,4) Prozent auf fast 10,9 Mrd. DM gut über die Runden gekommen. Der Zuwachs lag weit über dem Durchschnitt der Bekleidungsindustrie. Zwar verringerte sich die Zahl der DOB-Betriebe von 1349 auf 1311, doch verzeichneten die Beschäftigten erstmals seit vielen Jahren wieder ein (wenn auch schmales) Plus von 0,8 Prozent auf 99 000.

Die erhebliche Abnahme bei Blusen (88,1 nach 110 Mill. Stück) ist dabei zum einen auf den Rückgang der Mengeneinfuhren um 20 Prozent und andererseits auf eine Steigerung der Ausfuhr um 56 Prozent zurückzuführen. Bei den Hosen beruht der Anstieg von 42 auf 71,4 Mill. Stück in erster Linie auf einer Verdoppelung der Einfuhren seit 1980.

Nicht ganz so positiv sah es in der Produktion aus: Hosen erwiesen sich mit 11 Prozent Zuwachs auf 30,4 Mill. Stück als „der große Gewinner“, die anderen Artikelgruppen legten nur wenig zu oder hatten wie Röcke ein Minus von 7 Prozent auf 31,6 Mill. Stück. Dies muß jedoch, so Frau Panck, vor dem Hintergrund gestiegener Auslandsfertigung (passive Lohnveredelung) gesehen werden.

Statistisch gesehen bedeutet dies, daß jede der 24,5 Millionen Frauen im letzten Jahr 3,6 Blusen, etwa 2,6 Kleider und 1,7 Röcke, gut 2,9 Hosen und 0,4 Kostüme sowie 0,8 Mäntel gekauft haben. Hildegard Panck: „Man darf nicht unberührt in die Klagegesänge einstimmen, der inländische Markt sei schon seit längerer Zeit gesättigt.“

Der Export glänzte mit einem Plus von 23,4 Prozent auf 3,4 Mrd. DM, dagegen wuchs der Import um 25,3 Prozent auf rund 5,6 Mrd. DM. Dabei hatten die Importe aus südostasiatischen Niedriglohnländern mit 1,5 Mrd. DM ein außergewöhnlich hohes Plus von annähernd 29 Prozent.

Vielmehr müsse die Branche im Export wie auf dem heimischen Markt zu einer Reihe von zusätzlichen Strategien im Marketing antre-

KONKURSE

- Konkurs eröffnet: Aachen: Kurt Bauer, Kaufmann; Schmuck: Urban Kuschel, Edelgoldschmied; Kollscheid; Bamberg: WG Autohandels- u. Autoservice GmbH i. L., Ebrach; Buxtehude: KG Treu-Bau Bauträger GmbH u. Co.; Treu-Bau Bauträger GmbH u. Co. Sapekule KG; Duisburg: Navel GmbH; Eschwege: Bärbel Hendrich geb. Bäcker, Kauffrau, Herleshausen; Frankfurt/M.: Nachl. d. Wilhelm Schweinhardt Holzbaumeister, Hattenheim; Gießen: Claudia Stien geb. Mrozek, Techn. Assistentin, Meine OT Grassel; Hannover: Pressebüro Nord-West Funk-TV-Produktion GmbH; Roland A. Exner, Kaufmann u. Kunsthändler; Heilbronn: GfV Ges. f. Fibertbau u. Verfahrenstechnik GmbH, Obersulm-Af-faltrach; Mainz: Jouaux, Bau-Ges. mbH, Ingelheim; Neuss: Supra-Bau GmbH i. L.; Pirmasens: Nachl. d. Alexander Max Hildebrandt, Wedel; Reck-Baghausens Möbel Markt GmbH; Westfalia-Möbel-Großhandel GmbH; Rhein-Ruhr-Möbel-GmbH; Westfalia Möbel Handelsges. mbH & Co.; Westfalia Möbel Handels- u. Verwaltungs-GmbH; Heinrich Stork, Kaufmann; Westhofen: Maria Pastorella, Hausfrau; Nachl. d. Eberhard Gau, Unternehmensberater; Schwäbisch Gmünd: I. Hoch- u. Tiefbau Barth GmbH, 2 Georg Barth GmbH & Co. KG; Waldbrunn: Ralf Szarula, Kaufmann, Morsbach; Bernd Barbhan Bau GmbH, Nümbrecht-Berthold; Wiesbaden: RUSH Rajneesh Unternehmensförderung f. Service- u. Handelsbetriebe GmbH; Nachl. d. Heinz Glotter Mehlholz, Kaufmann, Biechich; Wuppertal: Molitor GmbH Spedition-Lagerung, Erkrath 1.
Anschluß-Konkurs eröffnet: Montabaur: Edwin Burkert, Hintermühlen.
Vergleich eröffnet: Saarlosen: Seilwert Bauzentrum GmbH.
Vergleich beantragt: Heilbronn: BEWEKA Wimpfener Kraftfutterwerk GmbH; Bad Wimpfener, Max-Oberstein; Rolf Reichardt Bauemont-Handel (Holzhandel); Lübeck: Trave Verwaltungsges. f. Vermögensanlagen mbH.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt. Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz.



Nutzen Sie die Gunst der Stunde. Die Erfolge der Wirtschaft starten durch. Starten Sie mit! Mit unternehmerischem Mut. Und mit neuen Konzepten: Mietfinanzieren Sie Ihre Investitionen. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.
mietfinanz heißt Know-how. In Investitionsfinanzierung und vielen anderen. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.
mietfinanz bietet dabei Vorteile, die Ihnen gerade jetzt Pluspunkte im Wettbewerb verschaffen: solide Kalkulation, über die gesamte Laufzeit fest vereinbarte Mietraten, überschaubare Risiken, maßgeschneiderte Anpassung an Ihre individuellen Bedürfnisse.
mietfinanz. Ihrer Erfahrung, ihrem Wissen und ihrer Flexibilität vertrauen viele in der Wirtschaft. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist Ihr Vorteil. mietfinanz. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner. mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755







Table of interest rates and yields for various bonds, including Bundesanleihen, Bundesbahn, and international bonds.

Table titled 'Renten leicht schwankend' showing interest rates for various types of annuities (Renten) and other financial instruments.

Table titled 'Wandelanleihen' and 'DM-Auslandsanleihen' listing various convertible bonds and international DM-denominated securities.

Table titled 'Ausländische Aktien in DM' listing various foreign stocks and their prices in Deutsche Marks.

Table titled 'Warenpreise - Termine' showing commodity prices and delivery terms for various goods.

Table titled 'Wolle, Fasern, Kautschuk' listing prices for wool, fibers, and rubber.

Table titled 'Zinn-Preis Penang' and 'Deutsche Au-Gübergerungen' listing tin prices and German export statistics.

Table titled 'New Yorker Metallbörsen' and 'Londoner Metallbörsen' listing metal prices from the New York and London markets.

Advertisement for 'MK Worten unterwegs' featuring a portrait of a woman and text about a writers' association.

Advertisement for 'DIE WELT' newspaper, including contact information and subscription details.

Advertisement for 'Bereiten Sie sich auf das Schlimmste vor' by Dr. Paul C. Martin, discussing market risks and investment strategies.



Porträt Patrick Macnee
Nie länger als drei Wochen arbeitslos

Patrick Macnee ist ein Schauspieler, der seinem Doppelgänger für lange Zeit nicht entkommen kann. Egal, in welchem Erdteil er ankommt: Wenn's der Zufall will, ist der andere Macnee schon da, der mit Schirm, Charme und Melone bekannter wurde als John Steed.



Der Inbegriff des englischen Gentleman: Patrick Macnee

Patrick Macnee ist ein Schauspieler, der seinem Doppelgänger für lange Zeit nicht entkommen kann. Egal, in welchem Erdteil er ankommt: Wenn's der Zufall will, ist der andere Macnee schon da, der mit Schirm, Charme und Melone bekannter wurde als John Steed.

Mit Schirm, Charme und Melone - SAT 1, 20.30 Uhr

hat wie Patrick Macnee. Er gestand: 'Ich habe erst viel später begriffen, was für ein ungewöhnlicher Knüller 'The Avengers' eigentlich war.'

In den ersten beiden 'Avengers'-Jahren rüstete John Steed noch allein unter den Ganoven und Agenten auf. Ohne weibliche Hilfe hätte er kaum so lange überlebt.

Doch die Folgen mit der unvergleichlichen Diana Rigg als Emma Peel stehen am höchsten im Kurs. Die beiden sind auch privat gute Freunde geworden.

mit seinen 63 Jahren beim Fernsehen durchschlägt, wie in diesen Tagen in London für die neue amerikanische Fernsehshow 'Lloyds of London', in der Robert Wagner sein Ko-Star ist.

Macnee ist trotz der Berühmtheit seines Gesichts nicht zu Reichtum gelangt. Vor der Kamera ist er die Selbstsicherheit in Person, wie sie nur annerzogen werden kann - durch Eton, aber auch durch seine Zeit als Kommandant eines Torpedoboots im Krieg.

Macnee verlegte 1962 Wohnsitz und Arbeitsplatz nach Kalifornien. Nach zehn Jahren Einsamkeit stürzte er sich in eine zweite Ehe mit der Schauspielerin Catherine Woodville; zwei Wochen später brannte sie mit einem anderen durch.

Zurückblickend meinte er: 'Das Leben hat es mir nicht leicht gemacht. Aber ich bin in 40 Jahren nie länger als drei Wochen arbeitslos gewesen.'

SIEGFRIED HELM

KRITIK
Brotgeber und Blutsauger

Wer zum 150. Geburtstag der Eisenbahn Girlanden und nostalgische Vermiedlungen erwartet hatte, wurde schon in der ersten Folge eines anderen belehrt.

Held dieser Eisenbahnsaga war denn auch ein arbeitsloser Eisenbahner: Horst Kumpel und Gegenpartner Arthur Brauss.

Weise war's dennoch die Eisenbahn: Brotgeber, Gespenst, Nothelfer und Blutsauger in einem. Ein Ding, das Menschen ansaugt, das - hier ist der historische Kernpunkt zu erkennen - Menschenballungen auf engstem Raum erzog, wie es später Massen beförderte.

Dieser Gesichtspunkt drängt sich bei Betrachtung der langen (aber nicht langweiligen) Bilderzählung auf, bleibt auch trotz der erregenden Einzelschicksale beherrschend und auch dann sinnvoll, wenn die Bilderbogenszählung in der letzten Folge, wo durch die rebellierenden Arbeitermassen das Drehbuch bleich und papiert wird.

STUDIO

'Auf Altenprobleme sind Ältere gar nicht so wild', verkündete Eva-Maria Bosch von der Pädagogischen Hochschule Freiburg anlässlich der Vergabe des Wilhelmine-Lübke-Preises 1984 für sechs Fernsehserien.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe verurteilt gestern in Köln zwölf Autoren und Regisseure, die die Probleme des Alters und Alters auf besonders qualifizierte Weise behandeln.

Rudolf Blank, Horst Danker und Bernd Wiegmann für ihre Sendung 'Almosen für die Alten' (ZDF), 4000 Mark gingen an Barbara Bötger und Christel Fromm für ihren Film 'Und dann hab' ich alte Frau mich noch mal verliebt'.

Vom 1. April an wird das ARD-Nachkonzert, das im Gegensatz zum ebenfalls allnächtlich ausgestrahlten 'ARD-Nachprogramm' ausschließlich klassische Musik bietet, um zwei Stunden verlängert.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Terror auf Timor

'Ein 'Kuba in Asien' will Indonesien mit allen Mitteln verhindern', WELT vom 16. Februar

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp, 'Christian Solidarity International' (CSI) ist eine ökumenische Aktion für Glaubensfreiheit, die sich für verfolgte Christen in Ost und West einsetzt.

Ihr Artikel enthält einige Behauptungen, die einer eingehenden Prüfung nicht standhalten: So wirkt es absurd, wenn von einem Volk das bereits im 16. Jahrhundert von portugiesischen Dominikanern missioniert wurde.

Was die Informationsquellen anbetrifft, die über Ost-Timor zur Verfügung stehen, so handelt es sich bei nicht um angebliche fliegende Botschafter der FREITLILN, sondern die katholische Kirche im Lande selbst.

Wie diese Aussage zu bewerten ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß Seine Heiligkeit Papst Johannes Paul II. am 24. Juli 1984 gegenüber dem indonesischen Botschafter beim Heiligen Stuhl ausdrücklich darauf hinwies, die ethnischen, religiösen und kulturellen Rechte des osttimoresischen Volkes müßten geachtet werden.

Und am 15. Februar 1985 veröffentlichte die Kommission 'Justitia et Pax' der Schweizerischen Katholischen Bischofskonferenz eine Erklärung, in der sie sich zutiefst beunruhigt zeigt über die Bevölkerungspolitik der indonesischen Besatzungsmacht in Osttimor.

timor, welches sich in seiner ganzen Kultur - bezüglich Sprache, Religion, Geistesleben usw. - wesentlich von Indonesien unterscheidet. Daß nicht nur die katholische Kirche über die Vorgänge in Ost-Timor zutiefst besorgt ist, geht auch aus einem Brief hervor, den 123 Abgeordnete des US-amerikanischen Kongresses an George Shultz richteten und ihn darin aufforderten, bei seinem Besuch in Jakarta die völkerrechtswidrige Situation auf Ost-Timor anzusprechen.

Angesichts dieser Fakten wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie diesen Brief in der WELT veröffentlichen würden - und sei es nur, um das demokratische Prinzip 'Audiatur et altera pars' zu wahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung Dr. Albert von Brunn, CHRISTIAN SOLIDARITY INTERNATIONAL (CSI), Zürich

Da die WELT in der Vergangenheit immer wieder die völkermordartigen Verbrechen in Afghanistan und Äthiopien angeprangert hat, haben wir mit großer Verwunderung den oben genannten Bericht über einen ähnlichen Kriegsschauplatz zur Kenntnis genommen.

Schon die Quellen des Artikels sprechen für sich: Durchsichtige Propaganda des indonesischen Geheimdienstes BAKIN wird als Meldung zitiert, obwohl der BAKIN kaum mehr Glaubwürdigkeit besitzt als das KGB zu Afghanistan. Die Behauptung des BAKIN, es handle sich bei den Berichten über den indonesischen Völkermord um sowjetische Desinformationspolitik, ist angesichts des Verhaltens der Ostblockländer absurd.

Diejenigen, die den Völkermord der Indonésier anprangern, sind des Kommunismus so unverdächtige Personen wie Papst Johannes Paul II., der republikanische Senator und politische Freund Ronald Reagans, Dave Durnberger aus Minnesota, der liberale australische Abgeordnete Mi-

chael Hodgman - nach eigenem Bekenntnis ein standhafter Antikommunist - sowie die von Christel Pilz geleitete Kirche von Osttimor.

Eine weitere Feinlichkeit: Als 'unabhängige Quelle' für die 'Grausamkeit der FREITLILN' nennt Christel Pilz den von Indonesien eingesetzten osttimoresischen Vizegouverneur.

Klemens Ludwig, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen

Restauratoren

Leserbrief: Hobes Nivwan', WELT vom 16. Februar

Auch wenn der leitende Ministerialrat im Bayerischen Kultusministerium, Herr Dr. Obermeier, nur zum zweiten Mal behauptet, das 'bayerische Modell' entsprechen den Vorstellungen der Fachverbände mit Ausnahme der Fachhochschule, so wird diese Behauptung durch Wiederholung doch nicht wahrer.

Richtig ist vielmehr folgendes: In keinem Punkt entspricht das bayerische Modell dem Konzept der Restauratorenverbände. Das Kultusministerium war bis heute nicht in der Lage, ein eigenes Konzept den Fachleuten vorzulegen.

Eine Fachakademie unterscheidet sich vom Niveau her erheblich von einer Hochschule oder Akademie. Zwischen beiden gibt es absolut keine Gemeinsamkeit.

Wort des Tages

'Auch die bittersten Worte, die Menschen einander sagen, wirken selten so entzweihend wie die ungesprochenen, die der eine vom anderen vergeblich erwartet.'

ner sechsjährigen Ausbildung spricht, dann verschweigt er, daß es sich bei drei Jahren (nämlich die Handwerksausbildung) um eine völlig berufsfremde Ausbildung handelt.

Einseitigkeit

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp, Sie können mir abnehmen, daß ich politisch mit dem Oppositionsführer Herrn Hans-Jochen Vogel nichts zu tun habe.

Ich selbst halte mich für einen kleinen Experten des amerikanischen Bürgerkriegs und kann das, was Herr Vogel in Ihrer Zeitung geschrieben hat, nur unterstreichen.

Meiner Erinnerung nach hatte die WELT schon vor zwei oder drei Jahren einen ganz ähnlichen Beitrag eines anderen Historikers gebracht.

Grund zum Lesen

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenröde, sehr geehrter Herr Dr. Kremp, seit vielen Jahren gehöre ich zum Leserkreis der Tageszeitung DIE WELT.

Auch die Veröffentlichung verschiedener Ereignisse in der Evangelischen Kirche ist für mich ein Grund, die WELT-Lektüre anderen überregionalen Tageszeitungen vorzuziehen.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 Uhr im Tal der Löwen
11.55 Tagesschau
15.15 Tagesschau
15.25 Weckpunkte
16.10 Spieß am Dienstag
17.05 ARD-Sport extra - aus Tokio
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
21.00 Passorama
21.45 Magma
22.30 Tagesschau
23.00 Kulturzeit

- 12.10 Am Anfang war die Frau die Sa...
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
14.00 heute
14.04 Filmwond
14.20 Piff
14.20 heute / Aus den Ländern
17.15 Eine Klasse für sich
17.30 Teil: Der Junge mit Hut
18.20 Mein Name ist Nasai
19.00 heute
19.30 Im Schatten von gestern
21.15 WPSO
22.05 S nach 10
23.00 Kulturzeit

WEST

- 19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Anstandsreporter
20.45 Bildzeitung
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Drei vor Mitternacht
22.30 Kulturzeit
22.45 Offerte
23.00 Der Sternhimmel im März
23.15 Per Anhalter durch die Galaxis (5)
23.45 Nachrichten

NORD

- 20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Der Spion (4)
22.00 Kulturzeit
22.45 Offerte
23.00 Der Sternhimmel im März
23.15 Per Anhalter durch die Galaxis (5)
23.45 Nachrichten

HESSEN

- 19.05 Formel Eins
20.00 Teletext: Joghdtrevier
21.35 Drei aktuell
21.50 Kultur - aktuell in Hessen
22.35 Leipzig, Pilsnastische 17
Der Molier Amok Rink
23.30 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

- 19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Heute in Pfalzberndorf
20.45 Bildzeitung
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Drei vor Mitternacht
22.30 Kulturzeit
22.45 Offerte
23.00 Der Sternhimmel im März
23.15 Per Anhalter durch die Galaxis (5)
23.45 Nachrichten

BAYERN

- 19.00 Flock Gordon
19.15 Tonelli
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Bildzeitung
21.45 Werbeschau
22.30 Z. E. N.
22.35 Der Sportkomet
23.20 III Sport aktuell
0.00 Rückwahl

SAT 1

- 13.30 Solid Gold (amerikanische Hip-Hop)
14.00 Die Wölfe
15.00 Das alte Haus
15.00 In den River
15.00 Charlie und der Doktor
15.30 Musikbox
16.05 Kom Kom
16.05 Die Geschichte von der Schneefalle
17.00 Die Leute von der Salish Beach
17.00 Der Goldkittig
18.00 Hopples Lucy
18.30 Der neue Job
18.30 oder Regionalprogramm
19.00 heute
19.30 Nachrichten und Quiz
19.30 Gegenpläne
19.30 Amerikanischer Spielfilm (1952)
19.30 Mit Gary Cooper u.
19.30 Regie: André de Toth
19.30 Amerika zur Zeit des Bürgerkriegs.
19.30 Zum Schein wird ein Major der Nordstaaten unehrenhaft aus der Armee entlassen, um Subotageakte der Südstaatler aufzudecken.
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
20.30 Duplikate gefällig?
20.30 In einer entlegenen Gegend nennt ein Autofahrer ein hochgewachsenes Mann ins Fahrzeug, im Krankenhaus stellt man seinen Tod fest; doch Minuten später ist er von der Behörde verschwinden. Der Autofahrer wird dann beim Weiterfahren der Schlag, dem der gleiche Mann nennt wieder in seinen Wagen...
21.30 APF Blick:
Aktuell
Rundblick
Sport und Wetter
22.15 Teil erleben es die alten Germanen
Teil-deutscher Spielfilm (1972)
Mit Senta Berger u. a.
23.55 APF Blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

- 18.00 Obay
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Leopold Trepper
Der Mann, den Stalin 'Otto' nannte
Film von Jochen v. Long
Der bedeutendste Spion Moskaus auf dem westeuropäischen Kriegsschauplatz ist zu einer lebendigen Legende geworden. Im Jahre 1975 erzählte er in dem Film sein Leben.
20.30 Familie Meier
von Jörg Mauthe
12. 'G'schäft'n von der'
Der Ausbau von Claudia zukünftige Behausung geht nicht so recht voran, es fehlt an Geld und Fachleuten. Da hat Schorsch eine blende Idee, die nicht nur seinem eigenen mongeligen Arbeitssektor entgegenkommt, sondern auch die große Wende bringt.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Für seine besonderen Verdienste um die deutschen Orchester wird der Komponist und Intendant der Hamburgischen Staatsoper, Rolf Liebermann, mit dem Hermann-Voss-Kulturpreis 1985 ausgezeichnet.

EHRUNG

Der Heidelberger Professor Viktor Pöschl ist als korrespondierendes ausländisches Mitglied in die Académie des Inscriptions et Belles Lettres in Paris gewählt worden.

UNIVERSITÄT

Der Leiter der Klinik für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie am Krankenhaus Nordstadt in Hannover, Professor Dr. Leo Gotz, ist auf die neu geschaffene C 4-Professur für Extremitäten- und Wiederherstellungs-(Unfall-)Chirurgie am Neuen Klinikum der Universität Marburg berufen worden.

VERANSTALTUNG

Bayerische Mode, zusammengestellt vom Deutschen Mode-Institut München in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband des Bekleidungs- und Textilhandwerks München, ließ Staatsminister Peter Schmidhuber in der bayerischen Landesvertretung in Bonn vorführen.

WAHL

Die Vertreterversammlung der Kassenzentralen Bundesvereinigungen (KBV) hat in Köln Professor Dr. Siegfried Häußler aus Altenbach bei Esslingen für vier Jahre zu ihrem neuen ersten Vorsitzenden gewählt.

Häußler löst in diesem Amt Dr. Hans Mensebach ab, der 16 Jahre lang an der Spitze der Kassenzentralen stand und sich nicht mehr zur Wiederwahl stellte.

Musealklinik war bereits im Dezember 1984 zum Ehrenvorsitzenden der KBV, dem Dachverband von 18 kassenärztlichen Landesvereinigungen, gewählt worden.

Die Kassenzentralen des Berufsärztlichen Honorarverbands mit den Krankenkassen ausbühenden, Professor Häußler ist 68 Jahre alt und seit 1957 Vorsitzender der Kassenzentralen des Berufsärztlichen Verbandes Nord-Württemberg.

Zum zweiten Vorsitzenden wählte die Vertreterversammlung der KBV Dr. Rolf Tabe, Hals-, Nasen-, Ohrenarzt aus Düsseldorf.



### Breitseite aufs Maul

Hört man sich unsere Politiker an, so möchte man fast meinen, sie seien alle miteinander grüne Schlachtenlenker oder zumindest heimliche Sergeanten. Sie sprechen, als wäre um den langen Eugen herum ein grauschiller Krieg ausgebrochen mit Bomben und Granaten. Da werden „Breitseiten abgefeuert“, aber das Linienschiff ist kein Linienschiff, sondern besteht aus ein, zwei Reden vor dem erweiterten Fraktionsvorstand.

Die Fraktion indes, auf Frontalameradach, eingeschlossen, „hört wieder Trill“, wobei sie auch nicht vergißt, den „Schulterstoß“ zu halten. Denn dem Anführer war es gelungen, den „Frontalangriff“ in einen „Nebenkriegsschauplatz“ zu verwandeln.

So mußte der Gegner „auf Tauchstation“ gehen wie ein U-Boot alter Art, geriet aber immer wieder „unter Beschuß“, denn der Gegner hatte sich auf den Fraktionsflügel „eingeschossen“, da half wohl auch nicht der Versuch des Parteifreundes Soundso, die Fraktion „auf Trab zu bringen“.

Um der sogenannten Ausgewogenheit willen sei indes vermerkt, daß auch wir Beobachter der Bonner Bühne gelegentlich die innere Korporalritze sehen lassen, die wir bei den Politikern so sehr bemerken. Sagte doch neulich einer, die Nachricht vom Rücktritt des Präsidenten Soundso habe in Bonn eingeschlagen wie eine Bombe. Dieser malabre, nichtsdestoweniger sehr übliche Vergleich ist natürlich über alle alle Kasernenhöfen der links- und rechtsrheinischen Regenten.

Vorschlag zur Güte: Wenn es denn den öffentlichen Sprechern und Schreibern so schwerfällt, ihrem begrenzten Sprachschatz ein paar zivile Metaphern zu flocken, sollten sie ganz auf Bilder verzichten und sich zum Beispiel auf den alten Herrn Luther besinnen, der ja seine Freunde nicht „auf Vordermann“ zu bringen suchte, sondern schlicht zur Eintracht mahnte.

### Neuer Film von S. Donen

## Midlife Crisis unter dem Zuckerhut

Stanley Donen ist der Mann mit den zwei Karrieren. Erst hat er zusammen mit Gene Kelly das Hollywood-Musical revolutioniert, dann wandte er sich ab 1958 der geistvollen Komödie zu: An Filme wie „Indiscret“, „Charade“, „Arabesque“ oder „Moochie Moochie“ denkt man heute noch gern zurück. Mit „Schuld daran ist Rio“ ist ihm nun wieder ein voller Wurf gelungen. Es ist, wenn man so will, eine Gesellschaftskomödie.

Frellich eine ganz eigene Art, Schauplatz ist Rio de Janeiro, der Titel sagt es. Aber es ist eigentlich eine Traumstadt, aus der die raube Wirklichkeit von Armut und Verbrechen ausblendet wird. Es bleiben Samba und Copacabana, Liebe und überquellende Lebensfreude. Vielleicht kein Zufall, daß Donen die einzige Brasilianerin, die mit dem (eigentlich internationalen) Helden in Beziehung kommt, in wortlosem Protest verharren läßt: Das ist nicht ihre Welt.

Nur soll das kein Grund sein, sich mit saueröpfischer Miene an diesen Film heranzumachen. Er ist mit dem Boulevardtheater verwandt, das sich nun einmal seine eigenen Welten schaffen darf. Da zählt nur, wie es gemacht wird, und wenn es gut war, bleiben am Ende doch ein paar Stiche in die Seele übrig. Wie hier, wo es um die Midlife Crisis von Matthew geht, einem wohlstüttigen Mittvierziger.

Michael Caine spielt ihn, und er gibt die Rolle als jene Zwischenstufe, die sie verlangt. Er ist zusammen mit seinem Freund Victor (Joseph Bologna) und den beiden jeweiligen Töchtern, properen End-Teenagern, zum Urlaub nach Rio gekommen, wo man die Beziehungsprobleme mit dem jeweiligen Angetrauten vergessen will. Dummerweise wird da alles nur noch schlimmer: weil Matthew Victors Tochter zum Opfer fällt, dieser zwar von der Affäre erfährt, nicht aber den Namen des „Verführers“. Und den soll nun ausgerechnet Matthew herausfinden.

Es ist schon ein rundes Vergnügen, Caine in seinen Nöten zuzusehen: Wie ein eigentlich ängstlicher und vorsichtiger Bürger in einen Wirbelsturm der Gefühle hineingerät, wie er sich dagegen zu wehren versucht, wie er sich wider besseres Wissen fallen läßt und auf ein Happy-End zu hoffen beginnt, von dem er genau weiß, daß es nicht kommen kann. Am Ende ist er eben der Gelackmeierte. Mit der zweiten Jugend ist es so eine Sache.

Donen verknüpft sich auch die Wendung, daß der krisengeplagte Mann, nun in den Hafen der Ehe zurückkehrt, aus der Affäre etwas gelernt hätte. Nein, die Menschen sind unlehrbar. Insofern ist also selbst das Boulevardrealistik geworden. Eine unromantische moralische Geschichte, Oder umgekehrt. SVEN HANSEN

### Epitaph auf die Amani-Oberrealschule in Kabul

## Viele Schüler sind nun im Untergrund

Die deutsche Amani-Oberrealschule in Kabul, seit 1924 Ausbildungsstätte von Generationen afghanischer Techniker, Beamter, Wissenschaftler und Politiker und eine der traditions- und erfolgreichsten deutschen Auslandsschulen überhaupt, wurde jetzt ein Opfer der Sowjetisierung Afghanistans. Die Machthaber des besetzten Landes teilten dem deutschen Geschäftsträger mit, das entwicklungspolitische Ziel der Zusammenarbeit im pädagogischen Bereich sei erreicht und die neun deutschen Lehrer mit Beginn des neuen Schuljahres im März nicht mehr erwünscht.

Noch im Januar 1985 hatte Babrak Karmal, vor 40 Jahren selber Absolvent der Amani-Schule und heute Chef des sogenannten Revolutionsregimes in Kabul, versichert, den Afghanen sei an einem Fortbestand engere kulturelle Beziehungen zur Bundesrepublik gelegen und niemand denke daran, die Existenz der Amani-Schule in Frage zu stellen. Aber die Schule war eben nicht nur ein Zeichen deutscher Kulturpräsenz in Afghanistan, sie war wohl auch ein Symbol für das Unabhängigkeitsstreben des Landes geworden.

Die Schule verdankte ihr Entstehen den Zielsetzungen des reformfreudigen Königs Amanullah in den zwanziger Jahren. 1919 hatte Afghanistan im dritten Krieg gegen die Briten seine Unabhängigkeit erstritten. Selbstbewußt und erstarkt machte es sich auf, die jahrhundertalte Isolation zu durchbrechen und den Anschluß an die kulturellen und technischen Entwicklungen im Ausland herzustellen.

Minister Muhammad Wali Khan wurde 1921 mit einem umfangreichen Katalog afghanischer Wünsche nach Berlin entsandt. Amanullah bat, Schüler und Studenten an deutschen Schulen und Universitäten zuzulassen, gleichzeitig lud er deutsche Berater, Wissenschaftler, Techniker, Verwaltungsfachleute und Lehrer in sein Land ein. Sein größter Wunsch aber war die Einrichtung einer deutschen Schule in Kabul.

Der Wunsch ging drei Jahre später in Erfüllung: 1923 hat ein Hindu-Kollege bereits eine französische Schule den Lehrbetrieb aufgenommen. Von Beginn an war der Zustrom junger Afghanen groß. Deutsch überfüllte in wenigen Jahren Englisch als wichtigste Fremdsprache.

Die Hinwendung zu Europa gehörte zum Kalkül von Amanullah. Sein Nachfolger Zahir Schah hielt Amanullahs Überlegungen für richtig: den Einfluß von Afghanistans mächtigen Nachbarn Sowjetunion und Britisch-Indien durch eine Öffnung gegenüber Europa auszubalancieren. 1938 machte ein Mann an der Schule Abitur, der später Ministerpräsident des Landes und Botschafter in Bonn werden sollte: Mohammed Yussuf erinnert sich gern und dankbar daran, was deutsche Lehrer ihm damals vermittelten.

### Duisburg: Ein Gastspiel des Bolschoi-Balletts

## Vom goldenen Fußball

Blick zurück im Zorn. Den Mißerfolg seiner Ballette hat Dmitri Schostakowitsch nie verwinden können. Voller Bitterkeit erinnert er sich immer wieder seiner Stücke wie „Das goldene Zeitalter“, „Der Bolzen“ oder „Der helle Bach“, die nach wenigen Aufführungen in den 30er Jahren wieder von den Spielplänen der sowjetischen Theater verschwanden. Er konnte nicht begreifen, warum sie seinerzeit so „schrecklich durchgefallen“ sind, und zog seine Konsequenzen: Zeit seines Lebens verhinderte er jeden Versuch, seine Ballette wieder zu beleben. Bis auf ein paar Suiten finden sich keine Spuren mehr von seinen früheren Stücken.

Juri Grigorowitsch, als Ballettchef des Moskauer Bolschoi-Theaters selbst Teil einer Tradition, die es weiterentwickeln gilt, hat die Nachlässigkeit in Sachen Schostakowitsch nie ganz verstehen können. Warum ausgerechnet diese sträfliche Mißachtung eines Meisterwerks, das die romantische Ballettvergessenheit endlich zu überwinden trachtet? Weshalb diese strikte Ausklammerung eines Experimentes, das zum ersten Mal Farbe bekommt und die Fahne des Sozialismus hochgehalten hat? Die Musik ist doch über die Banalität der Handlung erhaben?

In der Tat: Schostakowitsch wirft sich mit seinem Ballett an das Herz seines Publikums. Seine Musik ist draufgängerisch, direkt, ist demonstrativ. Sie besitzt manchmal eine rüde Robustheit, die vor keinem Kraftakt, vor keiner propagandistischen Plakativität zurückschreckt.

Aber sie kann auch ganz anders sein, geistreich, grotesk, grell und sie kokettiert so kunstvoll mit den Schlägen jener Zeit, parodiert Walzer, Tango, Cancan, Jazz, ja selbst einen Musical-Hit wie „Tea for Two“ auf eine so perfid pointierte Weise, daß man als Zuhörer auch hierzulande daran seine helle Freude haben kann. Schließlich ist Schostakowitsch ein

Während des Zweiten Weltkriegs verlor die Amani-Schule vorübergehend an Bedeutung, geschlossen wurde sie nicht. Schon kurz nach dem Krieg konnte wieder an die Vergangenheit angeknüpft werden. Bonn förderte die Zusammenarbeit, entsandte neue Lehrer und übernahm bis heute ihre Besoldung. Die jährlichen Kosten betragen immerhin rund zwei Millionen Mark.

Die „Deutsche Welle“ ging in diesen Tagen in ihrem Programm für Afghanistan ausführlich auf die gute Vergangenheit und die traurige Gegenwart der Schule ein. In der Verlorenheit von Afghanistans Bergen hörten Hunderttausende von Angehörigen des Widerstandes zu. „Die jeweiligen Jahrgangsbesten der Schule erhielten Stipendien an deutsche Universitäten oder an Hochschulen im deutschsprachigen Raum“, klang es aus dem Äther. „Ganze Akademikergenerationen sind aus der Amani-Schule in Kabul hervorgegangen. Sie wurden einflußreich in Staat und Gesellschaft.“ Tausende von ihnen leben heute jedoch in Widerstand und Untergrund – die deutsche Schule blieb insofern nicht ohne Einfluß auf die Einstellung ihrer Schüler.

1974 feierte die Schule Goldenes Jubiläum. Das Geschenk der Bundesrepublik Deutschland konnte sich sehen lassen: ein neues Schulgebäude mit einer Turnhalle, das jedem deutschen Gymnasium zur Zierde stehen hätte. Das Geschenk war die Einlösung eines Versprechens von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger anlässlich seines Kabul-Besuchs im Jahre 1969.

Auch noch im sechsten Jahrzehnt ihres Bestehens hielt die Amani-Schule den politischen Erschütterungen stand: Sie schloß ihre Tore nicht, als König Zahir Schah ins Exil getrieben wurde, sie überstand die Ära Daud, die Machtübernahme der Kommunisten, die Terror-Regime von Taraki und Amin, und selbst nach der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion war nie Mangel an deutschen Lehrern und auch nicht an Schülern.

Aber der unheilvolle Einfluß der Sowjets machte sich zunehmend bemerkbar. Die Zahl der Abiturienten nahm nun von Jahr zu Jahr ab. Reflexe der Schulen oder westlicher Einfluß schufen für ein Studium in der Sowjetunion günstige Startbedingungen, und auch den Übergang zu nationalen Hochschulen oder Offizierschulen war für Amani-Schüler nun nicht mehr möglich.

Die Ausweisung der deutschen Lehrer jetzt kam nicht überraschend. Überraschend war eher die sowjetische Langmutigkeit gegenüber der letzten noch übriggebliebenen westlichen Bastionen in Afghanistan. Der Auszug der deutschen Lehrer aber markiert letztlich nur das Ende einer kulturellen Epoche in Afghanistan – das Aufkommen einer neuen – einer Epoche des Rückschritts und der Unfreiheit. WALTER H. RUEB



Pflegte zeitweilen eine kultivierte Gegensätzlichkeit: „Das Mädchen von Prachowitz“ (1924) und Porträt des Künstlers Christian Rohlf (1927), zwei Holzschnitte von Conrad Felixmüller

### Das Familienarchiv des Grafikers Conrad Felixmüller geht an Düsseldorf

## „Im allgemeinen liege ich nicht richtig“

Düsseldorf hat dieser Tage eine großzügige Stiftung erhalten. Titus Felixmüller, der Sohn von Conrad Felixmüller, schenkte dem Düsseldorfer Kunstmuseum das sogenannte Familienarchiv mit 586 grafischen Arbeiten seines Vaters (500 Holzschnitte, der Rest sind Lithos und Radierungen). Dazu kommen noch vier Gemälde aus den wichtigsten Schaffensperioden, das Doppelbildnis „mit Frau“ von 1914, zwei Porträts (Becker und Feldbauer) von 1924 und 1932 sowie ein Selbstbildnis „mit Enkeltochter“ von 1952. Damit erhielt Düsseldorf die umfangreichste Kunstsammlung dieses Jahrhunderts. Friedrich W. Heckmann, der wiederholt über Felixmüller publiziert hat, wird sie am Kunstmuseum betreuen. Er verspricht für das nächste Jahr eine umfassende Publikation zugleich mit einer Ausstellung des neuen Bestizes.

Das grafische Œuvre Conrad Felixmüllers, der im März 1977 in Berlin gestorben ist, wird auf rund 700 Arbeiten, überwiegend Holzschnitte, beziffert. Noch bei Lebzeiten hatte der Maler, der seit 1919 ein Lehramt an der Martin-Luther-Universität in Halle ausübte, dem Ostberliner Kupferstichkabinett mehr als 600 Grafiken übereignet; das war praktisch das gesamte erfaßbare Werk. Die Schenkung erfolgte gewiß nicht aus politischen Gründen und schon gar nicht in demonstrativer Absicht. Beides hätte zu dem Wesen des Künstlers überhaupt nicht gepaßt. Wahrscheinlich fühlte sich Felixmüller dazu angeregt, weil man ihm in der „DDR“ zum ersten Mal nach dem Krieg wieder Arbeit und Anerkennung verschafft hätte.

In Westdeutschland war damals für seine Malerei kein guter Boden, das wußte er natürlich; in der „DDR“ allerdings auch nicht – da machte er sich nichts vor. Hüben wie drüben herrschten andere Interessen. „Im all-

gemeinen liege ich nicht richtig“, schrieb er seinem Bruder Hellmut, „hier nicht im Sinne der Propaganda, weil ich mein Bestreben in kultivierter Malerei sehe; und im Westen nicht – weil ich „gegenständiglich“ bin, nicht mehr expressionistisch wie in den zwanziger Jahren – von dem abstrakten Quatsch ganz zu schweigen...“

Vielleicht fühlte sich der Sachse Felixmüller – der sein Leben lang, wie viele Bilder bezeugen, seiner Heimatstadt Dresden verbunden blieb – auch mehr zu Mitteldeutschland gehörig; zumal sein malerisches Werk seit langem schon in dem von Hanns Conon von der Gabelentz geleiteten Staatlichen Lindenau-Museum in Altenburg/Thüringen gesammelt wurde. Mit Carl Sternheim gehörte von der Gabelentz, mit dem Felixmüller seit den 30er Jahren freundschaftlich verbunden war, zu den frühesten Sammlern und literarischen Verfechtern der Kunst des jungen Künstlers.

Die danach wohl bedeutendste Felixmüller-Sammlung besitzt wahrscheinlich der amerikanische Rechtsanwalt Robert Rifkin in Los Angeles (im Rahmen seiner unermehlichen Expressionisten-Sammlung), der, nebenbei bemerkt, nicht unerheblich zur Wertsteigerung vor allem der Felixmüller-Grafik auf dem internationalen Kunstmarkt beigetragen hat. Nach seiner Emeritierung verlegte Felixmüller seinen Wohnsitz 1961 nach Ost-, 1967 dann nach West-Berlin. Bis dahin hatte man im Westen von ihm kaum Notiz genommen – abgesehen von einer Ausstellung seiner Druckgrafik im Düsseldorfer Kunstmuseum 1957. Seine Bilder und Grafiken waren noch lange Zeit alles andere als „marktängig“; künstlerische regierte die Abstraktion die Stunde. Als in den 60er Jahren das Westdeutschland umschlug, gab es auch in Westdeutschland vereinzelt Felixmüller-Ausstellungen. Niemandorf

machte 1965 in Berlin den Anfang (mit dem Frühwerk), es folgten Wiesbaden und eine Reihe Privatlager. 1967 erinnerte Baedeker in Essen an den 70. Geburtstag des Malers; 1970 folgte Sönn in Düsseldorf. Fünf Jahre später besuchte Düsseldorf Felixmüller mit einer Ausstellung des Kunstmuseums gewissermaßen den zweiten Durchbruch. Gleichzeitig zeigte Gerhart Sönn die Grafik und begleitete seine Ausstellung mit einem Gesamtverzeichnis des grafischen Œuvres, zu dem F.W. Heckmanns Einleitung schrieb. Möglicherweise hat dieser konzentrierte Düsseldorf-Einsatz für das Werk seines Vaters Titus Felixmüller den Anstoß gegeben für die Stiftung.

So wäre denn nach dem Willen des Sohnes – und, wie er betont, im Sinne des Vaters – gewissermaßen ein gesamtdeutscher Ausgleich hergestellt – wenn man hinzuzählt, was außerdem das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg an Werken und Dokumenten von Conrad Felixmüller aufbewahrt. Nach dem Tod des Malers und seiner Frau Londa (1978) wurde nämlich der gesamte dokumentarische Nachlaß an das Nürnberg Museum überführt und dem dortigen Archiv für Bildende Kunst einverleibt.

Dabei handelt es sich um eine Spezialbibliothek zum Werk und Archivalien der verschiedensten Art wie Publikationen, Ausstellungskataloge, Aufsätze von und über Felixmüller, zum Teil unveröffentlichte Manuskripte, rund 1000 Kritiken seit 1913, ein fast vollständiges Foto-Archiv des Œuvres mit einem handschriftlichen Gemäldeverzeichnis und insbesondere Briefe. Hinzu kamen aus dem künstlerischen Nachlaß etwa 300 Zeichnungen, Skizzen und Skizzenbücher sowie 172 Stücke für Holzschnitte. EO FLUNIER

### JOURNAL

#### „Revisionsfassung 84“ der Luther-Bibel erschienen

dpa, Stuttgart  
Von der gebräuchlichsten deutschen Bibelübersetzung, der 1534 erstmals gedruckten Bibelausgabe Martin Luthers, ist jetzt die neu bearbeitete und maßgebliche „Revisionsfassung 1984“ erschienen. Das teilte die Deutsche Bibelgesellschaft in Stuttgart mit. In einem Vorwort zu der 1308seitigen neuen „Standardausgabe“ schreibt der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Eduard Lohse, die Luther-Bibel solle auch in Zukunft „ein einziges Band“ der evangelischen Christenheit deutscher Sprache bleiben.

#### Deutsch-japanisches Kulturzentrum in Berlin

AFF, Tokio  
Den Umbau der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin in ein deutsch-japanisches Kultur- und Wissenschaftszentrum haben Bonn und Tokio jetzt offiziell vereinbart. Bei einer Feier in Tokio übergaben Außenminister Shintaro Abe und der deutsche Botschafter Walter Boss die entsprechenden Schreiben. Die Arbeiten an dem Gebäude in West-Berlin sollen 1988 fertiggestellt werden. Zum Leiter des Zentrums ernannte Tokio den früheren japanischen Botschafter in Bonn, Fujio Uchida.

#### Internationale Buchmesse in Mexiko eröffnet

dpa, Mexiko-Stadt  
Die sechste Internationale Buchmesse in Mexiko-Stadt ist jetzt eröffnet worden. Während der bis zum 10. März dauernden Messe werden 250 000 Bücher von Ausstellern aus 40 Ländern gezeigt. Der Messeleiter Octavio Rascon Chavez erwartet rund 1,6 Millionen Besucher. Er rechnet damit, daß 55 000 Bücher verkauft werden.

#### Bundesweite Initiative für „Jugend-Kultur-Tage“

Fa, Bonn  
Aus Anlaß des Internationalen Jahres der Jugend 1985 hat die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V. Remscheid, eine umfangreiche Projektmappe „Jugend-Kultur-Tage“ herausgebracht. Die Mappe enthält eine Fülle von Aktionsbeispielen, Planungshilfen, Literaturhinweisen und Kontaktpartnern für Veranstaltungen. Sie kann bei allen Jugend- und Kulturämtern eingesehen sowie gegen Vorausüberweisung von 9,50 Mark auf das Konto 3046 bei der Stadtparkasse Remscheid bezogen werden. Kontaktadresse: Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, Kuppelstein 34, 5630 Remscheid.

#### 50 Millionen Jahre alte Käferlarven

pro, Frankfurt  
Im etwa 50 Millionen Jahre alten Ölschiefer der Grube Messel bei Darmstadt sind sechs Exemplare von wasserlebenden Käferlarven der Gattung Eubrianax gefunden worden, die bisher nur aus Frankreich fossil überliefert war. Diese Gattung kommt heute nur noch in Asien, Afrika und Nordamerika vor.

#### Schwere Krise bei der „Gaumont“

AFF, Paris  
„Gaumont“, die größte französische Filmgesellschaft, steckt erneut in einer schweren Krise. Der Chef der erst am 5. Dezember neugegründeten Filiale „Gaumont-Studio“, Christian Fechner, sowie der stellvertretende Direktor der Gesellschaft, Daniel Toscan du Plantier, haben gekündigt. Die Gaumont-Filiale wurde aufgelöst. Toscan du Plantier wird sich jetzt ausschließlich der Schallplattenfirma ERATO widmen, deren Direktor er seit vier Jahren ist. Gaumont, bisher zu 75 Prozent am Kapital der ERATO beteiligt, zieht sich aus der Firma zurück. Die Firma Gaumont hatte 1983 Verluste in Höhe von 245 Millionen Franc verzeichnet und im Rahmen einer Umstrukturierung die Schaffung der Filiale „Gaumont-Studio“ beschlossen.

#### 3000 Jahre alter Sarkophag entdeckt

dpa, Kairo  
Ägyptische Archäologen haben in den letzten Tagen bei Grabungen in Sakkara, Ismailia und Alexandria große Erfolge erzielt. Ein Team der Universität Kairo entdeckte bei Sakkara (rund 30 Kilometer südlich der Hauptstadt) einen rund 3000 Jahre alten Sarkophag aus der Zeit von Pharao Ramses II. Der 24 Tonnen schwere, aus rosafarbenem Granit bestehende Sarg gehört Nefererent, einem hohen königlichen Minister. In Ismailia am Suez-Kanal wurden mehrere Häuser aus der gleichen Zeit gefunden und westlich von Alexandria ein ausgedehntes Grabfeld mit einem Verbrennungssofen aus römischer Zeit. In Alexandria drohen unterirdische Wasservorkommen die Fundstelle zu überfluten.

### Schillers „Der Parasit“ nach Picard in Stuttgart

## Oma mit Ventilator

Daß „Der Parasit“ des Franzosen Picard, 1971 unter dem Direktoratium in Paris aufgeführt und in Schillers Bearbeitung 1983 in Weimar gegeben, ein Lustspiel ist, merkt man in Stuttgart zunächst nicht. Eine Volksmenge mit phrygischen Mützen pflanzt einen Freiheitsbaum und singt den Anfang der „Huldigung der Künste“. Dann ziehen sie sich auf offene Bühnen um, ändern das Bühnenbild, die roten Mützen verschwinden. Es entsteht ein offener Vorräum vor einem prunkvollen Portal, das in ein vornehmes Zimmer führt. Die Revolution scheint beendet.

Auffällig ist von Anfang an eine vergoldete Vespasienne. Es zeigt sich bald, daß das Ding ein komplettes Klo ist. Und als zum ersten Mal jemand darin Platz nimmt, beginnt ein Ventilator auf der Öffnung des spitzen Dächelchens zu schwirren, und durchs Parkett schwirrt fröhliches Lachen, das sich gewaltig steigert, als die Mutter des Ministers und Großmutter der Ministertochter Gebrauch davon macht und beim Herausretzen mit ihrem Fächer beschwichtigend noch ein wenig zurückwedelt.

Ein Minister also, Herr von Narbonne, ist die Hauptperson. Er ist neu, kommt vom Land, kennt sich noch nicht aus und braucht die Hilfe des Personals. Seine Mutter, dilettantische Kunstliebhaberin, ist begeisterte Paris- und vom Kabinettchef Herr Picard, der ein verwirrend feiner Herr ist und für ihre Enkelin Charlotte der geeignete Gatte sein könnte.

Da sind aber noch Untergebene des Kabinettchefs, der bescheidene, aber ungeheuer tüchtige alte Firmin und der soeben entlassene, rachschnaubende La Roche, der sich beim Minister über den Kabinettchef beklagen will. Und da ist der Sohn des alten Firmin, Karl Firmin, ein junger Leutnant und begabter Dichter, der Charlotte von früher her kennt und in sie verliebt ist. Und nun soll sie also an diesen Selicour verschachert werden.

Leider ist auch der Minister begeistert von dem eleganten und kenntnisreichen Kabinettchef, dessen Kenntnisse allerdings gleich Null sind. Und der gekränkte La Roche bringt seine Klagen so unbeholfen vor, daß er sich selbst ins Unrecht setzt. Doch am Ende findet er einige Tricks, die den Selicour entlarven. Die Redlichen siegen, der Intrigant Selicour hat das Nachsehen, und der Minister sagt im Epilog zum Publikum gewandt, leider regiere der Schein die Welt, und die Gerechtigkeit siege „nur auf der Bühne“.

Der etwas larmoyanten Komödie treibt Regisseur Hansgünther Heyme die Larmoyanz kräftig aus. Zu- und Abgänge werden oft vermittels besagter Vespasienne arrangiert. Wenn eine Person benötigt wird, taucht sie auf, weil sie rasch mal aufs Klo möchte, und der Minister kann ausrufen: Ah, da sind Sie ja! Und die großen Reden des La Roche werden von Wolfgang Robert mit einem höchst künstlerischen, scheinbaren Schmiepenphos vorgetragen. Auch der alte Firmin (Waldemar Schütz) versieht seine Bescheidenheit mit dickem Pathos, und die ganze Gesellschaft bewegt sich häufig ruckartig im Marionettenstil. Der Diener (Peter Kaghanovitch) sorgt gelegentlich für akustische Schrecken bis hin zur Explosion des Ofens, den er bedient. Der Minister (Volker K. Bauer) ist in seiner naiven Offenheit für jeden Stuß ein Pendant zu dem für jedermann offene Ventilatorhäuschen, der feurige Leutnant (Reent Reins) ahnend dem explodierenden Ofen, während die Damen (Gisela Holzinger und Inge Andersen) in die Poesie verliebt sind. Und der Selicour des Volker Lippmann ist ein Meisterstück an schmeichelndem und frechem Clown.

Haben nun die klamottenhaften Zutaten das Ding verschärft? Eher entschärft zu einem Schillerschen Amüsement für Mußstunden. RUDOLF KRÄMER-BADONI



Tatjana Golikowa und Gediminas Taranda bei der deutschen Erstaufführung des „Goldenen Zeitalters“ durch das Bolschoi-Ballett

Aber wie sollte sie auch auf dumme Gedanken kommen, wenn schon das Publikum zum Abschluß des internationalen Dmitri-Schostakowitsch-Festivals im Stadttheater Duisburg eben überrumpelnden Eland dieses Balletts erlebt. Grigorowitsch zieht bei seinem Show-Stück an allen Fäden. Die Tänzer, allen voran Natalja Bessmertnowa, Irek Muchamedow, Gediminas Taranda und Tatjana Golikowa, laufen bei der deutschen Erstaufführung des „Goldenen Zeitalters“ in die Bresche. Und Juri Simonow macht sich die Ehrenrettung des Stücks so zu eigen, daß jeder Rest von Zorn oder Bitterkeit verschwindet. Der Komponist kann mit seinem Werk zufrieden sein. HARTMUT REGITZ



### „Das Boot“ – Dichtung und Wirklichkeit

Als „Straßenfeger“ hat sich am vergangenen Sonntag auch die letzte Folge des dreiteiligen Fernsehfilms „Das Boot“ erwiesen. 24 Millionen Zuschauer – das sind 60 Prozent aller Haushalte – verfolgten die dramatische Selbstrettung der Männer, deren Boot in 280 Meter Tiefe manövriert festlag, freuten sich mit ihnen, als sich die Nadel des Tiefenmessers zitternd nach oben bewegte, waren erschüttert über das tragische Ende von U-96 und ihrer Besatzung im „sicheren Hafen“. Die Romanverfilmung des Buchheim-Buchs ging unter die Haut, ließ für Stunden Filmwirklichkeit Wirklichkeit werden. Die WELT befragte ehemalige U-Boot-Fahrer des Zweiten Weltkriegs nach ihren Eindrücken.

„Ich halte den Film für sehr gut, beeindruckend vor allem für junge Leute, die den Krieg nicht erlebt haben“, beurteilte Hans Meckel das dreiteilige Werk. Trotz mancher Einwände vor allem den ersten Teil der Trilogie betreffend zeigte der Film „was geleistet und gelitten wurde“. Meckel war als etwa 30-jähriger Admiralsstabschef im Stab des Befehlshabers der Unterseeboote, Admiral Dönitz. Er kannte das Leben der U-Boot-Fahrer aus eigenen Einsätzen und aus den Berichten der Kommandanten an den Admiralsstab.

Wie er ist allerdings auch der ehemalige U-Boot-Kommandant Günther Heydemann (71) der Ansicht, daß der Film mancher Situationen überzeichnet, in der Darstellung der lautstark bemerkbaren Angstkonzeptionen an Zuschauererwartungen machte. „Während einer Wasserbombenverfolgung war es ausgesprochen ruhig an Bord“, meinte Heydemann, „die Besatzung lief auf Socken, es wurde nur geflüstert.“

Wie im Film hat er erlebt, daß sein U-Boot absackte, weil ein plötzlicher Wassereintrich durch Beschädigungen am Oberdeck das Boot mit zusätzlich einer Tonne Gewicht belastete und in die Tiefe drückte. In 220 Meter unter der Wasseroberfläche platzen vier Schrauben einer Dichtung ab, schoß Wasser ins Boot. Auch in dieser Situation behielt die Besatzung die Nerven. „Man konnte an Bord sehr viel reparieren“, meint Heydemann, doch Selbstrettungen wie im Film dargestellt, waren nur sehr „bedingte möglich.“

Als Kommandant des U-458 brach Kurt Diggins (72) in das Mittelmeer durch. Er fand den Film in der Gesamtheit gut, insbesondere die „Atmosphäre“ im Boot „recht authentisch“ wiedergegeben. „Wer das

## Erdbeben in Chile / Mehr als hundert Tote / Tausende verletzt In Panik rannten Menschen aus Kirchen und Kinos

tho/DW, Santiago de Chile  
Mehr als hundert Tote und tausende Verletzte hat Sonntagabend ein verheerendes Erdbeben in Mittelchile gefordert. Am härtesten ist offensichtlich die Hauptstadt Santiago mit vier Millionen Einwohnern betroffen. Hunderte von Häusern, Kirchen und öffentlichen Gebäuden wurden zerstört. Nach Angaben der Polizei wurden allein aus den Trümmern Santiagos 53 Leichen geborgen, 890 Verletzte seien in die Krankenhäuser der Hauptstadt eingeliefert worden. Rund 30 Tote wurden zunächst aus Valparaiso, Vina del Mar, San Antonio und Quilpué gemeldet. In dem vom Beben betroffenen Gebiet an der Pazifikküste leben mehr als die Hälfte der elf Millionen Chilenen.

Das Seismologische Institut der Universität Chile inkalierte das Epizentrum des Bebens in einer 41,6 Kilometer vor der Küste gelegenen Meereszone südlich von Valparaiso. Ausläufer waren in den Städten Mendoza, San Juan und Tucuman und sogar noch im 1300 Kilometer entfernten Buenos Aires zu spüren. Die Stärke des Hauptbebens, das um 19.48 Uhr Ortszeit (23.48 Uhr MEZ) einsetzte, wurde mit 7,8 Punkten auf der zwölfstufigen Mercalli-Richter-Skala angegeben. Ihm folgte nach 50 Minuten ein kurzer, gleichstarker Erdstöß und danach noch eine Reihe von Nachwellen.

Schreiende Menschenmengen stürzten aus den Kirchen, in denen gerade die Abend-

messe gelesen wurde, und aus den Kinos. Die meisten Menschen fanden durch einstürzende Gebäude den Tod. In Santiago waren die Straßen übersät mit Trümmern und Glassplittern. Autos wurden unter Ziegelsteinen begraben. Rettungswagen kamen nur schwer vorwärts. Sie mußten sich bei ihren Einsatzfahrten durch Trümmerfelder und um zwischen umgestürzte Laternenpfähle schlingeln.

Mindestens fünf Personen wurden während des Gottesdienstes in der Kirche San Bernardo in Santiago zerschmettert, als das Dach einstürzte. Weitere vier fanden den Tod, als die Neonreklame eines Kinos herabfiel. Der Erzbischof der Stadt, Juan Francisco Fresno, entging nur knapp dem Tode, als große Glasscherben während des Gottesdienstes neben ihm auf den Boden fielen. In Valparaiso kamen drei Gläubige in einer Methodisten-Kirche durch herabfallende Balken ums Leben. Hunderttausende irrten, von Panik ergriffen, durch die Straßen der zerstörten Städte, und Hunderte von Familien mußten die Nacht im Freien verbringen.

Die Stromversorgung war unterbrochen und konnte in Santiago erst nach drei Stunden wieder hergestellt werden. Valparaiso und Vina del Mar hielten die ganze Nacht im Dunkeln getaucht. Verkehrsverbindungen brachen zusammen, als Brücken und ein Tunnel, der zum Pazifik führte, einstürzten. Tausende von Wochenendurlaubern hielten von

ihren Häusern und Wohnungen in Santiago abgeschnitten. Lastwagen mit bewaffneten Soldaten patrouillierten in den dunklen Straßen der Hauptstadt, um Plünderungen zu verhindern. Sämtliche Fernsprech- und Fernschreibverbindungen im ganzen Land waren stundenlang unterbrochen. Auch der internationale Flughafen von Santiago mußte für Stunden geschlossen werden.

Staatschef General Augusto Pinochet unterbrach einen Aufenthalt im südchilenischen Punta Arenas und flog noch in der Nacht in die Hauptstadt zurück, wo die Erde auch gestern morgen noch fast ununterbrochen bebt. Nach einer Sondersitzung des Kabinetts forderte Pinochet gestern morgen in einer vom Fernsehen übertragenen Rede die Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren. Nach der Ansprache besuchte der Staatschef die betroffenen Gebiete, um sich ein Bild vom Ausmaß des Schadens zu machen.

In den letzten Monaten hatte es in Chile mehrere Erdbeben gegeben, bei denen jedoch keine vergleichbaren Schäden angerichtet worden waren. Seit Anfang des Jahrhunderts sind in Chile fast 62 000 Menschen bei Erdbeben ums Leben gekommen. Am 24. Januar 1939 wurden bei einem Beben im Süden des Landes sechs Städte zerstört, 30 000 Menschen starben; und am 21. Mai 1980 kamen bei einem weiteren Beben 10 000 Menschen ums Leben.



Tausende Chilenen wurden Sonntagabend während des Gottesdienstes vom Erdbeben überrascht. Im Bild: eine schwer beschädigte Kirche in Santiago. FOTO: DPA

### Suche nach Lawinenofern eingestellt

AP, Zermatt  
Die Zahl der Menschen, die am vergangenen Samstag von einer zwischen den Schweizer Orten Täsch und Zermatt in der Nähe des Matterhorns niedergegangenen Lawine getötet wurden, hat sich auf elf erhöht. Wie ein Sprecher der Walliser Kantonspolizei gestern mitteilte, wurden am Sonntagabend drei weitere Deutsche geborgen. Den Angaben zufolge handelte es sich um drei Jugendliche. Zuvor waren bereits zwei weitere Deutsche tot in den Schneemassen entdeckt worden. Die übrigen Opfer waren Schweizer sowie eine noch nicht identifizierte Ausländerin. Nach Angaben des Polizeisprechers wurden die Bergungsarbeiten gestern eingestellt, da keine weiteren Opfer unter der Lawine vermutet wurden.

### Vorwürfe bestritten

F.M. Rom  
Der radikale Europa-Parlamentarier und Ex-Showmaster des italienischen Fernsehens, Enzo Tortora, hat im Camorra-Prozess von Neapel die gegen ihn erhobenen Anklagen des Rauschgifthandels und der Zugehörigkeit zu der neapolitanischen Verbrecherorganisation zurückgewiesen. Nach der zwei Stunden währenden Verlesung der in der Voruntersuchung gemachten, ihn schwer belastenden Aussagen „reumütiger“ Camorra-Mitglieder bestritt er entschieden, den Boss der „Neuen Organisation Camorra“, Raffaele Cutolo, jemals kennengelernt zu haben.

### Keine Haftung

rrt, Karlsruhe  
Der Käufer eines Gebrauchtwagens kann nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofs nicht darauf vertrauen, daß der Motor des gekauften Fahrzeugs den ursprünglichen Angaben im Kraftfahrzeugschein noch entspricht. Der Käufer hat insbesondere keinen Anspruch darauf, einen Kaufvertrag rückgängig zu machen, wenn in den Gebrauchtwagen ein leistungsschwächerer Motor eingebaut worden ist (AZ VIII ZR 54/84).

### Sprung in den Tod

dpa, Bad Neuenahr  
Mit ihrem Kleinkind im Brusttuch ist eine 33-jährige Frau aus Köln gestern von einer Autobahnbrücke bei Bad Neuenahr in die Tiefe gesprungen. Mutter und Kind waren nach Mitteilung der Polizei sofort tot. Über das Motiv ist bisher nichts bekannt.

### Drogenhändler verhaftet

AFP, Marseille  
Ein bedeutender Rauschgiftschmuggler ist in Frankreich ausgehoben worden. Wie gestern aus unterrichteten Kreisen verlautete, wurden in Paris und in Marseille sechs Drogenhändler zumeist tunesischer Abstammung verhaftet. In der Pariser Wohnung eines der Festgenommenen wurden fünf Kilogramm Heroin beschlagnahmt.

### „Rotes Tuch“ für Hunde

dpa, Regensburg  
Deutschlands Hunde haben sich noch immer nicht an die Postboten gewöhnt. Wie aus gestern von der Oberpostdirektion Regensburg veröffentlichten Zahlen ersichtlich wird, hielten die Postzusteller trotz ihrer 1979 eingeführten unauffälligeren Uniformierung beliebige Angriffsziele für Verbeirer. Innerhalb von nur sechs Monaten wurden in der Bundesrepublik 1373 Postboten angefallen und verletzt.

### ZU GUTER LETZT

„Ich hoffe, mir einmal selbst ein Bild über die von vielen sehr gelobten Bonner Verkehrsverbände machen zu können.“ Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D. und Ehrenbürger der Stadt Bonn, nach Zusage der den Ehrenbürgern zustehenden Freifahrtkarte der Bonner Verkehrsverbände.

### „Es mußte zwangsläufig mit dem Tod enden“

Fredi Rudnik (24) wegen dreifachen Mordes vor Gericht

F. DIEDERICHS, Berlin  
Der Berliner Strafrichter Hans-Joachim Heinze (50) gilt im Kriminalgericht zu Berlin-Moabit als fairer und gültiger Mann. Während des ersten Verhandlungstages gegen den geständigen Angeklagten Fredi Rudnik (24), den mutmaßlichen Mörder von zwei Schülern aus Norwegen und einer dritten bis heute unbekanntem Berlinerin, erdrückt jedoch die Kälte der Angeklagten jeden Versuch des Gerichts, wenigstens eine Spur des Verständnisses zu finden.

bedroht, gefesselt, vergewaltigt, mit glühenden Zigaretten gepeinigt. Das eine Mädchen starb schließlich, als Rudnik sie mit dem Auto mehrfach überfuhr, das andere durch Bellhebe gegen die Kehle. Verhört von einem Mann, der vor Gericht keine Reue, kein Bedauern zeigt und nur die Erklärung findet: „Da habe ich mich eben hochgeschaukelt.“

Was er damit meint, wird an der Aussage klar, er habe schon als



Unter Mordanklage: Fredi Rudnik

Keine menschliche Regung zeigte der hagere Mann mit dem Oberlippenbärtchen, der in seinem blauen Anzug wie ein Konfirmant wirkt. Ansonsten ähneln die Fragen des Gerichts an den Angeklagten, der auf Anraten seines Anwaltes Rolf Bossi bereitwillig aussagt, dem Versuch, aus einem Granitblock mit der Hand einige Tropfen Wasser zu pressen.

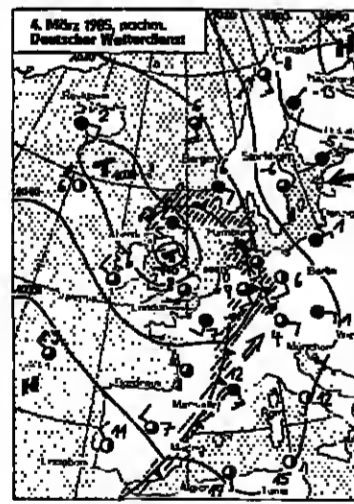
Im März 1982 tötete er erst eine heute unbekannte Frau im Alter zwischen 20 und 24 Jahren, die er in einem Lokal ansprach, zu sich nach Hause einlud, dort peignigte und schließlich erschlug. Die Leiche wart er in einen Müllcontainer, sie wurde nicht mehr gefunden.

Eine Woche später fielen ihm die beiden norwegischen Schülerinnen Carmen Puertas (damals 19) und Elin Mosvold zum Opfer. Sie hatten gutgläubig das Angebot des Mannes angenommen, sie in der Nacht zu einer Pizzeria zu fahren. Wie sich die Fahrt in den Tod dann im einzelnen abspielte und was die Mädchen an Qualen erleiden mußten, versagt jedem im Zuhörerraum den Atem.

Die Frauen wurden mit der Pistole

### WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs nördlich von Schottland beeinflusst anfangs noch den Osten und Südosten Deutschlands mit seinem Schlechtwettergebiet.



### Vorhersage für Dienstag:

Anfangs im Osten und Südosten noch bedeckt und Regen. In den übrigen Gebieten wechselnd wolkig mit sonnigen Abschnitten, dabei vor allem in Norddeutschland noch einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen zwischen 7 und 11 Grad, nachts verbreitet klar und Abkühlung auf plus 2 bis minus 2 Grad. Meist schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten: Freundlich, niederschlagsfrei, wenig Temperaturänderung.

### Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	18°
Bonn	9°	Kopenh.	0°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	9°	London	9°
Frankfurt	7°	Madrid	8°
Hamburg	7°	Mallorca	8°
List/Sylt	2°	Moskau	17°
München	4°	Nizza	-6°
Stuttgart	8°	Oslo	15°
Alger	17°	Paris	-1°
Amsterdam	8°	Prag	7°
Athen	11°	Rom	12°
Barcelona	14°	Stockholm	-5°
Brüssel	8°	Tel Aviv	17°
Budapest	9°	Tunis	15°
Bukarest	3°	Wien	1°
Heidelberg	5°	Zürich	2°
Istanbul	8°		

Sonnenaufgang\* am Mittwoch: 6.57 Uhr. Untergang: 18.11 Uhr. Monatsaufgang: 17.18 Uhr. Untergang: 7.12 Uhr \*in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Delta fliegt nach über 90 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegt Delta Sie nach fast allen Städten in den USA. Nutzen Sie Deltas Nonstop-Flüge von Frankfurt nach Atlanta oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth, wo Sie müheloser Anschluss nach über 90 Städten erwartet.

Weiterhin bietet Delta täglich mehrere Flüge von den Knotenpunkten New York und Boston nach vielen Städten im Süden, einschließlich 15 berühmten Urlaubszielen in Florida, sowie nach New Orleans, Dallas/Ft. Worth und Houston.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie bitte unser Delta-Büro in Frankfurt an. Ruf: 069/23 3024. Telex 416 233. Deltas Ticket Office befindet sich in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main.

## Delta. Profis auf der ganzen Linie!